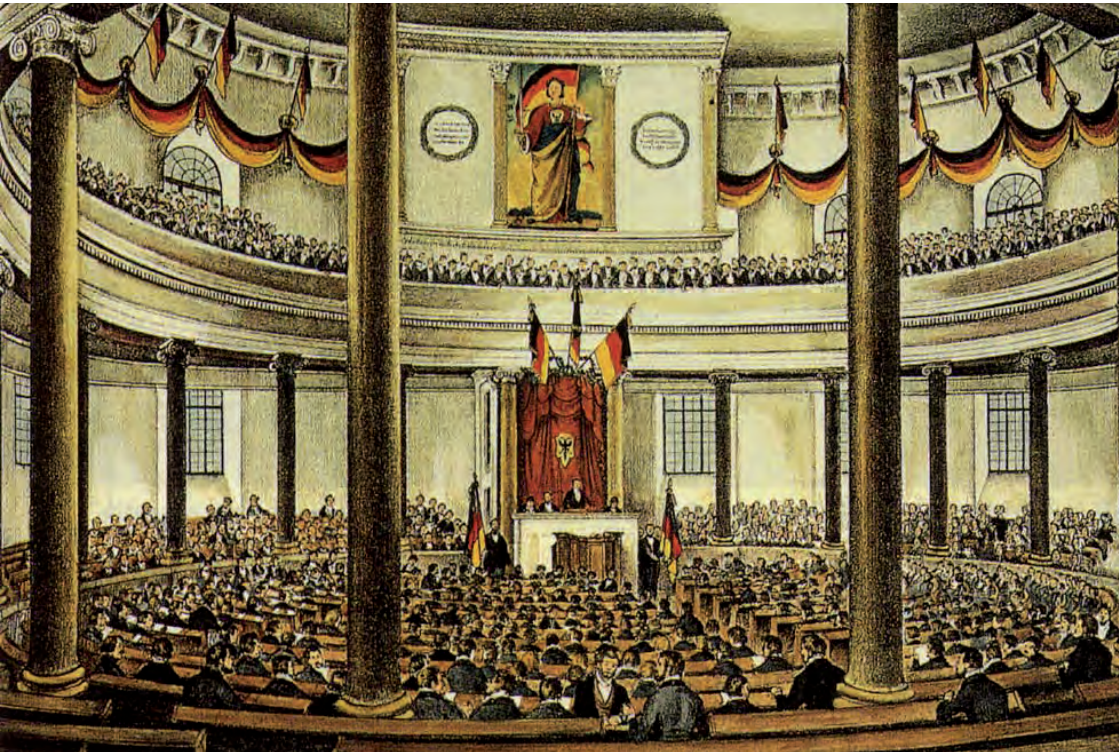
Deutschland-Journal

SWG

Sonderausgabe
Dokumentation zum Seminar am 23. März 2019

Was tun – für Deutschland?



swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir werben für ein Deutschland, dessen Bürger wissen und danach handeln, daß Gesellschaft und Staat Ihre Sache sind, und mit Friedrich d.Gr. die „Pflicht jedes guten Staatsbürgers“ sehen, „seinem Vaterland zu dienen“ und „zum Wohle der Gesellschaft beizutragen…“ (Politisches Testament 1768).

Wir wollen einen Staat, in dem gemäß Art. 2 GG jeder Bürger „nach seiner Fasson selig werden“ kann, soweit er nicht die Freiheit anderer verletzt, besonders auch, daß die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG frei von amtlicher oder gesellschaftlicher Ächtung gewährleistet ist.

Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit, die im Grundgesetz gefordert ist, in den Gesetzen, in der Rechtsprechung, im politischen und gesellschaftlichen Verhalten und Handeln.

Wir wollen eine Politik, welche die Werte unserer abendländischen Tradition hochhält, von Tatsachen und Erfahrungen ausgeht, statt von Ideologien, und sachgerechte Entscheidungen trifft.

Für unser Geschichtsbild streben wir nach Wahrheit (Tatsächlichkeit) und eine gerechte Wertung.

Wir werben dafür, daß wir Deutschen selbstbewußt zu unserer über 1100-jährigen Kultur und ihrem „spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation“ (so der Schweizer Dichter Adolf Muschg) stehen und damit zu unseren Tugenden, die ein wichtiger Teil unserer Eigenart sind. Denn nur so können wir den inneren Frieden gegenüber Anfechtungen erhalten und die Einwanderer an uns binden, die wir haben wollen. Nur so können wir auch unsere Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.

Wir sind für eine Europäische Union demokratisch selbstbestimmter Vaterländer. Ihr Wettbewerb um die besten Lösungen gibt Europa die nötige Kraft, um sich in der Welt zu behaupten.

Demgenäß sprechen unsere Vortragenden von politischer Korrektheit ungetrübten Klartext, um anhand der Fakten die Lage und Folgerungen möglichst sachgerecht darzustellen. Das soll die Zuhörer befähigen, sich ein eigenes Urteil über die für uns bedeutsamen Vorgänge zu bilden und sachkundig in ihrem Wirkungskreis zu argumentieren.

Wir können mit unserem Tun nicht die Welt aus den Angeln heben. Doch wir dienen damit einem Bedürfnis sehr vieler Menschen, die bei der Bildung der wirklichen öffentlichen Meinung dazu beitragen wollen, daß in Deutschland das für das Gemeinwohl Beste getan wird, oder als Möglichkeit zumindest ins allgemeine Bewußtsein gelangt.

Die SWG, 1962 in Köln gegründet, gemeinnützig, hat über 4000 Mitglieder und Freunde auch über Deutschland hinaus. In den Regios Schleswig-Holstein (Kiel), Hamburg und Hannover führt sie im Jahr je bis zu acht Vortragsveranstaltungen durch, dazu einen Seminartag im Frühjahr in Hamburg. Mitglieder und Freunde erhalten ein Deutschland-Journal am Jahresende mit Vorträgen und Aufsätzen, gegen Jahresmitte eine Sonderausgabe des Journals als Dokumentation des Seminartages plus dazu passenden Anhängen mit der Bitte um eine Spende. Interessenten erhalten das Heft gegen Einsendung einer Spende (Anhalt: 5 €). Die SWG finanziert ihre ehrenamtliche Tätigkeit allein durch Privatspenden und den Mitgliedsbeitrag (35 €).

Internetportal mit Informationen/Kommentaren, auch den kompletten Deutschland-Journalen, unter: www.swg-hamburg.de.

swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Deutschland-Journal

Dokumentation zum Seminar am 23. März 2019

Was tun - für Deutschland?

Zum Titelbild:
Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, 1848/49:
das erste frei gewählte deutsche Parlament
Malerei von Ludwig von Elliot

swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Kleine swg-Reihe, Heft 97
ISSN 0944-324X ISBN 3-88527-122-2
Redaktion: Bernd Kallina

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Liebe Leser!

Was wäre aus Ihrer Sicht zu verbessern?
Wem könnten wir das Journal auch noch zusenden?
Antworten bitte an eine der unten angegebenen Adressen

Mit Dank voraus
Vorstand und Redaktion

© 2019 by Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.
Geschäftsführender Vorstand: Manfred Backerra, Oberst a.D., Vors. /
Stephan Ehmke, Dipl.-Päd., Stv.Vors.
Beirat: Wilhelm v. Gottberg MdB, Pater Lothar Groppe SJ,
Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann, Hans-Joachim von Leesen,
Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof
Postf. 261827 - 20508 Hamburg - T. 040/54817400
geschaeftsstelle@swg-hamburg.de / vorstand@swg-hamburg.de
www.swg-hamburg.de
Vereinsregister Hamburg – Gemeinnützigkeit anerkannt
Postbank Hamburg IBAN: DE05200100200339614200
Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26789 Leer

Was tun - Für Deutschland?

Inhalt

Manfred Backerra	Vorwort	5
Manfred Backerra	Einführung, Ziel: Rechtsstaat der praktischen Vernunft	7
Markus Krall	Die Krise unserer Währung – gibt es noch Lösungsansätze?	19
Bruno Bandulet	Dexit – Der machbare und notwendige Ausstieg aus dem Euro	29
Helmut Roewer	Was im Innern und an den Grenzen zu tun ist, ...	39
Josef Kraus	Ist die Bildungsnation noch zu retten?	47
	Aussprache I	63
	Ausssprache II	77
Anhang		
Bernd Kallina	Doppel-Interview mit Jens Kestner und Rüdiger Lucassen 2019	85
Josef Schüßlburner	Prüffall „Verfassungsschutz“	99
Christoph Radl	Wieviel Klimawandel macht der Mensch? –	121
Manfred Ritter	Die Bewältigung des deutschen Schuldkomplexes	127
Buchbesprechungen		
Helmut Roewer	Unterwegs zur Weltherrschaft (Rezension von Manfred Backerra)	135
Ferdinand Knauß	Merkel am Ende (Rezesion von Reinhard Uhle-Wettler)	138

swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Deutschland-Abo

12 Ausgaben der JUNGEN FREIHEIT + Prämie für 28 Euro
Bestellen Sie auf: jf.de/deutschland-abo

Foto: Pixabay/Ganossi

Wählen Sie Ihre Prämie

A

Deutschland von oben
im Wert von 9,99 Euro

B

Aufgespießt
JF-Karikaturen in einem Band
im Wert von 14,90 Euro

Lesen, was Sache ist.

Vorwort

Am 14. Seminartag war der Vortagssaal gleich südlich der Elbbrücken mit 130 Teilnehmern, von denen einige sehr weite Anreisen hinter sich hatten, randvoll. Mehr waren beim besten Willen nicht unterzubringen, weshalb leider so manche Interessenten der letzten Minute eine Absage erhielten. Bequeme Stühle und Zehnertische taten das Ihre zu einer guten Stimmung der Gemeinsamkeit unter Gleichgesinnten. Sie wurde auch nicht dadurch gestört, dass das Nachmittagsprogramm auf den Vormittag gelegt werden musste, weil der Referent nur einen früheren Rückflug gebucht bekommen hatte.

Zudem musste sich Dr. Bruno Bandulet wegen eines Unfalls von einem Sprecher seines Manuskripts vertreten lassen, was dank der Professionalität des Sprechers Bernd Kallina und der erhellenden Kommentare von Dr. Markus Krall in der ersten Aussprache vorzüglich gelang.

Die gehaltvolle Kartoffelsuppe zu Mittag war dieses Mal reichlich, aber offenbar nicht zuviel, denn es blieb kein Rest.

Der preußisch knappe Vortrag zu den Aufgaben im Inneren und der bayrisch barocke zur Bildung sorgten mit der zweiten Aussprache für einen lebhaften Nachmittag.

Der Ausklang mit Sekt und Bretzeln begann mit nur wenig Verspätung und hielt Gruppen und Grüppchen noch einige Zeit in angeregten Gesprächen zusammen.

Manfred Backerra

Aus unserem Programm

ISBN 978-3-99081-000-2
Martin van Creveld
HITLER IN HELL
Was er noch zu sagen hätte ...
416 Seiten, Hardcover
€ ***29,90***

Adolf Hitler ist tot. Nun kommt der „Führer" in der Hölle endlich dazu, seine ganz eigene Geschichte des 20. Jahrhunderts zu erzählen! Er trumpft auf, lässt die Höhe- und Tiefpunkte des Dritten Reiches noch einmal aufleben und zahlt seinen damaligen wie heutigen Feinden postum alles heim.
Prof. Dr. Martin van Creveld hat den Ansatz der fiktiven Autobiografie gewählt, um eine kompakte und lockere Geschichte des „Zeitalters der Extreme" zu erzählen – aus der Sicht der prägenden Figur des 20. Jahrhunderts.

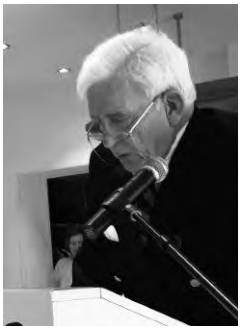
ARES VERLAG
www.ares-verlag.com

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand
über die Buchhandlung Stöhr, Lerchenfelder Straße 78–80, 1010 Wien,
Tel.: +43/1 406 13 49, E-Mail: buchhandlung.stoehr@chello.at,
www.buchhandlung-stoehr.at

Manfred Backerra

Einführung

Ziel: Rechtsstaat der praktischen Vernunft



Im Athen des Jahres 399 v. Chr. starb der siebzigjährige Sokrates, nachdem er den Schierlingsbecher getrunken und seine verzweifelten Schüler getröstet hatte.
Der Philosoph war pflichtgetreuer Bürger und noch im reiferen Alter dreimal beispielhafter Krieger gewesen. Trotzdem hatten ihn 500 Geschworene zum Tode verurteilt. Die Begründung war gemäß der Ankündigung des Prozesses:
„Sokrates tut Unrecht, indem er nicht an die Götter glaubt, an welche die Stadt glaubt, sondern andere, neue dämonische Wesen einführt; außerdem tut er Unrecht, indem er die Jugend verdirbt. Als Strafe wird der Tod beantragt.“[1]
Dies hatte ich seit der Schulzeit als Justizmord im Hinterkopf. Deshalb war ich freudig elektrisiert, als ich kürzlich in meiner italienischen Bettlektüre, einer Darstellung der griechischen Philosophen ab Sokrates, diese Sätze fand:

---

1 1 Peter Scholz, Prozeß gegen Sokrates. Ein <Sündenfall> der athenischen Demokratie? In: Leonhard Burckhardt, Jürgen von Ungern-Sternberg (Hg.), Große Prozesse im antiken Athen, München 2000, S. 157-173, 276-279.
http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/propylaeumdok/3954/1/Scholz_Der_Prozess_gegen_Sokrates_2000.pdf
Er hatte die gut mögliche Flucht abgelehnt, weil er weder die Gesetze Athens brechen, noch seine Lehre verraten wollte, wozu gehörte, es sei besser Unrecht zu leiden als Unrecht zu tun, und auch sein letztes Bekenntnis vor Gericht: „ [...] Ihr habt nicht einmal die Gewissheit, ob Ihr mich bestraft habt. Wisst Ihr etwa, was der Tod ist? Sicher ist er eines von diesen zwei Dingen: entweder Versinken ins Nichts oder woandershin Wandern. Im ersten Fall, [...], könnte der Tod ein großer Gewinn sein: niemals mehr Schmerzen, niemals mehr Leiden. Im zweiten Fall hätte ich das Glück, viele außergewöhnliche Persönlichkeiten zu treffen; wie viel würde jeder von Euch dafür zahlen, auf Du und Du mit Orpheus, [...], mit Homer [...] oder mit Ajax [...] zu sein ? Aber es ist Zeit zu gehen: Ich zu sterben, Ihr zu leben. Wer von uns das bessere Schicksal hat, liegt für alle im Dunkeln, außer für die Götter.“ (Luciano De Crescenzo, Storia della filosofia greca. Da Sokrate in poi, Mondatori 1986, S. 30 f.)

„Einige Tage danach bereuen die Athener, Sokrates verurteilt zu haben: aus Trauer schließen sie die Gymnasien, Theater und Palästren, schicken Anytos und Lykon [Mitankläger] ins Exil und verurteilen Meletos [Hauptankläger] zum Tode."[2]

Damit hatte ich auch den Anfang für diese Einführung:

Wann werden die politisch Verantwortlichen und ihre Unterstützer in Medien und Gesellschaft, die ich kurz Machtkartell nenne, das Folgende tätig bereuen?

- Das Propagieren eines ahistorisch pauschal negativen Bildes von Teilen deutscher Geschichte, begleitet von weltweit völlig unüblichen, oft tatsachenwidrigen Schuldbekenntnissen,
- das Mittragen des völkerrechtswidrigen Angriffs gegen Serbien unter Vortäuschung falscher Tatsachen,
- die Beteiligung am Einsatz in Afghanistan,
- die umstürzlerische Einmischung in der Ukraine,
- das Betreiben von Feindlichkeiten gegen Rußland,
- die Politik für eine Europäische Union mit supranationalem Anspruch,
- die Einführung des Euro,
- die vertragswidrige „Euro-Rettung",
- den „Atom-Ausstieg,
- das Befördern der wilden Einwanderung,
- das weitgehende Hinnehmen der verderblichen Folgen,
- das Betreiben des Global Compact for Migration,
- den „Kampf gegen Rechts",
- die ungenügende Abwehr von Gewalt gegen Kritiker des Machtkartells,
- die Senkung des Schulbildung oft unter das Niveau von Ausbildungs- und Studienbefähigung,
- das Befördern des Gender Mainstreamings und seiner unsere Kultur zersetzenden Auswirkungen
- die Quotenregelungen,
- die Abschaffung der Wehrpflicht,

2 Luciano de Crescezo, Storia della filosofia greca. Da Sokrate in poi, Mondatori 1986, S. 41 Der Autor hat seine Aussage wohl vom Historiker Diodor (1. Jh. n.Chr.). Sie wird heute bestritten, weil zeitgenössische Belege fehlen. Doch es kann auch sein, dass Diodor noch solche Belege hatte, diese aber später verloren gegangen sind.

- die Einführung des Prinzips „Shareholder Value“,
- die „undurchschaubare Verfilzung aller Gewalten“ (Roman Herzog)[3],
- das Verwehren der im Grundgesetz zugesicherten Volksabstimmung.

Die Liste ist nicht erschöpfend, doch erschreckend genug, um zu fragen, was wir für Deutschland tun müssen.
Eine Klarstellung vorweg: Ich gehe davon aus, dass der europäische Nationalstaat unverzichtbar ist, für den einzelnen Bürger und für ein Europa der Vaterländer als Ganzes. Trotz übergreifender wirtschaftlicher Zusammenarbeit, wie z. B. Airbus, sind die Nationen die Wiegen der kulturellen und wirtschaftlichen Stärken Europas. Aus ihrem friedlichen Wettbewerb und aus freiwilliger Übernahme bester Lösungen, nicht durch zentral dekretierte Nivellierung nach unten, kann Europa insgesamt an Stärke gewinnen. Gemeinsame Lösungen, beispielsweise zur Sicherung der Außengrenzen, müssen von den jeweils Hauptinteressierten im Sinne einer Koalition der Willigen beschlossen werden, die selbstverständlich anderen offensteht. Wenn dieses Verfahren in der Nato besonders zum Zwecke völkerrechtswidriger Kriege funktioniert hat, so sollte es doch auch für einen guten Zweck praktikabel sein. Zunächst und vor allem aber müssen die Nationen ihre Probleme selbst lösen, da hilft kein Verschieben auf die Union. Deshalb befassen wir uns heute mit Deutschland.
Anhand von Beispielen aus einigen Bereichen, die von den Vorträgen nicht erfasst werden, skizziere ich jetzt Vorstellungen, von dem, was zu tun ist, zunächst aber, was einem Meinungsumschwung entgegen steht..
Zitat Schultze-Rhonhof: „[...] die hierzulande übliche Geschichtsschreibung [...] konzentriert sich auf die Überlieferung der Fehlleistungen, Irrtümer und Verbrechen des deutschen Volks im 20. Jahrhundert. Die Beispiele von Normalität, von Menschlichkeit und von positiven Leistungen bleiben fast immer ausgeblendet. Damit verbreitet sich ein verzerrtes Bild der eigenen Geschichte und ein neurotisches Verhältnis der Deutschen zu sich selbst.“[4]

---

3 Gemäß Rupert Scholz in WELT 8.3.2019, S. 2; dazu: „[...] Entmachtung des Palaments. Wenn inzwischen ein fast repräsentativ zu nennender Teil der Regierungsfraktionen über die Berufung zu Parlamentarischen Staatssekretären zum Tel der Exekutive wird, so braucht man sich über gewaltenteilungswidrige Entwicklungen [...] nicht zu wundern.“

4 Gerd Schultze-Rhonhof, 1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte, 7. Aufl. 2012 Olzog, S. 11

Wie sehr das gewollt ist, zeigen die anmaßenden und für die Geschichtsschreibung absurden Quasi-Dekrete von Bundespräsident und Kanzlerin, die Geschichte werde nicht „umgeschrieben“ oder „umgedeutet“. Dies alles geht zwar auf die feindliche „Reeducation“ ab 1945 zurück, wurde aber, betont nach 1968, noch stärker ab 1990 von Deutschen bis zum Exzess selbst betrieben.

Zeitungen und Fernsehen bringen ständig Beiträge über tatsächliche oder angebliche deutsche Verbrechen der 12 Jahre. Die Kriegs- und Nachkriegsverbrechen der Sieger kommen nicht oder nur verharmlost zur Sprache. Deren militärische Operationen werden gewürdigt. Die weltweit bewunderten deutschen Operationen und soldatischen Leistungen – Fehlanzeige.

Was Deutsche, an ihrer Seite Kriegsgefangene und Fremdarbeiter, oft schier Übermenschliches geleistet haben, um ein einigermaßen normales Leben unter dem Bombenterror aufrecht zu erhalten, ist kein Thema. Ebensowenig die einzigartigen Beispiele von Menschlichkeit unserer Streitkräfte auf allen Kriegsschauplätzen. Sogar die Bewahrung Italiens als Bella Italia durch die deutsche „Operationsführung nach Baedeker“[5] kommt nicht vor.

Diese Geschichtspolitik ist das Muster dafür, wie im heutigen Deutschland praktisch jede für Deutschland schädliche Forderung mit äußerstem Eifer bis zur Selbstzerstörung erfüllt wird, wie jetzt auch die CO^2-, Diesel-, Feinstaub- und Stickoxyd-Kampagnen zeigen. Monika Maron (u. a. Romane „Flugasche“ und „Munin oder Chaos im Kopf“) sagte unlängst in einer Konferenz europäischer Rechtsintellektueller, in vielen Staaten Europas sei es normal, sich mit der Nation zu identifizieren. „Nur Deutschland will seine Identität unbedingt los werden.“ Mit Blick auf die 3,5 Millionen Türken im Land fragte sie: „In was wollen wir die integrieren, wenn wir denen nur sagen: `Wir sind das gemeinste und schäbigste Volk auf der Welt?´“ Die Immigranten brauchten ein positives Angebot zur Identifikation.[6]

Es mag traurig stimmen, dass mit solch einem Argument zum Nationalbewußtsein aufgerufen werden muss. Doch es ist zur Zeit wohl das einzige, das die weitgehend negativ verbildeten Deutschen beeindrucken kann.

---

5 Erstaunte Feststellung eines von der Ostfront nach Italien versetzten Oberst i.G.

6 WELT 14.02.2019, S. 21

Stellt man sich gegen das ständig mit den 12 Jahren, teils auch mit dem Kaiserreich verbreitete negative Deutschlandbild, heißt es meist, Geschichte habe keine Bedeutung, man müsse nach vorne schauen. Wie sehr die falschen Folgerungen aus dem Negativ-Bild die Sicht nach vorne verdunkeln und der Verfolgung deutscher Interessen schaden, ist noch nicht aufgefallen. Der Versuch, das Negativ-Bild sachlich zu korrigieren, stößt selbst bei recht Gebildeten meist auf wütende Ablehnung. De Crescenzo, der Autor des anfangs genannten Buchs, erklärt dieses halsstarrige Verhalten so: Menschen brauchen zum Leben Sicherheiten. Wer sie, wie Sokrates, zerstört, muss sterben.

Trotzdem können Menschen auch von bisherigen Gewissheiten zu neuen übergehen. Die Ur-Christen taten es sogar unter Todesgefahr. Die Wende vom ptolemäischen zum kopernikanischen Weltbild und auch der Übergang zum Menschenbild der Aufklärung zeigen es. Eine weitere Wende haben wir in den vergangenen 50 Jahren miterlebt. Nach dem Krieg hatten sich die Deutschen trotz Niederlage und SED-Diktatur weitgehend ihre traditionelle Lebenseinstellung bewahrt. Diese wurde ab Ende der 60er Jahre, besonders nach 1990 durch die gezielt verbreitete, heute herrschende negative Einstellung abgelöst, die sich wie folgt charakterisieren lässt: geschichtsignorant, schuldfixiert, identitätsverleugnend bis zur Selbstverachtung, die Erfahrung vergessend und ablehnend, realitätsverweigernd meinungsbestimmt, progressistisch machbarkeitsgläubig und gesinnungsethisch.

Dagegen stehen zwar der Stolz, mit dem die Medien heutige deutsche Erfolge in Kultur, Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Sport melden, vor allem aber auch die großen Anstrengungen, denen diese Erfolge zu verdanken sind. Merkwürdigerweise ist dennoch das Negativbild bestimmend für die Politik und das Verhalten der Gesellschaft, wenn es um für Deutschland existenziell wichtige Fragen geht.

Einstellungen sind also änderbar. Aber neue fallen nicht vom Himmel. Der Wandel des Zeitgeistes ist immer das Werk von Menschen, die mutig für ihre Überzeugungen eintreten. Alle mächtigen neuen Strömungen beginnen mit Rinnsalen. Wir hier sind solch ein Rinnsal, das hoffentlich mit anderen zu einem überwältigenden Strom wird. Doch dem steht einiges entgegen.

Zunächst der Widerwille gegen unbequemes Neues und die Angst, die wohlige Wärme der Herde zu verlieren, zumal wenn politisch Unkorrekten Strafen bis zur Existenzvernichtung drohen.

Das Feld der jüngeren Geschichte ist vermint, weil das Machtkartell sich ganz wesentlich dadurch zu legitimieren glaubt, dass es einen Weiß-Schwarz-Kontast der heutigen politischen Verhältnisse zum Kaiserreich, besonders zu den 12 Jahren propagiert. Schon das Streichen der Kriegsschuld des Kaiserreichs ist da ein gefährlicher Einbruch. Noch mehr gilt das für eine Historisierung statt Dämonisierung der 12 Jahre.[7] Wenn dabei die Verantwortlichkeiten der westlichen Demokratien für den Zweiten Weltkrieg im Verglich zu denen der NS-Diktatur offenbar werden, ist es für das Machtkartell fatal.

Es ist daher erstaunlich, verdient aber auch Anerkennung, dass die historisierenden Werke von Post, Scheil, Schultze-Rhonhof und anderen zwar als „revisionistisch" verworfen, aber nicht verboten werden. Doch naturgemäß wird das Machtkartell mit allen Mitteln zu verhindern suchen, dass solche Erkenntnisse Allgemeingut werden. Je mehr das droht, wie zur Zeit besonders im Internet erkennbar, desto wütender und gefährlicher wird die Abwehr.

In anderen Bereichen der Politik hat der erfahrungsorientiert verantwortungsethisch Argumentierende, der oft auch noch selbstkritisch ist, gegenüber dem gesinnungsethischen Progressisten den Nachteil, statt mitreißender Bilder des „Fortschritts"" unattraktiv Bremsendes aus bisheriger Erfahrung entgegenhalten zu müssen.

Deshalb muss der Konservative, wie ich ihn der Einfachheit halber nenne, sich für seine Argumentation auch viel mehr Wissen aneignen als der Zeitgeistige. Wenn dieser nach Max Weber Wilhelm II. als Fatzke bezeichnet, so werden die Umstehenden, die vielleicht sein Bild mit Gardekürassierhelm und Adler obendrauf in einem Maleratelier vor Augen haben, ohne weiteres zustimmen. Da sollte man schon einwerfen können, dass ein Mann, dem u.a. der Mittellandkanal, die Max-Planck-Gesellschaft (ursprünglich Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) und der deutsche Dr.-Ingenieur entscheidend zu verdanken sind, wohl etwas mehr Wertschätzung verdient.

---

7 Seltene Ausnahme: Das Parlament (Hrg.: Bundestag) 22.02.2002, S. 2, Sebastian Lovens, [...] von Fürst Bismarck zu Walter Riester: „Der Nationalsozialismus beseitigte die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, behielt aber ihr Prinzip bei. Für die, die noch Ansprüche geltend machen konnten, kam es zu einer Reihe deutlicher Verbesserungen. So umfasste die Krankenversicherung nun auch Rentner, in die Unfallversicherung wurden mehr Betriebe einbezogen und die Rentenversicherung integrierte einen Teil der selbständigen Handwerker. Juden erhielten keine Leistungen mehr. Sie hatten nach faschistischer Doktrin keine `sozialen Rechte´."

Wer auf einen Klimaretter trifft, der unter viel Zuspruch den Kohle-Ausstieg fordert, sollte schon sagen können, dass selbst gemäß Wikipedia das anthropogene (menschgemachte) CO^2 nur 3% beträgt, und Deutschland davon 2,2% verursacht, also 0,066%. Außerdem noch, dass weltweit 1380 Kohlekraftwerke in Planung oder im Bau sind, was unseren „Ausstieg“ völlig absurd macht.

Wer aber, der in Beruf und Familie gefordert ist, kann oder mag es sich antun, sich mit den vielen wichtigen politische Themen so zu befassen, dass er mit einer fundierten eigenen Meinung gegen Fehlentwicklungen Stellung nehmen kann, sei es im kleinen Kreis, durch Leserbriefe, Briefe an Abgeordnete, Petitionen und Kommentare im Internet?

Hier können die nicht mehr so geforderten Alten, auch wenn sie „Auslaufmodelle“ sind, eine sehr wichtige Funktion übernehmen. Leider zeigen Konservative oft zu wenig Einsatz für ihre Sache.[8] Weil Konservative und Nicht-Linke nicht zur Wahl gehen, sind die AStAs der Universitäten meist dezidiert links.

Es wird also nicht leicht sein, das weitgehend gesinnungsethisch motivierte oder verbrämte Machtkartell zur Abdankung zu bringen.

Doch wenn in Bayern ein Volksbegehren für besseren Naturschutz unter dem Motto „Rettet die Bienen!“ in kurzer Zeit von über 18% der Wahlberechtigten unterstützt wurde, dann sollten sich doch wenigstens 10% für Bewegungen gewinnen lassen, die sich freiheitlich konservativ für das Wohl Deutschlands einsetzen.

Natürlich wäre es sehr hilfreich, viele Mitstreiter vom Schlage Henryk Broders zu haben, der in Bezug auf die politische Diskussion öffentlich ungestraft sagen kann: „Deutschland ist ein Irrenhaus. Wenn man die Bundesrepublik überdachen könnte, wäre es eine geschlossene Anstalt“[9]. Haben wir aber nicht.

Doch wir können, wie es Broder sonst ja auch tut, den heutigen Zeitgeist mit Tatsachen ad absurdum führen.

Dazu müssen möglichst viele unbestreitbare Sachverhalte präsent sein.

---

8 Als es 2015 bei einem Bürgerentscheid in Bad Nenndorf darum ging, das Denkmal von Agnes Miegel im Kurpark stehen zu lassen, haben es die 77% Befürworter nicht einmal geschafft, von den 9000 Stimmberechtigten 25% zur Abstimmung zu bringen, um das Quorum zu sichern.

9 Podiumsdiskussion in Wien am 13.02,2019 https://www.youtube.com/watch?v=FaAJMBoZk5M

Glücklicherweise können wir dazu heute mit relativ wenig Zeitaufwand wichtige Tatbestände aus dem Internet abrufen. Selbst ein Anti-CO^2-Artikel in der Wikipedia bietet die oben angeführten, für CO^2-Gläubige peinlichen Daten.

Wie damit umgehen? Wir neigen dazu, die Argumente unseres Diskussionspartners mit unserem Wissen direkt zu erschlagen. Das geht sehr häufig schief, weil die wenigsten Menschen innerlich souverän für direkte Gegenargumente offen sind. Wenn wir aber fragen, gibt es gute Chancen, dass der Partner aus seinen eigenen oder auch den von uns soufflierten Antworten selbst erkennt, was wir ihm sagen wollen – sei es sofort oder später.

Mit dieser „Hebammenkunst" (Mäeutik), auch sokratische Methode oder sokratisches Fragen genannt, hat Sokrates vielleicht das wesentlichste Element abendländischen Philosophierens eingeführt, soweit es auf Erkenntnis der Wahrheit im Sinne unbestreitbarer Tatsächlichkeit ausgerichtet ist. Dummerweise hat Sokrates damit viele Athener genervt, weil er sie von sich aus auf dem Markt ansprach und ihnen zu Wahrheiten verhalf, die sie gar nicht wissen wollten.

Das sollten wir nicht tun, sondern durchaus die anderen zuerst sprechen lassen.

Die Behauptung, Deutschland sei schuld an zwei Weltkriegen, lässt sich leicht mit der Frage angehen, welches Land denn einen europäischen und einen Regionalkrieg durch seine Kriegserklärungen erst zu Weltkriegen gemacht hat.

Gegen die Beschuldigung, Deutschland habe Polen überfallen, hilft die Frage, wer wann zuerst mobilisiert hat und wann im Vergleich dazu eine Führerweisung zur Kriegsvorbereitung ergangen ist.

Natürlich gibt es unbestreitbare deutsche Fehler, Exzesse bei Repressalien und auch Verbrechen. Doch gegenüber Behauptungen, diese seien für deutsche Streitkräfte charakteristisch gewesen, kann man fragen, warum denn ausgerechnet vonseiten der damaligen Feinde eine Fülle von Büchern das Gegenteil bezeugt, wie in der Bibliographie „Freispruch für Deutschland" des US-Bürgerrechtlers Dr. Robert L. Brock nachzulesen ist.

Und warum konnten denn selbst die zwei mit viel Geld und Aufwand inszenierten Reemtsma-Ausstellungen die Wehrmacht nicht zu einer

verbrecherischen Organisation stempeln? [10]
Zum Angriff auf Serbien erübrigen sich Fragen, denn der dafür verantwortliche Bundeskanzler hat selbst bekannt, dass er völkerrechtswidrig und damit verfassungswidrig war.[11]

Aber wie steht es mit den Militäreinsätzen in Afghanistan oder Mali? Welchem Ziel dienen sie? Wem nutzen sie? Wenn zu Afghanistan die Antwort „Bündnissolidarität" heißt, wie ich Helmut Schmidt vor einigen Jahren in der Bundeswehruniversität Hamburg sagen hörte, stellt sich die Frage: Rechtfertigt das den Tod deutscher Soldaten? Auf der Balkankonferenz 1878 war Bismarck „der Balkan nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert." Gilt solches nicht mehr für unsere Soldaten, nur weil sie Freiwillige sind?

Auf den Feldern, auf denen die gesinnungsethische Humanitätsduselei und das Weltrettungspathos die bizarrsten Blüten treiben, die Komplexe „Flüchtlinge" und „Klimarettung", ergeben sich bei nüchterner Betrachtung der Fakten die Antworten fast von selbst. Doch schon sie zu formulieren, besonders aber, sie zu vertreten, erfordert in unserem Meinungsklima eine mutige und kompromisslose Härte:
Warum ertrinken Migranten im Mittelmeer? Weil noch immer nicht eindeutig klar gemacht wird, dass sie auf diesem Wege keine Chance haben, so wie es Australien mit Erfolg getan hat. Denn „Schiffbrüchige" werden ja immer noch nach Europa gebracht, statt zurück an die nähere Küste Nordafrikas.
Warum tut die „australische Härte" not? Weil es auf unabsehbare Zeit Hunderte Millionen Glücksuchender gibt und diese sich jährlich um zig Millionen vermehren. Ohne harte Abschottung wird Europa von der Flut der Migranten ertränkt. Es hat dann noch nicht einmal mehr die Fähigkeit, das Elend in der Welt wenigstens zu lindern.

---

10 Die erste Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht ..." wurde 1999 wegen scharfer, besonders ausländischer Kritik zurückgezogen, der zweiten „überarbeiteten" ab 2001 wies noch, während sie lief, Stefan Scheil nach, dass sie praktisch in Gänze „Legenden, Gerüchte, Fehlurteile" (Titel Seines Buches) verbreitete. Obschon er sonst selbst bei nur formal fehlerhafter Kritik Klage erhob, zog Reemtsma diesmal nicht vor Gericht.

11 Gerhard Schröder: „Natürlich ist das, was auf der Krim geschieht, etwas, was auch Verstoß gegen das Völkerrecht ist. Aber wissen Sie, warum ich ein bisschen vorsichtiger bin mit dem erhobenen Zeigefinger? [...] Weil ich es nämlich selbst gemacht habe, gegen das Völkerrecht verstoßen. [...] Da haben wir unsere Flugzeuge [...] nach Serbien geschickt, und die haben zusammen mit der Nato einen souveränen Staat gebombt – ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte." Minute 47.50 bei Phoenix Mediathek 9/3/2014: http://gerhard-schroeder.de/2014/03/09/matinee-der-wochenzeitung-zeit/

Ist es human, Menschen aufzunehmen, die bei uns keine Chance auf ein würdiges Leben haben, wenn wir für einen hier Alimentierten im Gebiet der Herkunft mindestens fünfzehn versorgen können? [12]
Wer hat die Staatsführung überhaupt legitimiert, jedes Jahr Volksvermögen im Umfang von zig Milliarden so unsinnig und gemeinwohlschädlich zu verschleudern?
Warum Familiennachzug für nur auf Zeit Geduldete in unser Sozialsystem, das ohnehin schon sehr prekär ist?
Warum können wir nicht wenigstens Messermorde und Vergewaltigungen verhindern? Weil wir nicht mit großer Härte gleich erste Verletzungen der Gastpflichten ahnden und als Gefährder Beurteilte durch Internierung aus dem Verkehr ziehen, wie es der Bundesinnenminister bereits 2007 gefordert hat.[13] Dabei könnte dies sogar als Fürsorge für das Ansehen der gutwilligen Immigranten begründet werden. Warum wurden die Rechtsgrundlagen für einen erweiterten Unterbindungsgewahrsam noch nicht geschaffen, der nach Länderrecht gegen Hooligans verhängt werden kann?
Warum werben wir Kriegs- und Entwicklungsländern die Befähigten ab, die sie unbedingt zum Wiederaufbau und zur Entwicklung benötigen? Sollen sie immer hilfsbedürftig bleiben?
Zum „Atomausstieg“: Auch wer die Gefahren und Probleme von Kernkraftwerken ernst nimmt, darf fragen, was das Abschalten unserer wenigen sehr sicheren Atommeiler bewirken soll, wenn in nächster Umgebung und weltweit über 460 davon in Betrieb sind und über 50 weitere im Bau? Könnten wir nicht mit dem Weiterbetrieb und der Weiterentwicklung risikoarmer deutscher Technologie weltweit

---

12 Vergleichszahlen:
NZZ 15.09.1017 https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/die-fluechtlingskosten-sind-ein-deutsches-tabuthema-ld.1316333 :
„Indirekt bestätigt Entwicklungshilfeminister Gerd Müller derlei hohe Summen. Der CSU-Politiker rechnet vor: «Für eine Million Flüchtlinge geben Bund, Länder und Gemeinden 30 Milliarden Euro im Jahr aus. Das Geld wäre in den Herkunftsländern besser angelegt.» Also: 30 000/Person/Jahr, 2500/Monat.
Bis Ende 2014 erhielt jede syrische Flüchtlingsfamilie vom UN World Food Program pro Mitglied 28 $ im Monat, was ausreichende Ernährung sicherte. https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/wie-der-fluechtlingsandrang-aus-syrien-ausgeloest-wurde-13900101.html
Das Flüchtlingslager Zaatari/Jordanien mit 79000 Personen kostete 2015 500 000 $ pro Tag, 2300/ Person/Jahr, d.h., max. 2000 €. https://de.wikipedia.org/wiki/Zaatari

13 Interview Schäuble in: Siegel Online 7.6.2007

viel mehr zum Verhindern von Unfällen tun? Was macht das Prinzip „Shareholder Value“ mit unserer Gesellschaft?

Die Post will den Paket-Zustellbetrieb völlig auf den Billiglohn seiner Tochterfirma Delivery umstellen und nur noch etwa 12 statt maximal 20 Euro pro Stunde zahlen. Der Vorstandschef „will dadurch eine halbe Milliarde Euro mehr Gewinn herausholen“, schrieb eine Zeitung.[14]

Soll dies das Muster unseres Wirtschaftens sein? Immer mehr Einkommensmillionäre, gleichzeitig sehr viele Menschen, die trotz Vollzeitarbeit um ein „Aufstocken“ ihres Einkommens bitten müssen, damit sie überleben können. Wie wollen wir da eine nationale Solidarität erhalten, die ohne das Adjektiv national immer gefordert wird und auch nötig ist? Müssen wir angesichts der globalisierten Wirtschaft nicht in Deutschland und Europa Lösungen finden, unseren Normal- und Geringverdienern ein Realeinkommen zu bewahren, das unserem Lebensstandard entspricht?

Sie und ich könnten leicht bis heute Abend weitere Fragen formulieren und wären immer noch nicht am Ende. Selbstsicheres Besserwissen ist bei offensichtlich Absurdem unserer Politik durchaus berechtigt.

Doch für viele Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Besonders bei manchen außenpolitischen ist Vorsicht geboten, denn wir kennen meist zu wenig die Zwänge und Pressionen, unter denen die Handelnden entscheiden müssen. Doch bohrende Fragen zu stellen, ist nicht nur erlaubt, sonder Bürgerpflicht.

Heute haben wir zwar eine Menge von Büchern und Beiträgen in Nicht-Kartell-Medien, die das Politisch Korrekte aufspießen und zur Vernunft aufrufen. Es gibt auch viele quergebürstete kleine Zirkel, von denen einige große Vortragsabende organisieren.[15] So manches frühere Tabu in Geschichte und Politik verschwindet.

Doch die Auswirkungen auf das Verhalten des Machtkartells sind bisher sehr überschaubar.

---

14 WELT 18.02.2019, S. 9

15 Willy Wimmer hat an solchen Abenden Hunderte von Zuhörern, wenn er die angelsächsische Chaotisierung des europäischen Umfeldes und von Europa selbst in Gegenwart und Geschichte thematisiert. Wolfgang Effenberger, der bei der Verleihung des Bautzener Friedenspreises an Wimmer im Januar 2019 die entsprechende Laudatio gehalten hat, wird daraufhin von überall her zum Vortrag gebeten.

Es hilft also nichts – wir müssen wie Sokrates, wenn auch etwas schlichter, weiter fragen, fragen, fragen, Tatsachen und Plausibilitäten gegen den Mainstream ins Feld führen, wo immer es einen Anlass dazu gibt, bei allen Gelegenheiten und mit allen Mitteln.
Wenn wir damit nicht eine offenbare Wirkung erzielen, wie manchmal eine Fraktion in den Parlamenten, so ist es zumindest ein Beitrag zu einer wirklichen, bodenständigen öffentlichen Meinung.
Schon wenn Sie Ihre Auffassung in Ihrem Bekanntenkreis vertreten, wird es zumindest bei denen, die nicht den Kontakt abbrechen, sicherlich eine Wirkung haben: Wiedergewöhnung daran, dass man auch Meinungen äußern darf, die nicht Mainstream sind. Damit sollte wieder eine Diskussionskultur entstehen, die es erlaubt, tabufrei über alle Möglichkeiten zur Lösung von Problemen zu ringen.
Schließlich müssen wir auch alles tun, um das Institut eines bundesweiten Volksentscheids durchzusetzen, wie es das Grundgesetz in Artikel 20,2 bestimmt. Danach wird die Staatsgewalt zunächst vom Volk durch „Wahlen und Abstimmungen“ ausgeübt. Volksabstimmungen hätten mit hoher Wahrscheinlichkeit verhindert oder korrigiert, was an fundamentalen Fehlentscheidungen vom Parlament abgesegnet oder hingenommen worden ist und unbeirrt weiterverfolgt wird. Schon das latente Drohen eines Volksentscheids würde Regierung und Parlament zur Bodenhaftung zwingen.
Außerdem ließe sich damit unter anderem die Vereinnahmung des Staats durch die Parteien (R. von Weizsäckers: „Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht“) und die erdrückende Macht der Parteien über den einzelnen „Volksvertreter“ zurückdrehen.
Wir wollen, dass Deutschland wieder der demokratisch legitimierte Rechtsstaat wird, den das Grundgesetz will, und in dem praktische Vernunft herrschendes Prinzip ist.
Die älteren Wessis unter uns haben Deutschland schon einmal so erlebt.
Das Ziel ist also keine Utopie.
Setzen wir uns dafür ein!

Markus Krall

Die Krise unserer Währung – gibt es noch Lösungsansätze?

Mein Dank gilt den Organisatoren dieser Tagung, der Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft und ihrem geschäftsführenden Vorstand Oberst a.D. Manfred Backerra, der so freundlich war, mich heute zu Ihnen nach Hamburg einzuladen.

Die Debatte, die wir nicht erst seit heute zu führen haben, kommt keinen Augenblick zu früh, denn die Lage, in der sich unser Land und unser Kontinent befindet, kann von jedem, der mit analytischem Blick und offenen Augen darauf schaut, nur noch als dramatisch im Angesicht der drohenden Gefahren bezeichnet werden. Noch verbirgt sich für die Masse unseres Volkes die tatsächliche Situation hinter einer Nebelwand aus Medienmanipulation, Halbwahrheiten, Unterschlagungen von Nachrichten und – ganz neu, es zeigt die Verzweiflung unserer Eliten – handfesten Lügen und Unwahrheiten aus dem Munde der Mächtigen und ihrer medialen Handreicher. Die sogenannte „Causa Maaßen", die in Wahrheit „Merkelgate" heißen sollte, wenn der Skandal nach seinem Schuldigen benannt wird, spricht dabei Bände.

Ich möchte mich in meinem Vortrag heute auf zwei Kernsachverhalte beschränken, die nach meiner Auffassung determinierend für den Verlauf der vor uns liegenden Krise sein werden. Diese Krise wird nicht eine einfache Wirtschaftskrise sein. Sie wird eine wirtschaftliche Systemkrise, eine gesellschaftliche Krise und eine Verfassungskrise sein. Das wirtschaftliche Chaos ist lediglich der Auslöser, der die Aushöhlung unserer staatlichen und verfassungsmäßigen Institutionen an die Oberfläche spülen wird.

Gestatten Sie mir einen kurzen Hinweis auf meine bisherigen publizistischen Aktivitäten, deren roter Faden der polemische Streit für die freiheitliche Gesellschaftsordnung ist. 2013 erschien, damals noch unter dem Autoren-Pseudonym „Diogenes Rant" das Buch „Verzockte Freiheit", in welchem ich seinerzeit im Detail darlegte, warum

die Krise 2007/2008 kein Marktversagen, sondern das notwendige und unausweichliche Ergebnis staatsinterventionistischer Politik war. Das Marktversagen, meine Damen und Herren, ist eine Lüge, die nicht dadurch wahr wird, dass man sie uns mit medialem Dauerfeuer seit 12 Jahren einzuhämmern versucht.

2017 folgte der Draghi-Crash, damals von dem von mir sehr geschätzten früheren EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark mit den Worten begleitet: „Ein Weckruf, der hoffentlich nicht zu spät kommt und nicht zu schnell verhallt". Die damals von mir postulierten Zusammenhänge der Zombifizierung der Unternehmenswelt durch den Nullzins und der Erosion der Bankenerträge sind seitdem durch die aktuellen Entwicklungen bestätigt worden mit der beängstigenden Genauigkeit eines Uhrwerkes. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel hat die Zombiehypothese in einer jüngst erschienenen Studie bestätigt. Die Federal Reserve hat Anfang März eingeräumt, dass sie die Zinsen aus genau diesem Grunde nicht weiter erhöhen kann, ohne eine Pleitenwelle im Land zu riskieren. Was mit den Bankerträgen seither passierte, werden Sie im Laufe dieses Vortrages dargelegt bekommen.

Im Dezember 2018 erschien dann „Wenn schwarze Schwäne Junge kriegen". Neben einer Fortschreibung der Daten aus dem „Draghi-Crash" habe ich dort versucht, die Erosion unserer Wirtschafts- und Geldordnung in den größeren Rahmen einer versagenden Politik einzuordnen, die aus den immer gleichen Mechanismen heraus die falschen Entscheidungen trifft. Diese Mechanismen sind die Negativauswahl politischen Personals in der Parteiendemokratie und das Bedürfnis der Leute nach kurzfristiger Unterdrückung von Risiko und Volatilität zulasten langfristiger Stabilität und nachhaltigen Wachstums, der von dieser advers selektierten politischen „Elite" bedient wird. Später dazu im Detail mehr.

Die Reaktionen auf diese Bücher und auch die Auflage meiner Publikationen zeigen, dass diese Analyse einen Nerv getroffen hat. Seit Anfang März belegen meine Bücher 5 der ersten 10 Plätze der Amazon Bestsellerliste „Internationales Management".

Was also ist die Lage?

Ich möchte sie mit einem Satz zusammenzufassen, den ich dem ersten Kapitel meines im Dezember erschienenen Buches „Wenn schwarze Schwäne Junge kriegen" entnehme:

„Wir stehen vor der Diskontinuität, einem schwarzen-Schwan-Ereignis ganz neuer Art: Ein Vogel, der aus dem Genlabor fehlgeleiteter Politik entkommen ist und den wir daher selbst herangezüchtet haben."

Die Diskontinuität ist Ausdruck eines durch Volatilitätsunterdrückung angestauten Ungleichgewichts. Volatilität als Ausdruck des Risikos ist etwas, das die Leute nicht wollen. Sie wollen keine fallenden Kurse, keine fallierenden Unternehmen, keine konjunkturellen Schwankungen, denn all dies ist mit Unbequemlichkeit verbunden, steht also nicht im harmonischen Einklang mit der hedonistischen Konsumgesellschaft, um nicht zu sagen dem Konsumterror, dem wir uns verschrieben haben. In diesen Sinne ist der Keynesianismus, der der Politik Begründung und Handwerkszeug liefert, alles zu glätten und zu übertünchen, der scheinwissenschaftliche Überbau dieses Konsumterrors. Erreicht wird dies durch die allgegenwärtige Politik der Gießkanne, die zugleich das Instrumentarium einer korrupten Politik zum Stimmenkauf ist. Denn um nichts anderes handelt es sich, wenn man mit anderer Leute Geld Dritte dazu bewegt, sich so zu verhalten, dass es einem selbst zum Vorteil gereicht. Der Wählerkauf mit anderer Leute Geld ist eine Form der Korruption, die die Demokratie aushöhlt. Wir können die Wirkung dieses Sachverhaltes wie folgt zusammenfassen:

Unsere Gesellschaft folgt einem Leitbild der **Risikoaversion**, der Lernaversion und der Bequemlichkeit. Von der Politik wird erwartet, dass sie jegliche Volatilität, jedes unangenehme Bild von uns fernhält.

Unterdrückung von Risiko und Volatilität führt aber nicht zu ihrer Abschaffung, sondern zur Akkumulation. Die Krise unserer Gesellschaft ist die Folge dieses systematischen Aufbaus von Ungleichgewichten.

Dieser Prozess ist unausweichlich, weil mit der Unterdrückung der Volatilität als Ausdruck von **Versuch und Irrtum** der einzige Weg evolutionärer Systeme, zu lernen, blockiert wird.

Begreifen wir unsere Wirtschaft, Politik, Militär, Gesundheitswesen usw. als **ökologische Systeme,** so führt das Abschalten evolutionärer Prozesse zu sich aufstauenden Ungleichgewichten.

Diese Ungleichgewichte reflektieren reale ökonomische, politische und soziale Spannungen zwischen Teilsystemen des **globalen sozioökonomischen Ökosystems**.

Wird ein Schwellenwert der Spannung überschritten, so kommt es zur Entladung der aufgestauten Volatilität, ein Vorgang, den ich als **Diskontinuität** bezeichne. Sie ist der **„schwarze Schwan“**. Diskontinuitäten sind nicht isoliert, sie können sich gegenseitig beeinflussen und auslösen. Ob das passiert, hängt davon ab, wie viele Subsysteme wir durch falsche Politik der **Risikounterdrückung** gestört haben.

Heute stehen wir vor mindestens fünf großen Diskontinuitäten: Sie betreffen das **Geldsystem**, das **Internet**, die **Parteiendemokratie**, die **Unternehmenswelt** und die **Geopolitik**. Der schwarze Schwan bekommt Junge.

Mein heutiger Vortrag beschränkt sich auf das Geldsystem und die Parteiendemokratie, weil ihre Fehlentwicklung gewissermaßen siamesische Zwillinge repräsentiert. Die Geldpolitik liefert uns das Diskontinuitätsereignis, welches sie nur erzeugen konnte, weil es der Politik in ihrer Bequemlichkeit und ihrer Furcht vor harten Entscheidungen Zeit gekauft hat und die Politik die Geldpolitik deshalb hat gewähren lassen. Nun werden wir sehen, wie die so aufgesparte ökonomische Atombombe auch das parteienpolitische System zerstören wird. Was liegt dem zugrunde?

Die Geldpolitik der EZB ist **planwirtschaftlich**, nicht marktwirtschaftlich.

Die Geldpolitik folgt falschen **keynesianischen** Modellen, die die Realität nicht abbilden.

Die **Nullzinspolitik** über alle Laufzeiten zerstört die Ertragsbasis der Banken mit hohem Tempo.

Der Nullzins hält zugleich als **Subvention** Unternehmen am Leben, die von der Schumpeterschen kreativen Zerstörung aussortiert werden sollten .

Diese **Zombieunternehmen** machen mittlerweile über 12% aller Unternehmen in Europa aus. Sie sind ineffizient, binden aber produktive Ressourcen und machen so das Wachstum anämisch Sie werden im Falle einer Zinswende oder eines anderen gesamtwirtschaftlichen Schocks bankrottgehen und das **Bankensystem** in den Abgrund reißen.

So schafft die Geldpolitik in ihrer Unkenntnis der tatsächlichen Zusammenhänge und ihrer Realitätsverweigerung **Deflation**, wo sie Inflation will.

Es gibt Wege aus der Falle, aber die Politik weigert sich, sie zu gehen, weil die Auswahl des politischen Personals einer adversen Selektion unterliegt.

Beginnen wir mit der Frage der Zombieunternehmen. Vor der Finanzkrise bewegten sich die Ausfallraten von Unternehmen im langjährigen Mittel zwischen 1.5% und 2%. Man könnte dies als die natürliche Rate der kreativen Zerstörung bezeichnen. Unternehmen fallen zurück, werden ineffizient, unproduktiv, verbessern sich nicht mehr im Takt des Fortschritts, stellen Dinge her, die niemand mehr braucht und können so ihre Kapitalkosten nicht mehr verdienen. Sie scheiden am Markt aus, und das ist etwas Gutes, denn die Neuverteilung ihrer Ressourcen ist der Garant für langfristiges Wachstum.

Was passiert hingegen in einer Nullzinswelt? Schlechte, unproduktive, ineffiziente Unternehmen, die Dinge herstellen, deren Nachfrage fällt, bleiben länger am Leben, weil der Nullzins als versteckte Subvention wirkt. Die Unternehmen müssen ihre Kapitalkosten nicht mehr verdienen. Die Folge ist, dass die Zahl der Unternehmenspleiten sich seit Beginn der Finanzkrise um 75% verringert hat und die jährliche Ausfallquote heute nur noch bei knapp über 0,5% liegt. Die Differenz zwischen den ökonomisch notwendigen und den aufgrund der manipulierten Nullzinssituation stattfindenden Unternehmenspleiten beträgt pro Jahr 1 – 1,5%. Unter der Oberfläche sammeln sich so Unternehmen an, die ausgefallen sein sollten, tote Unternehmen, die ich als Zombies bezeichne. Ihre Gesamtzahl beläuft sich mittlerweile auf 12 – 15% aller Unternehmen in Euroland und geht in die Millionen. Die Pleite dieser Unternehmen ist nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Ein äußerer Anlass, wie zum Beispiel eine Zinswende oder ein konjunktureller Schock, wird diese fragilen Gebilde zum Kippen bringen. Die resultierende Pleitenwelle wird so groß sein, dass sie das gesamte Europäische Bankensystem zum Einsturz bringen wird. Das ist der Hauptgrund dafür, dass die EZB keine Zinswende wagt. Sie weiß, dass sie in der Falle sitzt.

Hier kommt der Effekt der Ertragserosion ins Spiel. Sie ist der zweite Zünder an der Bombe der Zombieunternehmen, die uns die EZB-Nullzinspolitik beschert hat. Die bei Null verflachte Zinsstrukturkurve, die das Ergebnis dieser Geldpolitik ist, erodiert die Ertragsbasis der Banken massiv. Die Zinsmargen, die 80% aller Erträge der Banken ausmachen, werden von dieser Zinsstruktur zerstört. Die Sparmarge

ist angesichts einer negativen Diskontrate ebenfalls negativ. Eine Transformationsmarge kann risikobereinigt nicht mehr vereinnahmt werden, da der Unterschied zwischen Tagesgeld und 10-jährigen Zinsen zu gering ist. Die Flucht in die Kreditmarge, der die Banken wegen dieser Ertragsverluste folgen wie die Lemminge, führt dazu, dass auch die Kreditmarge durch das steigende Angebot bei starrer Nachfrage nach Krediten einbricht.

Dieser Ertragsverfall wurde jahrelang durch allerlei Bilanztricks verschleiert. Mittlerweile sind die Mittel dafür aber erschöpft und die Reserven aufgebraucht. Der Ertragsverfall ist jetzt in seiner ganzen Konsequenz nicht mehr zu verbergen und die Zahlen sind eindeutig. Seit 2017 sind allein die Zinserträge der deutschen Banken von 96 Mrd. auf 85 Mrd. Euro gefallen. Und dieser Trend beschleunigt sich noch. Es ist eine Frage der Zeit, wann die rigiden Kosten im Gesamtsystem die fallenden Erträge überschreiten werden. Nach meinen Schätzungen wird dies in der zweiten Jahreshälfte 2020 der Fall sein.

Die Abbildung der nach Cost-Income-Ratio sortierten Banken macht dies deutlich. Jedes Jahr rutschen mehr Banken ökonomisch in die Verlustzone, weil sie ihre Kosten nicht im Gleichschritt mit den fallenden Erträgen abbauen können. Das Beispiel der Deutschen Bank seit dem 1. Quartal 2013 zeigt beispielhaft die Herausforderung für die gesamte Kreditwirtschaft. Die Kosten sind zu starr, ihre Senkung mit zu hohen Kosten der Restrukturierung verbunden, als dass die Banken eine Chance hätten, sie im Gleichschritt mit den erodierenden Erträgen zu senken.

Das Einsetzen aggregierter Verluste im Bankensystem wird die Kapitalbasis erodieren, was wiederum eine Kreditklemme nach sich ziehen wird. Fallende Risikotragfähigkeit der Banken hat fallende Kreditvolumina zur Folge. Die dann eintretende Kreditrationierung wird die Zombieunternehmen zu Fall bringen und ihre Pleiten werden in einer gigantischen Welle nachgeholt werden. Die Folge wird eine depressive Deflation sein: Fallende Kreditvolumina bedeuten fallende Geldmengen. Die EZB wird dann vor den Scherben ihrer Politik stehen. Ihr Scheitern wird offensichtlich werden. Um die Abwärtsspirale aufzuhalten, wird sie tun, was sie immer getan hat: das Schuldenproblem mit mehr Schulden zu lösen versuchen, Geld zu drucken und das System damit zu fluten.

Aber der Hunger des Systems nach Rettungsbillionen wird dieses Mal so groß sein, dass die EZB die Banken mit solchen Summen retten muss, dass ein Umkippen der Deflation in eine Hyperinflation unausweichlich ist. Das wird politisch das Ende des Euros sein.

Den Kapital- und Aktienmärkten ist die dramatische Dynamik schon lange klar. Deshalb haben sich die Kurse der Bankaktien 2018 halbiert. Ihre Preis-Buchwert-Verhältnisse sind auf ca. 25% zu Jahresbeginn gefallen. Eine Deutsche Bank mit 63 Mrd. Euro Eigenkapital können Sie am Markt für 15 Mrd. Euro kaufen. Das gleiche gilt für die Commerzbank, nur die Zahlen sind etwas kleiner. Wem da nicht auffällt, dass das System aus den Fugen ist, der muss mit Blindheit geschlagen sein.

Die Frage, die sich stellt: Gibt es für Europa einen Ausweg? Die Antwort ist ja, aber die politische Klasse kann ihn aufgrund ihrer mangelnden Kompetenz nicht gehen.

Fangen wir trotzdem mit dem Rettungsprogramm an, das unsere Kreditwirtschaft zurück in marktwirtschaftliche Gewässer führen würde.

Es besteht aus den folgenden Elementen:

- Massive Stärkung des Eigenkapitals der Banken durch Infusion von 1.000 – 1.200 Mrd. Euro. Finanzierung durch nationale oder europäische Privatisierungsagentur
- Durchführung eines Stresstests, der wissenschaftlichen Kriterien genügt, um dieses EK optimal zu allokieren
- Finanzdienstleister-Restrukturierungsgesetz: Beschränkung von Abfindungen für begrenzten Zeitraum, um 30 – 50% Kostenreduktion im System zu ermöglichen
- Konsolidierung des Bankensystems auf lebensfähige, effiziente Einheiten, die groß genug sind für Skaleneffekte und klein genug für die Vermeidung des too-Big-to-Fail-Problems
- Senkung der Regulierungskosten um 80% durch Abschaffung des seit 2007 eingeführten überflüssigen bürokratischen Ballasts (entspricht ca. 10 – 12% der Cost Income Ratio)
- Wahlrecht für Banken: Regulierung light bei Wegfall jeder staatlichen Stützungs- oder Einlagengarantie („Modell Trump“)
- Konsolidierung der Lebensversicherungsbranche und Einbeziehung in das Finanzdienstleister-Restrukturierungsgesetz
- Deflation der Asset-Blasen durch Rückkehr zu einer marktwirtschaft-

lichen Zinspolitik und Reform der Governance der Eurozone und der EU: Mehr Markt, weniger Staat

Dabei sollten wir uns keiner Illusion hingeben: Das Fenster für einen Gleichgewichtspfad bei der Bewältigung dieses Ungleichgewichts hat sich wahrscheinlich schon geschlossen. Ohne eine große Bereinigungskrise wird es nicht zu einem neuen Gleichgewicht kommen. Zudem ist die Politik der Meinung, dass alles in bester Ordnung wäre. Man sieht keinerlei Anlass, über die Lösung einer drohenden Krise nachzudenken, deren Ausbrechen man bisher mit der ultralockeren Geldpolitik verzögern konnte. Dass diese Verzögerung den Haufen Sprengstoff nur vergrößert hat, blendet die Politik aus. Die tieferen Ursachen für dieses Elitenversagen in der Politik liegt in der Auswahl unseres politischen Personals. Es unterliegt zwei ökonomischen adversen Selektionen:

Die Fixeinkommen der Abgeordneten in Höhe vom Zwei- bis Dreifachen des Durchschnittseinkommens der Bürger macht es für Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen attraktiver in die Politik zu gehen, als für Bezieher höherer Einkommen. Da aber Einkommen und Intelligenz positiv korreliert sind, führt dies zu einer Negativauswahl. Die intellektuelle Elite dieser Republik geht nicht in die Politik und es gilt der Satz von Franz-Josef Strauß: Man muss sich die Gestalten nur anschauen.

Das Listensystem der Parteien sorgt dafür, dass die Karriere der Politiker der Kontrolle durch die Parteiführung unterliegt. Nicht der Wähler, sondern die Parteiführungen entscheiden. Das macht unabhängiges Denken und Rückgrat zu einem Karrierehindernis.

Beide Effekte in Kombination lassen mich stark daran zweifeln, dass unsere politische Klasse der aufziehenden Krise gewachsen ist. Das gilt nicht nur für die Frage ihrer Eingrenzung mittels der oben beschriebenen Maßnahmen, sondern auch bezüglich der Bewältigung der Folgen, wenn diese Krise in vollem Umfang ausgebrochen sein wird. Das macht die große Krise unvermeidlich. Sie wird die Grundlagen unseres Gemeinwesens erschüttern und daher in eine Krise der Gesellschaft und der verfassungsmäßigen Ordnung münden. Damit wird sie zu einer Auseinandersetzung um unsere Freiheit werden. Dieser Kampf um die Freiheit ist letztlich die Folge der Werteerosion, die dem wirtschaftlichen Marsch in die geldpolitische Planwirtschaft vorausgegangen ist. Sie ist das Resultat des Programms der Frankfurter

Schule, umgesetzt durch den Marsch durch die Institutionen der 68er. Die Krise unseres Staates, der EU und unserer Gesellschaft, deren angestaute Ungleichgewichte sich Bahn brechen, sind Ausdruck einer tiefergehenden Misere: Der Verlust der Werte, die uns erfolgreich, stark und wohlhabend gemacht haben.

Es sind die Werte der Freiheit, des Eigentums, der Familie, der Marktwirtschaft und der Souveränität des Volkes, die verloren gegangen sind. Dieser Verlust ist zum Teil das Ergebnis von hedonistischer Bequemlichkeit und zum Teil das Ergebnis eines politischen Programms der sog. Frankfurter Schule, die den Marsch der 68er durch die Institutionen als Strategie ihrer Zerstörungsarbeit an der bürgerlichen Gesellschaft umgesetzt hat.

Die Frankfurter Schule wurde in den 20er Jahren entwickelt und postuliert, dass die Massen keine kommunistische Revolution unterstützen, weil sie wissen, dass es ihnen im Kapitalismus besser geht. Daher muss die Gesellschaft von innen ausgehöhlt und die Werte, die sie erfolgreich machen, einem „Verrottungsprozess“ unterworfen werden. Diese Zerstörung ihrer Grundlagen entzieht der freien Gesellschaft ihre Basis und macht sie so reif für die sozialistische Machtübernahme

Mit dieser Strategie erkennt die Frankfurter Schule implizit die Überlegenheit der Österreichischen Schule bei der Erklärung des ökonomischen Geschehens an und nutzt diese Erkenntnis als Waffe gegen die Ordnung der Freiheit.

Damit war sie in den letzten 50 Jahren sehr erfolgreich und das ist der tiefere Grund für die Akkumulation der Ungleichgewichte: Man lässt den Markt die notwendige Bereinigung nicht durchführen, man unterdrückt gesellschaftliche Lernprozesse.

Wenn wir unsere Freiheit bewahren wollen, müssen wir uns darauf einstellen und in der Krise die große finale Auseinandersetzung mit den Feinden der Freiheit bestehen. Für diesen Konflikt will ich mit meinem Buch „Wenn schwarze Schwäne Junge kriegen“ die Programmatik liefern.

Ich darf schließen mit meiner Aufforderung an Sie alle, sich in diese Auseinandersetzung einzumischen. Denn es gilt das Wort Dante Alighieris: „Die dunkelsten Plätze der Hölle sind reserviert für diejenigen, die sich in Zeiten einer moralischen Krise heraushalten wollen“. Vielen Dank!

Dr. rer. pol. Markus Krall, Jahrgang 1967, arbeitete während seiner Disseration als Monobusho-Stipendiat der japanischen Regierung an der Kaiserlichen Universität Nagoya/Japan. Berufsbeginn im Vorstandsstab der Allianz AG, dann Berater in der Boston Consulting Group, Mitarbeiter von Oliver Wyman Consulting in Deutschland bis zum Partner, wechselte 2003 als Partner zu McKinsey, wo er das Risiko Management Practice leitete. Später Organisator der Initiative zur Gründung einer europäischen Rating-Agentur. Seit 2014 Managing Director bei der Unternehmensberatung Goetzpartners. Er hat 25 Jahre Erfahrung im Risikomanagement von Banken und Versicherungen. Sein Buch von 2017 „Der Draghi-Crash“ sagte diesen in Bälde voraus.

Wilhelm Busch: der vorletzte Hosenknopf

Bruno Bandulet

Dexit – Der machbare und notwendige Ausstieg aus dem Euro

Im vergangenen Jahr, das waren acht Jahre nach Ausbruch der Eurokrise, verkündete Klaus Regling, der Direktor des sogenannten Stabilitätsmechanismus ESM: „Der Euro ist gerettet.“ Ebenfalls 2018 verriet Alan Greenspan, der legendäre frühere Chef der amerikanischen Notenbank, bei einer Dinner-Rede in New York seinen Zuhörern, dass er die Target-Salden des Eurosystems jeden Tag beobachte. Sie seien ein Anzeichen dafür, „dass hier irgendetwas nicht gut ausgeht“ und dass die Architektur des Euro „konzeptionell nicht stabil“ sei. Das war derselbe Greenspan, der in den neunziger Jahren vorhergesagt hatte: „The Euro will come, but it will not be sustainable.“

Zur Erinnerung: Target ist ein Zahlungsverkehrssystem, das die laufenden Forderungen und Verbindlichkeiten der nationalen Notenbanken gegenüber der EZB ausweist. Vereinfacht gesagt, ermöglicht es den Krisenländern, bei der Bundesbank oder beispielsweise auch der niederländischen Notenbank, anschreiben zu lassen. Ende Februar beliefen sich die Forderungen der Bundesbank auf 872 Milliarden Euro.

Wer hat nun Recht, Regling oder Greenspan? Als ich im vergangenen Jahr mit einem neuen Buch mit dem Titel „Dexit“ herauskam, war mir vollkommen bewusst, dass die Eurokrise derzeit in der breiten Öffentlichkeit kein Thema ist, dass niemand an einen Austritt Deutschlands denkt und dass eine Illusion von Währungsruhe vorherrscht, die nur zu gerne von der Politik genährt wird. Ziehen wir also eine Bilanz, um herauszufinden, ob und inwiefern der Euro gescheitert ist oder nicht, ob er gehalten hat, was sich seine Erfinder von ihm versprochen hatten.

Erstens hat die Hoffnung getrogen, die Europäische Zentralbank werde in die Fußstapfen der Deutschen Bundesbank treten und der Euro werde zu einem vollwertigen Nachfolger der D-Mark werden. Stattdessen wurde der Euro unter Mario Draghi lirarisiert, die Bundesbank wurde entmachtet, und im EZB-Rat, wo Deutschland

mit nur einer Stimme wie zum Beispiel Malta vertreten ist, haben die Weichwährungsländer das Heft in der Hand. Deutschland hat nicht nur seine Währungssouveränität verloren, wir haben auch die erwartete Mitbestimmung an einer europäischen Währungssouveränität eingebüßt. Heute ist der Euro nichts anderes als eine den Deutschen oktroyierte Fremdwährung.

Zweitens ist die Einheitswährung, gemessen an den Regeln des Maastrichter Vertrages und des Stabilitätspaktes, gescheitert. Die Schuldenobergrenzen wurden nie eingehalten, für Vertragsverletzungen wurde bisher keine einzige Strafe verhängt, die EZB ist längst nicht mehr unabhängig von der Politik, sie hat das Verbot der Staatsfinanzierung skrupellos mißachtet, Staatsschulden in großem Umfang in die Bilanz genommen und damit monetarisiert. Hätte sich die EZB nach Ausbruch der Krise an die Verträge gehalten, wäre die Eurozone wohl implodiert.

Drittens ist der Euro weit davon entfernt, der Dollar-Hegemonie Paroli bieten zu können. Sein Gewicht am internationalen Markt ist nicht größer als das der Deutschen Mark, sein Prestige kleiner. Die Eurozone muss sich immer noch mit amerikanischen Einmischungen in den Zahlungsverkehr, in europäische Bankgeschäfte und in den europäischen Außenhandel abfinden.

Viertens hat der Euro das vollmundig versprochene große europäische Wirtschaftswunder nicht geliefert. Er hat große Teile Südeuropas in die Depression gestoßen. Weder Italien noch Griechenland haben den Stand der Industrieproduktion von 2007 auch nur annähernd wieder erreicht. Die Arbeitslosigkeit auch in Spanien ist immer noch erschreckend hoch. Für das Schwergewicht Italien brachte der Euro einen massiven Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Die Wahrheit ist, dass es keine Alternative zur Abwertung gibt, wenn der italienische Export und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimuliert werden sollen. Selbst Frankreich mit seinen Staatsschulden von fast 100 Prozent der Wirtschaftsleistung wurde auch wegen des Euro partiell deindustrialisiert und ist weit von einer Sanierung entfernt, was Präsident Macron am liebsten mit Hilfe von deutschen Finanztransfers kompensieren würde. Gar nicht zu reden von den Zombie-Unternehmen und Zombie-Banken, die sich bisher dank der Null-Zins-Politik Draghis über Wasser halten konnten. Per saldo hat der Euro den romanischen Ländern nicht genutzt, sondern geschadet.

Ist aber nicht – fünftens – Deutschland der eigentliche Profiteur? Es stimmt, dass der für die deutschen Exporteure zu billige Euro das Geschäft angetrieben und gewaltige Handelsbilanzüberschüsse verursacht hat. Allerdings mit der Nebenwirkung, dass sich diese extreme Exportabhängigkeit in einer Weltrezession bitter rächen wird. Ausfuhrrekorde, die auf billigem Geld beruhen, sind nicht nachhaltig. Es stimmt auch, dass das deutsche Netto-Auslandsvermögen auf 1,8 Billionen Euro gestiegen ist – nur ist ein erheblicher Teil davon, nämlich die Target-Forderungen, unverzinst und kann nicht fällig gestellt werden. Eine vergleichbare Summe, nämlich gut 1000 Milliarden Dollar, hat Norwegen in seinem Staatsfonds angesammelt – eine Reserve für schlechte Zeiten und ein werthaltiges Volksvermögen, von dem die Deutschen nur träumen können. Deutschland exportiert und exportiert, hat aber wenig davon, weil das Land mit dem Euro seinen monetären Ausweis verloren hat.

Nun steht die Eurozone an einer Weggabelung, und ich befürchte, dass die falsche Richtung eingeschlagen wird. Die Bundesregierung könnte grundlegende Reformen anstoßen, um wenigstens die größten Konstruktionsfehler des Eurosystems zu beheben. Sie könnte verlangen, dass die Stimmen im EZB-Rat nach den Kapitalanteilen an der EZB gewichtet werden – das wären gut 25 Prozent für die Bundesbank. Sie könnte verlangen, dass für die Target-Salden wenigstens eine Obergrenze festgelegt wird und dass sie jährlich ausgeglichen werden. Oder sie könnte zum Beispiel eine Austrittsoption in die Verträge schreiben, womit Deutschland weniger erpressbar wäre.

Das alles wird die Bundesregierung, jedenfalls unter Merkel, nach Lage der Dinge nicht tun. Stattdessen wird sie wohl scheibchenweise den französischen Forderungen nachgeben. Dann werden neue Finanztöpfe zwecks Umverteilung erfunden, dann werden die europäischen Bankeinlagen sozialisiert und am Ende auch noch die Arbeitslosenversicherung. Dann werden die Prinzipien von Haftung und Eigenverantwortung verraten, und das Ergebnis wäre eine dauerhafte wirtschaftliche Stagnation der Eurozone samt schleichender Enteignung der Sparer auf unabsehbare Zeit.

Die Alternative dazu ist die Auflösung, Verkleinerung oder Reform eines Währungsraumes, der nicht funktionieren kann, so lange er Volkswirtschaften umfasst, die nicht zueinander passen. Eine Option, die in Rom schon durchgespielt wurde, besteht im Austritt Italiens, und

sie bietet sich selbstverständlich auch für das Leichtgewicht Griechenland und andere Krisenländer an.

Nur würde ein Italexit das italienische Bankensystem und das europäische Finanzsystem in eine schwere Krise stürzen. Mit der Umstellung zumindest eines Teils der italienischen Staatsschulden von Euro auf Lira würden die ausländischen Gläubiger empfindliche Verluste erleiden, und die italienischen Sparer wären ärmer. Zu den Gewinnern der Währungsreform und der nachfolgenden Abwertung würden der Tourismus und die italienische Exportindustrie und damit letzten Endes auch der Arbeitsmarkt zählen. Dies aber zum Preis gefährlicher Risiken, die sich allerdings reduzieren lassen, wenn Rom anstelle eines harten Italexit zunächst nur eine eigene italienische Parallelwährung einführt. Wie auch immer, der Austritt eines überschuldeten und wirtschaftlich geschwächten Landes birgt ungleich größere Probleme als der Austritt eines traditionellen Hartwährungslandes mit erstklassiger Bonität. Auch der Dexit brächte Probleme mit sich, aber es wären Luxusprobleme verglichen mit einem Italexit.

Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, dass das Eurosystem so konstruiert ist, dass sich die einzelnen Zentralbanken durchaus wieder herauslösen lassen. Sie haben ihre finanzielle, administrative und institutionelle Autonomie behalten. Sie sind Anteilseigner der EZB, ihnen gehört die Europäische Zentralbank – nicht umgekehrt. Sie haben nur einen kleinen Teil ihrer Gold- und Devisenreserven übertragen, die Bundesbank zum Beispiel 10,43 Milliarden Euro. Sie lassen die Banknoten drucken und setzen sie in Umlauf. Auch die umfangreichen Käufe von Staats- und Unternehmensanleihen wurden fast ausschließlich von den nationalen Notenbanken getätigt. Das Personal der Deutschen Bundesbank wurde zwar reduziert, sie wäre aber immer noch in der Lage, den Dexit und den Übergang in eine eigene Währung vorzubereiten und zu realisieren.

Die Bundesbank müsste nicht einmal aus dem ESZB, dem Europäischen System der Zentralbanken, austreten. Ihm gehören alle Notenbanken der EU an, auch diejenigen, die den Euro nicht übernehmen konnten oder wollten. Das Eurosystem wiederum besteht aus der EZB und den 19 nationalen Zentralbanken. Im EZB-Rat werden die Höhe der Leitzinsen und die Leitlinien der Geldpolitik beschlossen.

Auch aus rechtlicher Sicht stehen dem Dexit keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen. Zwar ist der Austritt aus der Währungsunion

(anders als der aus der EU) vertraglich nicht vorgesehen – ein Manko, das dringend behoben werden muss. Die Bundesrepublik könnte sich aber auf den Wegfall der Geschäftsgrundlage berufen und damit auf das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge.

Wäre eine Grundgesetzänderung mit Zweidrittelmehrheit erforderlich? Nein, denn in der deutschen Verfassung findet sich die Übertragung der deutschen Währungssouveränität auf die EZB nur als Kann-Bestimmung. Art. 88 lautet: „Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank. Ihre Aufgaben und Befugnisse können im Rahmen der Europäischen Union der Europäischen Zentralbank übertragen werden, die unabhängig ist und dem vorrangigen Ziel der Sicherung der Preisstabilität verpflichtet."

Auch in Art. 23 GG findet sich lediglich die Formulierung, dass der Bund durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte an die Europäische Union übertragen „kann". Also kann er sie auch wieder zurückholen. Dem entspricht der Tenor des Karlsruher Maastricht-Urteils von 1993.

Gesetzlich zu regeln sind bei einem Dexit, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen: die Beendigung des Euro und die Einführung der Neuen Deutschen Mark (NDM) als gesetzliches Zahlungsmittel, die Umstellung (am besten 1:1), die Umtauschberechtigung, die Geltung von alten Verträgen, das den Bund betreffende Münzgesetz sowie die Aufgaben und Rechte der Bundesbank. Dafür muss nur auf das Gesetz über die Deutsche Bundesbank in seiner früheren Fassung zurückgegriffen werden.

Zum Umtausch nur deutsche Staatsbürger zu berechtigen und alle Ausländer auszuschließen, wäre nicht fair. Stattdessen sollten alle Personen mit Steuersitz in Deutschland mit ihrem Bargeld und ihrem Bankguthaben in den Genuss der Umstellung 1:1 kommen. Dass andere, unberechtigte Ausländer Strohmänner in Deutschland einschalten, um an die NDM zu kommen, wird sich nicht ganz vermeiden lassen.

Wie schwierig wäre die Entflechtung zwischen Bundesbank und EZB? Der deutsche Kapitalanteil an der EZB (bis auf einen Rest zu Gunsten des ESZB) sowie die dort eingebrachten Gold- und Devisenreserven können problemlos zurückgegeben werden. Im Gegenzug erhält die EZB die von der Bundesbank eingezogenen (und in NDM umgetauschten) Euro-Banknoten – sie könnte sie auch vernichten.

Problematischer sind die Target-Forderungen. Von Seiten der EZB war 2017 und dann noch einmal 2018 zu hören, dass alle Verbindlichkeiten und Forderungen aus Target vollständig honoriert und beglichen werden müssen, falls ein Land den Euro verlässt. Und zwar mit Vermögenswerten, worunter man sich Regierungsanleihen oder Devisen oder Gold vorzustellen hat. Realistisch ist, dass beim Dexit die deutschen Forderungen wegen ihrer schieren Größe zunächst einmal stehenbleiben – aber das tun sie jetzt auch schon. Der Verlust der Bundesbank würde sich also auf das Ausmaß der Abwertung des Euro gegenüber einer Neuen Deutschen Mark (NDM) beschränken.
Ansonsten ist die Bundesbank jederzeit in der Lage, den Zahlungsverkehr (besonders wichtig bei einer Währungsumstellung!) aufrecht zu erhalten und den Übergang zu organisieren. Da der deutsche Staat seine Altschulden in Euro belässt, verbleiben die Euro-Bundesanleihen in der Bilanz der Bundesbank. Sie erleidet Währungsverluste je nachdem, wie stark die NDM aufwertet und der Euro abwertet. Andererseits entschuldet sich der Staat massiv. Schulden in einer Schwachwährung sind schließlich leichter zu bedienen.

Auch die Banken und Lebensversicherungen müssen bei einem Dexit mit Verlusten auf ihre Euro-Anlagen rechnen. Sie wären voraussichtlich auf staatliche Hilfen in Form von Darlehen oder Kapitalbeteiligungen angewiesen. In welchem Umfang, muss sich erst noch herausstellen. Jedenfalls hat ein Lebensversicherer wie die Allianz, die in deutschen oder anderen Euro-Anleihen investiert ist und in NDM auszahlen muss, mit bilanziellen Problemen zu rechnen.

Hinzu kommen die Euro-Anleihen auf den Konten der Privatanleger in Deutschland. Auch denen steht ein Lastenausgleich zu, den der Staat auch leisten kann, weil er künftig NDM einnimmt und seine Altschulden in billigeren Euros bedient. Ohne einen solchen Lastenausgleich würde sich der Staat wie bei einer klassischen Währungsreform auf Kosten der Bürger entschulden.

Die anderen Modalitäten des Dexit bereiten weniger Kopfzerbrechen. Girokonten, Tagesgelder, Kredite einschließlich der Hypotheken, Aktien, Löhne und Preise werden 1:1 umgestellt. Die Kontonummern (IBAN) können weiterhin benutzt werden. Die Banken weisen alte Euro-Guthaben als NDM-Einlagen aus. Ohnehin lässt sich Buchgeld, das bekanntlich nur in elektronischer Form existiert, einfacher handhaben als Bargeld. Für eine Übergangszeit können

Euro-Banknoten, die von Inländern eingereicht werden, mit magnetischer Tinte zu NDM gestempelt werden. Dafür muss die Software der Geldautomaten angepasst werden. Abgesehen davon, kann der Einzelhandel Rechnungen in NDM oder auf Wunsch in Euro ausstellen. Die Kunden könnten sogar mit alter D-Mark zahlen, von denen noch 12,63 Milliarden in Form von Banknoten und Münzen zirkulieren. Auch von 1999 bis 2002, als der Euro nur als Buchgeld verfügbar war, wurden Überweisungen sowohl in Euro als auch in D-Mark getätigt, wenn auch zum festen Wechselkurs. Da die Bundesbank die früher eingesammelten DM-Banknoten geschreddert hat anstatt sie einzulagern, muss das Bargeld neu hergestellt werden.

Da sich die Dexit-Vorbereitungen nur für eine begrenzte Zeit geheim halten lassen, ist mit einer Kapitalflucht nach Deutschland zu rechnen, weil es für Ausländer lukrativ sein wird, Euro auf ein deutsches Konto zu überweisen und am Tag X in NDM wechseln zu lassen. Eindämmen lässt sich der Zufluss von unerwünschten Euros aus dem Ausland durch die Festlegung eines Stichtages, bis zu dem umgetauscht werden kann, durch den Nachweis eines deutschen Steuersitzes oder notfalls durch vorübergehende Kapitalverkehrskontrollen. Die Schweizerische Nationalbank hat Erfahrung mit Maßnahmen gegen eine übermäßige Vorliebe ausländischer Investoren für die Fluchtwährung Franken.

Das Risiko, dass die NDM zur Fluchtwährung wird, ist – wie gesagt – ein Luxusproblem verglichen mit der Kapitalflucht, auf die sich Schwachwährungsländer gefasst machen müssen, die den Euro verlassen wollen. Ein Italexit oder ein Grexit wäre Gift für die Bilanzen der dortigen Banken und Auftakt zu einer Banken- und Finanzkrise, die von den nationalen Notenbanken mit Geldspritzen oder sogar mit der zeitweisen Verstaatlichung der Geldinstitute beantwortet werden müsste. Die Abwertung der Nachfolgewährung und die Ausweitung der Geldmenge würden die Inflation in Trab bringen.

In Deutschland hingegen wäre alles leichter beherrschbar. Der Export würde zwar verteuert, die Exportfirmen müssten Einbußen hinnehmen, und der Überschuss der Handelsbilanz würde zu Gunsten der Binnenkonjunktur abschmelzen. Vermutlich würde sich die zunächst drastische Aufwertung der NDM wieder abbauen, sobald die Bundesbank durch Verkäufe ihrer Währung gegen Euro oder Dollar gegensteuert und sobald sich das Wirtschaftswachstum wegen der Einbrüche im

Export abschwächt. Ob die NDM wirklich auf lange Sicht gegen den Euro um, sagen wir, 25 bis 30 Prozent aufwertet, ist nicht sicher. Das hängt auch davon ab, wie die Geldpolitik des Eurosystems reagiert. Gegen den Dollar ist eine vergleichbare Aufwertung nicht zu erwarten, was dem deutschen Export in den Rest der Welt zugute käme.

Wer nicht glaubt, dass eine in der Tendenz aufwertende Hartwährung der Wirtschaft nicht schadet, sondern nutzt, dass sie eine Sozialdividende abwirft und den Lebensstandard und den Reichtum eines Landes hebt, braucht nur die Erfolgsgeschichte der Schweiz und des Frankens zu studieren. In der Summe kann ein Land mit relativ gesunden Staatsfinanzen, mit mäßiger Verschuldung des privaten und öffentlichen Sektors und mit einer starken wirtschaftlichen Basis den Exit aus der Währungsunion ungleich leichter bewältigen als jedes Krisenland in Südeuropa, auch als Frankreich. Die Währungssouveränität zurückzuerobern, ist ein Gewinn an sich. Eine selbstbestimmte Währung ermöglicht es, die Geldpolitik auf die eigenen Bedürfnisse zuzuschneidern, die Zukunft zu gestalten und das Schicksal wieder in die eigene Hand zu nehmen. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit werden die einmaligen Dexit-Kosten geringer ausfallen als die langfristigen Kosten eines Verbleibes im Euro.

Auf absehbare Zeit realistisch ist das hier dargelegte Szenario eines harten Dexit dennoch nicht. Erstens ist dafür im Bundestag keine Mehrheit zu bekommen, solange sich die Machtverhältnisse in Berlin nicht grundlegend ändern. Zweitens stehen den langfristigen Vorteilen kurz- und mittelfristige Kosten und Risiken gegenüber. Drittens ist die Zeitpräferenz der Politiker so beschaffen, dass sie allenfalls bis zur nächsten Wahl planen, nicht aber für die nächste Generation. Viertens neigen sie dazu, Fehler zu perpetuieren, um sie nicht eingestehen zu müssen. Fünftens gefährdet ein radikaler Schnitt das Finanzsystem im Rest Europas. Sechstens droht ein tiefgreifendes Zerwürfnis mit Frankreich. Und siebtens ist ein schneller Wechsel vom Euro zur NDM nicht machbar, weil anders als bei der Währungsreform 1948 das deutsche Parlament und ausländische Vertragspartner einbezogen werden müssen, weil die Vorarbeiten nicht sehr lange geheim gehalten werden können, weil neue Banknoten erst noch gedruckt werden müssen und weil der Dexit zu einem Fest für die internationale Spekulation werden könnte. Eine Umstellung ohne Vorwarnung über ein Wochenende zuzüglich zwei oder drei Bankfeiertage durchzuziehen, ist illusorisch.

Einen fast unwiderstehlichen Charme hingegen hat die Neue Deutsche Mark als Parallelwährung. Das Konzept als solches ist nicht neu, es war sogar schon einmal als Alternative zur 1991 in Maastricht beschlossenen Währungsunion im Gespräch – nur unter umgekehrten Vorzeichen. 1989, als der Euro bereits ausgebrütet wurde, unterbreitete der britische Schatzkanzler Nigel Lawson den Vorschlag, die damalige Europawährung ECU, die als Buchgeld und Korbwährung existierte, neben den nationalen Währungen in allen Ländern der Gemeinschaft als gesetzliches Zahlungsmittel zuzulassen.

Es war ein pragmatisches und marktwirtschaftliches Konzept, weil Währungswettbewerb mit freiem Kapitalverkehr und flexiblen Wechselkursen entstanden wäre, weil die Europäer selbst hätten entscheiden können, in welchem Geld sie sparen und zahlen wollen. Es wäre eine vernünftige Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems gewesen. Die Eurokrise wäre uns erspart geblieben. Helmut Schlesinger, der damalige Vizepräsident der Bundesbank, begrüßte den britischen Vorschlag auf der Zentralbankratssitzung im August 1989. Die deutschen Politiker begriffen nicht, welche Chance sich ihnen bot, welchen Schaden sie von Deutschland und Europa hätten abwenden können.

Die Parallelwährung NDM wäre jedenfalls eine willkommene Alternative zur konstitutionellen Schwachwährung Euro. Durch eine stabilere nationale Konkurrenzwährung würde Druck auf den Euro entstehen. Er wäre endlich dem Wettbewerb ausgesetzt. Zugleich entfiele der Zwang, den Euro per Haftung und Transfers über Wasser zu halten. Er bliebe sich selbst überlassen.

In einem Interview mit *Tichys Einblick* vom Juni 2018 kam auch Professor Thomas Mayer, Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute, zu dem Schluss: „Letztendlich wäre es die Lösung, wenn Deutschland über eine Parallelwährung rausgeht und den Euro den Schwachwährungsländern überlässt, die ihn ja ohnehin mehr oder weniger okkupiert haben.“ Mayer weiter: „So könnte dann neben dem Euro mit der Zeit ein zweiter Kreislauf entstehen, der es Deutschland erlaubt, ohne Totalverlust davonzukommen.“ Ein steuerbarer, gleitender Übergang also, der die Risiken eines harten Dexit minimiert.

Alan Greenspan hatte Recht, als er sagte, der Euro sei „konzeptionell nicht stabil“. Er ist nicht über den Berg. Er hat nicht gehalten, was er versprochen hat. Er hat nur dank eines massiven Bruchs der Verträge

überlebt, ohne dass die Eurozone saniert werden konnte. Das wissen auch die Verantwortlichen in Paris und Berlin und bei der EZB in Frankfurt. Deswegen die immer neuen Vorstöße in Richtung Sozialisierung, Gleichschaltung und Schuldenunion. Die gehen zu Lasten Deutschlands, und so sind sie auch gedacht.

Die deutsche Politik steht vor der Wahl, sich endgültig von der erfolgreichen deutschen Geldkultur zu verabschieden, für die die Bundesbank steht und der wir das Wirtschaftswunder Ludwig Erhards zu verdanken haben, und am Ende doch noch einen unkontrollierten Zusammenbruch der Währungsunion zu riskieren – oder aber einen Plan B zu entwickeln, den ich hier skizziert habe. Die EU braucht ein intelligentes, atmendes und flexibles Währungssystem nicht zuletzt im Interesse Südeuropas. Mit dem Dexit würde Deutschland den Italienern und ganz Europa einen Gefallen tun. Er würde ihnen den hochriskanten Italexit ersparen. Mit dem Euro hat die EU eine dysfunktionale Währung bekommen, die Europa spaltet, nicht eint. Er hat in eine Sackgasse geführt. Es ist Zeit umzukehren und einen neuen Weg nach vorne zu suchen.

Dr. phil. Bruno Bandulet, Jahrgang 1942, ist Journalist, Verleger, Buchautor. Studium der Geschichte, Hispanistik, Politischen Wissenschaften und der Volkswirtschaft. 1952-63 Chef vom Dienst Die Welt, Arbeit für Franz Josef Strauß und Alfred Dregger, Weltreisen als Sonderkorrespondent. Seit 1979 Herausgeber des Informationsdienstes „Gold & Money Intelligence“, Veranstalter von Finanzseminaren, Kolumnist von „eigentümlich frei“, darin auch sein „DeutschlandBrief“. Roland-Baader-Auszeichnung 2014, Gerhard-Löwenthal-Preis 2017. Bücher u.a,: „Als Deutschland Großmacht war“ (2014), „Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945“ (2016). Jüngste Veröffentlichung: Dexit – Warum der Ausstieg Deutschlands aus dem Euro zwar schwierig, aber dennoch machbar und notwendig ist, Kopp Verlag Rottenburg, 1. Auflage Oktober 2018, 189 Seiten, 19,99 Euro)

Helmut Roewer

Was im Innern und an den Grenzen zu tun ist, ...

... um den deutschen Nationalstaat zu retten

Der deutsche Nationalstaat steht kurz vor seinem Aus. Da es ungezählte Zeitgenossen gibt, die genau dies für richtig und erstrebenswert halten, sollte man jede Erörterung des gegenteiligen Standpunkts mit der Namhaftmachung der Feinde beginnen.

Die Feinde

Die Feinde des Nationalstaats sammeln sich unter verschiedenfarbigen Flaggen, die alle in dieselbe Richtung wehen. Sie heißen Globalisten, One World-Aktivisten, Befürworter einer *Welt*regierung, Vertreter der Vereinten Nationen (was eine Anmaßung und Begriffsveränderung der UNO als Konfliktlösungsorganisation souveräner Staaten ist).

Hinter allen diesen organisatorischen Begriffen steckt eine Weltbeglückungs-Ideologie, die sich aus folgenden Behauptungen zusammensetzt: Weil alle Menschen gleich sind, muss diese Gleichheit hergestellt werden (Menschenrecht auf Gleichheit). Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Grenzen beseitigt werden, um globale Wanderungsbewegungen möglich zu machen, die dann zur Verschmelzung aller Rassen führen. Ist dieser Zustand erreicht, sind alle gleich und ist die Welt gerecht und frei von Kriegen. Keines dieser Postulate hält einer Kontrolle stand.

Bei genauem Hinsehen bestehen die Globalisten aus zwei deutlich voneinander zu scheidenden Personengruppen: aus den Gläubigen und den Geschäftemachern. Sie befinden sich in einer gewaltigen Pyramide, die allerdings auf der Spitze steht. Oben, also in der breiten Basis der Pyramide befinden sich die Gläubigen. Sie sind umgeben vom Äther der Illusionen, deren Inhalt ich soeben als Weltbeglückungs-Ideologie beschrieben habe. Unten in der Spitze der Pyramide sind die Geschäf-

temacher. Sie stecken im Boden der Tatsachen, denn sie nutzen die Floskel der Globalisierung auf höchst eigenwillige Art. Ich bezeichne ihr Tun als das Grenzenlos-Grenzen-Modell. Das bedeutet: Sie fordern die Grenzenlosigkeit ein, wo das dem Geschäftemachen dienlich ist, vor allem für den Fluss von Kapital, und nutzen die Grenzen, wo sie der Gewinnmaximierung dienlich sind, vor allem beim Steuersparen, indem sie ihre Wohn- und Geschäftsadressen in Steuerparadiese verlegen. Diese liegen, entgegen weit verbreiteter Ansichten, keineswegs bevorzugt in exotischen Inselstaaten, sondern in Territorien, die zu Großbritannien und den USA gehören.

Mit Blick auf Deutschland sind die Globalisten beider Kategorien ernstzunehmende Feinde. Die Geschäftemacher sind bemüht, den Wirtschaftsstandort Deutschland gewinnorientiert auszuschlachten, die Gläubigen hingegen sind bis in die Spitzenpositionen von Staat und Gesellschaft vorgedrungen, wo sie ihr Tun als Welterrettungsbeitrag auf Kosten der Deutschen feiern.

Die Gegenstrategie

Um den Globalisten das Handwerk zu legen, werden kosmetische Operationen nicht ausreichen. Es wird nicht genügen, ein paar Köpfe auszutauschen, denn das Problem sitzt tiefer. Hierzu ein Beispiel: Beim Zusammenbruch der DDR habe ich viele Leute kennengelernt, die vertraten, dass der Sozialismus eine feine Sache sei, es wären lediglich die falschen Leute am Ruder gewesen. Ähnlich verhalten sich die Leute heute. Sie reden vom besten Deutschland, das es je gab, es seien lediglich ein paar Leute zu ersetzen. Ich halte dies für einen Denkfehler, weil ein Köpfe-Austausch bestenfalls eine Atempause bedeuten kann. Ich halte es für unabdingbar, systemische Veränderungen herbeizuführen. Ich werde sie im Folgenden unter den Stichworten Staat, Führung, Wehrhaftigkeit, Recht und Ordnung sowie Grenzen abhandeln.

Der Staat

Der Staat ist ein Ordnungssystem, das den in ihm wohnenden Männern und Frauen dient – und nicht umgekehrt. Seine Rolle beschränkt sich darauf, die Bewohner vor Drangsalierung von außen

und innen zu bewahren und – als zweites Standbein – unverschuldet in Not Geratenen zu helfen. Der Staat ist keine Beglückungsanstalt, denn jede Beglückung hat die Kehrseite des Zwangs. Es gilt eine merkwürdige Floskel in die Tat umzusetzen: Freiheit ist schön, aber sie ist auch unbequem, denn sie ist mehr als nur reichsein und zuschauen. Es ist der Staat, um den deutschen Nationalstaat zu bewahren, auf seine Grundmuster zurückzuschneiden. Der von vielen erstrebte Weltstaat ist Phantasterei.

Die Führung

Die Führung des Staates gehört in die Hände von Männern und Frauen, die hierfür die notwendige Qualifikation besitzen. Was für die Qualifikation des Busfahrers billig ist, sollte für die Staatsführung teuer sein. Hierzu muss als Voraussetzung der Parteienstaat drastisch beschnitten werden. Ein erster Schritt ist die Unvereinbarkeit von Parteimitgliedschaft und einer Position in der Exekutive und Judikative. Beide Zweige der Staatsgewalt sind ausschließlich für das Staatsganze da und nicht für eine Parteiauffassung – ganz egal, ob einer nun Regierungsrat, Kriminalkommissar, U-Boot-Kommandant, Richter, Stadtdirektor oder Staatssekretär ist.

Für Wahlämter sind Qualitätsvoraussetzungen einzuführen. Ich halte es für richtig, dass niemand ein Wahlmandat erhalten darf, der nicht zuvor lange Zeit einen Beruf ausgeübt hat, der ihn ernährte. Das jetzige System ist eine Drohnenveranstaltung, sodass ein Austausch von Köpfen keine Verbesserung erwarten lässt. Das Wahlvolk ist an der Führungsauswahl zu beteiligen. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre die drastische Einschränkung von Listenmandaten und deren Ersatz durch Direktwahlen in deutlich kleineren Stimmbezirken. Nur so kann es zu einer Rückkoppelung zwischen Volk und Mandatsträger kommen, wobei eine Abwahlmöglichkeit hilfreich wäre. Weitere Elemente der direkten Demokratie müssten dies ergänzen.

Die Macht der Lobby-Gruppen ist drastisch zu beschränken, insbesondere deren direkte Eingriffsmöglichkeiten in exekutive, judikative und legislative Akte. Die einschlägig Verdächtigen sind breit gestreut. Sie haben sich wie ein Krebsgeschwür in die ausschließlich vom Gemeinwohl bestimmten Verfahrensabläufe hineingefressen, um Klientelpolitik durchzusetzen. Und sie leben davon in Saus und

Braus – ganz gleich, ob sie nun Rundfunkräte, Kohlekommission, Deutsche Umwelthilfe oder Antifa Halle heißen. Ihnen sind jegliche öffentliche Haushaltsmittel zu entziehen. Danach können sie reden, was ihnen beliebt.

Die Wehrhaftigkeit

Die Bundeswehr ist als Verteidigungsarmee wiederherzustellen. Ihr Auftrag ist als *Verteidigung der deutschen Souveränität* eindeutig zu definieren. Das bedeutet: Deutschland verhält sich gegen andere Staaten nicht aggressiv, lässt aber jeden potentiellen Aggressor wissen, dass es sich erfolgreich wehren wird.

Die Wehrpflicht ist unverzüglich wiederherzustellen. Sie ist die Nabelschnur zwischen Volk und bewaffneter Macht. Sie ist zugleich der Garant dafür, dass die bewaffnete Macht nicht missbräuchlich verwendet wird – also gegen das eigene Volk oder für außenpolitische Abenteuer. Frauen sind in die Dienstplicht einzubeziehen, aber nicht in die Pflicht zum Dienst mit der Waffe.

Einbürgerungen sind davon abhängig zu machen, dass der Bewerber erfolgreich eine Dienstpflicht (nicht mit der Waffe) absolviert hat. Dieses Verfahren garantiert die zutreffende Beurteilung, ob der Bewerber den Willen und die Fähigkeit zur Integration besitzt.

Recht und Ordnung

Recht und Ordnung sind der Rahmen für ein gedeihliches Zusammenleben der Bürger. Sie gelten nur, wenn sich alle daran halten und diejenigen, die sich nicht daran halten, mit Zwangsmitteln genötigt werden, es zu tun.

Das Rechtsgestrüpp ist zu beseitigen, denn wichtiger Faktor des Rechts ist die Rechtssicherheit. Sie kann nur eintreten, wenn das Recht einfach und klar ist, und alle Regelungen ersatzlos verschwinden, die Dinge regeln, die nicht regelungsbedürftig sind.

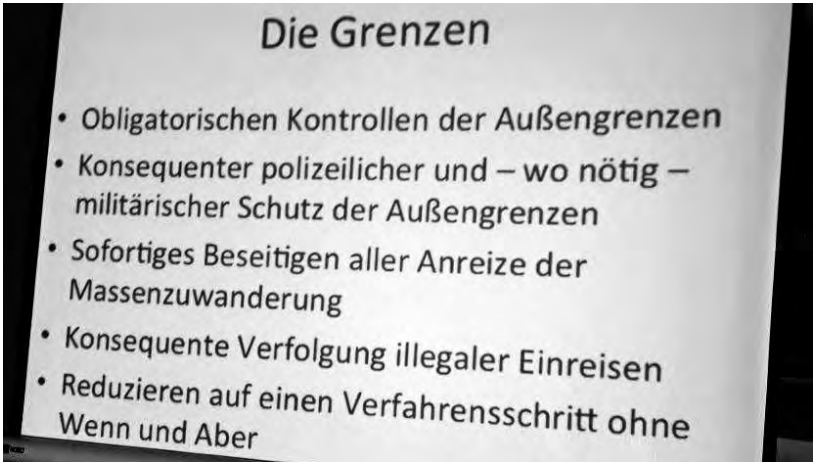
Wichtige erste Schritte in diese Richtung wären automatische Außerkrafttretens-Regelungen, da sie zum Nachdenken zwingen, ob das Geregelte überhaupt gebraucht wurde. Ein weiterer Schritt wäre das Außerkraftsetzen aller EU-Regelungen zu einem nahen Stichtag, sagen wir zum 1. Oktober 2019. Plötzlich gibt es keine Ackerrandstrei-

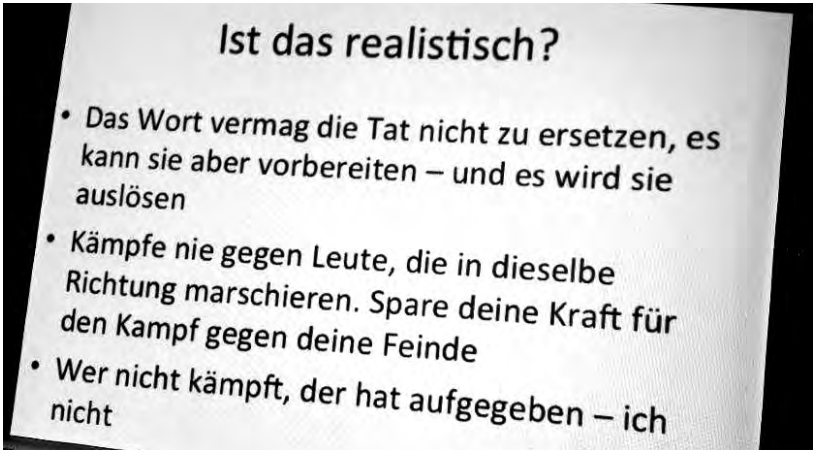
fenbreiten, Streuobstwiesenbaumabstände, Gurkenkrümmungsradien, Krokusblühzeiten, Bananenmindestlängen, Gewächshausheizkonstanten, Fremdzugriff in die Kasse des deutschen Steuerzahlers, Immunität von Zentralbankchefs und Bertelsmann & Co-Begünstigungsklauseln mehr. Einfach weg, und die Welt dreht sich weiter.

Dringend ist auch das ersatzlose Abschaffen von Luxusverfahrensgängen. Der heutige Standard von getrennten Planungs-, Entscheidungs- und Durchführungsverfahren in allen Angelegenheiten von öffentlichem Belang ist auf einen konzentrierten Vorgang einzudampfen. Ist der durch, so geht's unanfechtbar ans Werk. Hierzu ergänzend ist die persönliche und inhaltliche Kontrolle von Richtern und ihrer Tätigkeit einzuführen, denn die derzeit praktizierte richterliche Unabhängigkeit hat eine gewisse Narrenfreiheit im Gefolge gehabt. Ein erster Schritt der Kontrolle ist die zwingende Einführung der Wortprotokollierung aller Verfahrensabschnitte, die es in Deutschland – entgegen weit verbreiteter Annahme – nicht gibt. Das würde einen starken Druck auf alle Beteiligten ausüben, sich rechtskonform zu verhalten und nichts zu tun, was dann unter keinen Teppich mehr gekehrt werden kann.

Die Grenzen

Staatsgrenzen sind ein notwendiger Bestandteil des Nationalstaats. Diese Grenzen sind zu sichern und, wo es nottut, mit Gewaltanwendung durch Polizei und Bundeswehr zu schützen.





Die Zuwanderung von Illegalen und Ungeeigneten ist auf diese Weise zu stoppen. Illegale Einreisen sind nach deutschem Recht strafbar und demzufolge strafrechtlich zu verfolgen. Die Tatmittel zum Begehen dieser Straftaten sind, wie bei der Strafverfolgung ganz allgemein üblich und geboten, einzuziehen und unbrauchbar zu machen. Hierher gehören zum Beispiel die Handys der Illegalen. Sie sind auszuwerten, da sie über Herkunft und Tatbeteiligte Auskunft geben, und sodann sind sie zu zerstören.

Der heutige Verfahrensluxus ist drastisch auf ein einziges Verfahren einzudämmen. Strafverurteilung oder Asylablehnung führen dann automatisch zu unanfechtbarer Inhaftierung, Ausweisung und Abschiebung im einheitlichen Verfahrensgang. Die Asylgewährung ist internationalen Standards anzupassen, wonach Asyl ein staatliches Gewähren-können, aber keinen individuellen Rechtsanspruch bedeutet.

Der Kampf um Köpfe und Herzen

Die Verhinderung der Auflösung des deutschen Nationalstaats kann nur im Kampf um die Köpfe und Herzen gelingen. Der erste Schritt dieses Kampfes lautet: Aufklären, Aufklären und nochmals: Aufklären. Es geht hierbei um Deutschlands Rolle in der Welt, nicht hingegen um Deutschlands Rolle zur Rettung der Welt. Denn dabei handelt es sich um eine Illusion. Es geht auch – flapsig gesprochen – um die Lufthoheit

über den Stammtischen. Dieser letzte Hort der freien Meinungsäußerung ist zu verteidigen und, wo nötig, zu erobern.
Für den Kampf um die Köpfe und Herzen gelten drei Grundsätze: (1) Das Wort vermag die Tat nicht zu ersetzen, es kann sie aber vorbereiten – und es wird sie auslösen. (2) Kämpfe nie gegen Leute, die in dieselbe Richtung marschieren. Spare deine Kraft für den Kampf gegen deine Feinde. (3) Wer nicht kämpft, der hat aufgegeben – ich nicht.

©Helmut Roewer, März 2019

Dr. iur. Helmut Roewer, Jahrgang 1950. Nach dem Abitur Oberleutnant der Panzertruppe. Dann Studium des Rechts, der Volkswirtschaft und der Geschichte. Tätigkeit als Rechtsanwalt und Promotion über ein Thema der Rechtsgeschichte. Später Beamter im Bereich Sicherheit des Bundesinnenministeriums, zuletzt Ministerialrat. Vom Frühjahr 1994 bis Herbst 2000 Präsident eines Landesamtes für Verfassungsschutz. Seither freischaffender Schriftsteller. Seine jüngste Buchtrilogie „Unterwegs zur Weltmacht“ beginnt mit „Warum England den Ersten Weltkrieg auslöste und Amerika ihn gewann“ und verfolgt das Thema über den Zweiten Weltkrieg bis in die Nachkriegszeit.

Wilhelm Busch grummelt Zustimmung

ARES VERLAG
www.ares-verlag.com

Josef Kraus

Ist die Bildungsnation noch zu retten?

I. Diagnosen - in Fragen

Wissen Sie, wie sich die Rechtschreibleistungen unserer Schüler entwickelt haben?
Eine von 1972 bis heute angelegte Längsschnittstudie von Wolfgang Steinig (Universität Siegen) hat ergeben: In ein und demselben Diktattext machten Schüler der 4. Klasse im Jahr 1972 im Schnitt 6,9 Fehler, heute 12,2 Fehler. Das ist ein „Plus" an 77 Prozent (also nicht weit weg von einer Verdoppelung). Auch im „IQB-Bildungstrend 2015" am Ende der 9. Jahrgangsstufe bestätigt sich dieses Desaster. Im Teilbereich Rechtschreibung erreichten in Deutschland nur 67,9 Prozent die Regelstandards. Apropos Regelstandards: Sehr anspruchsvoll waren diese Standards ohnehin nicht. Der Test bestand aus einem Lückentext mit 28 Lücken, in die etwa folgende Wörter richtig geschrieben einzusetzen waren: *unendlich, gereizt, nachts, Wasservorrat, Beschluss*.

Wissen Sie, wie es um den Wortschatz unserer Zehnjährigen ausschaut?
Das ist der in den meisten deutschen Ländern qua Lehrplan ausgewiesene Grundwortschatz, das heißt der Wortschatz, den Schüler am Ende der vierten Grundschulklasse aktiv beherrschen sollen: Er wurde von 1100 Wörter zu Beginn der 1990er Jahre auf mittlerweile nur noch 700 Wörter heruntergefahren. 700 Wörter – wobei man zugleich ein, wie sich herausgestellt hat, völlig nutzloses Früh-Englisch eingeführt hat. 700 Wörter – Ludwig Wittgenstein fällt mir dazu sein: „Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt."

Wissen Sie um das Niveau mancher Bundesländer im Fach Mathematik?
Über das Berliner Mathematik-Abitur 2016 urteilten Fachleute, dass es von einem Anspruch gewesen sei, den Schüler der Mittelstufe – also

drei bis vier Schuljahre vorher – bewältigen müssten. Oder nehmen wir die Abschlussprüfungen in Berlin zum Erwerb des Mittleren Schulabschlusses nach der 10. Klasse. Eine Mathematikaufgabe beispielsweise lautete: »Drei Ziffern sind gegeben: 2, 3, 6. Welche ist die größte dreistellige Zahl, die aus diesen Ziffern gebildet werden kann?« Grundschulniveau in der 10. Klasse auf dem Weg zur sog. Oberstufenreife!

Wissen Sie, wie skandalös unterbelichtet das zeitgeschichtliche Wissen unserer Schüler ist?

Laut Studien des „Forschungsverbundes SED-Staat" der Freien Universität Berlin (Leiter: Professor Klaus Schroeder) ist das Wissen deutscher Schüler um die Zustände in der DDR höchst defizitär. Es herrscht ein um sich greifender historischer Analphabetismus vor:
Mehr als die Hälfte kennt das Jahr des Mauerbaus nicht.
Nur jeder Dritte weiß, dass die DDR die Mauer gebaut hat.
Besonders erschreckend: Das höchst defizitäre Wissen schlägt sich auch im Urteilen nieder. Fast die Hälfte der Schüler kann nicht zwischen den Merkmalen von demokratischen und diktatorischen Systemen unterscheiden. Die Autoren der Studie stellen deshalb nicht zu Unrecht die Frage: „Später Sieg der Diktaturen?"

Wissen Sie, wo man ein vergleichsweise intaktes Schulsystem binnen fünf Jahren an die grün-rote Wand fahren kann. Beispiel: Baden-Württemberg!

Da können Bildungsexperimente, die immer zugleich Experimente an Schutzbefohlenen sind, noch so krachend scheitern, sie werden dennoch durchgezogen oder - wie etwa im Fall der Gesamtschule mit ihrer durchschlagenden Erfolglosigkeit - in neuem Gewand als „Gemeinschaftsschule" präsentiert. Damit und mit kuriosen Lehrplanreformen kann man ein Schulwesen innerhalb einer einzigen Legislaturperiode, in diesem Fall innerhalb von fünf Jahren, an die Wand fahren. Baden-Württembergs grün-rote Regierung hat dies von 2011 bis 2016 vorexerziert**.** Das „Ländle", das bei allen Leistungsstudien immer zu den vier besten in Deutschland gehört hatte, ist in kürzester Zeit **„**Vom Musterschüler zum Problemfall" (Stuttgarter Zeitung vom 28.10.2016) geworden. Baden-Württemberg ist beim IQB-Ländervergleich der neunten Klassen von 2010 bis 2015 auf die Plätze 12 bzw. 14 gefallen.

Ebenso geschah es dem „Ländle“ jetzt bei der IQB-Grundschulstudie: Das frühere Vorzeigeland liegt nur noch knapp vor Bremen, das immer schlecht abschneidet.

Darauf und dagegen setzt man dann Heilsversprechungen:
- Gymnasium und Abitur für alle!
- Lebensraum Schule!
- Lernen mit Spaß und ohne Anstrengung!
- Keine Kränkungen mehr durch Noten und Zeugnisse!
- Kein Stress mehr mit Hausaufgaben und Auswendiglernen!
- Ausschließlich liebe, nette, achtsame Lehrer!
- Ausschließlich nette, tolerante, empathische Mitschüler!
- Ausschließlich selbstgesteuertes, intrinsisches, hirnbasiertes Lernen!
- Kein Frontalunterricht!

Am Ende dann angeblich hochkompetente junge Leute, fit für das globale Haifischbecken! Ganz schön viel ewig-morgige Gesinnungsethik ist das! Und ganz schön viel spießige „educational correctness“!

Am Ende ist daraus eine totale Schieflage unseres Bildungswesens entstanden. Die Zahl der Studierberechtigten steigt ungebremst. 1996 gab es in Deutschland 267.000 Studienanfänger, 2018 waren es mehr als doppelt so viele, nämlich 540.000. Seit 2014 haben wir mehr Studienanfänger als junge Leute, die eine berufliche Bildung anfangen. Und noch eine Zahl: Jetzt haben wir in Deutschland 330 Berufsbildungsordnungen und 17.000 Studienordnungen. Eine völlige Schieflage! Und auch die Noten werden immer besser: Aus Berlin wissen wir, dass sich die Zahl der 1,0-Abiturzeugnisse von 17 im Jahr 2002 auf 234 im Jahr 2012 erhöht hat (das ist das Vierzehnfache); selbst von 2006 bis 2016 gab es dort noch eine Steigerung der Abiturzeugnisse mit den Noten 1,0 oder 1,1 von 90 auf 433; das ist das Fünffache. Da ist es kein Wunder, dass bei einem solchen Erwartungs-Dumping immer mehr junge Leute ihr Abitur „bauen“ und dass immer mehr Hochschulen Liftkurse für Studienanfänger eingerichtet haben!

II. Ursachenforschung – Die ideologischen Verirrungen

1.Eine erste Todsünde ist der **Egalitarismus**. Das ist der **Irrglaube**, dass alle Menschen, Strukturen, Werte, Inhalte, ja sogar die Geschlechter, von denen es ja nicht nur zwei, sondern bis zu sechzig geben soll, gleich bzw. gleich gültig seien.

Das ist auch die Ideologie, dass es
keine verschiedenen Schulformen,
keine verschiedenen Begabungen,
keine verschiedenen Fächer sowie
keine bestimmten Werte geben dürfe.

Ich setze dagegen: Schule ist keine Institution zur Herstellung von Gleichheit, sondern zur Förderung von Verschiedenheit und Individualität.

Gewiss ist das Spannungsverhältnis von Gleichheit und Freiheit nicht aufhebbar. Deshalb gilt, was **Goethe** meinte: „Gesetzgeber oder Revolutionäre, die Gleichheit *und* Freiheit zugleich versprechen, sind Phantasten oder Scharlatane“. Es gibt also kein Zugleich. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an **Alexis de Toqueville** (1835) und dessen warnendes Wort: Freiheit erliege gern der Gleichheit, weil Freiheit mit Opfern erkauft werden müsse und weil Gleichheit ihre Genüsse von selbst darbiete.

Freiheit oder Gleichheit? Bezogen auf Bildung lautet die Frage: Soll ein Bildungswesen am Prinzip Freiheit *oder* am Prinzip Gleichheit orientiert sein? Gewiss doch an der Freiheit! Auch wenn wir dazu neigen, jede Form von Ungleichheit zu skandalisieren, gilt: Die „conditio humana“ kennt keine Gleichheit. An der Unterschiedlichkeit und an der **Vielfalt von Menschen** ändern keine noch so moralisierende egalitäre Zivilreligion, kein Bildungssystem und auch kein noch so gestalteter Unterricht etwas.

Es ist nun einmal das unüberwindbare **Dilemma** des pädagogischen Egalitarismus: Egalitäre Schulpolitik erzielt vermeintliche Gleichheit allenfalls durch Absenkung des Anspruchsniveaus. Wer aber die Ansprüche senkt, der bindet gerade junge Menschen aus schwierigeren

Milieus in ihren „restringierten Codes“ fest. Selbst ein hochindividualisierender Unterricht zementiert Unterschiede. **Denn**: Je besser der Unterricht ist, je erfolgreicher Schüler individuell gefördert werden, desto mehr spielt die genetische Anlage eine Rolle. Und die ist schlicht und einfach unterschiedlich!

Verschiedenheit ist keine Ungerechtigkeit. Vielmehr ist nichts so ungerecht wie die gleiche Behandlung Ungleicher. Mit „Selektion“ in dem von gewissen Leuten intendierten Sinn hat dies nichts zu tun. „Selektion“ ist leider zum demagogischen Kampfbegriff geworden. Dieser Begriff soll ganz offenbar gezielt dunkle Kapitel deutscher Geschichte assoziieren lassen. Das ist schäbig, denn hier wird ein millionenfaches Leid der Opfer des NS-Terrors für billige Zwecke instrumentalisiert.

Außerdem: Das Prinzip **Leistung** und das Prinzip **Auslese** sind nun einmal die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Zudem ist Auslese eine notwendige Voraussetzung für individuelle Förderung von Kindern.

Die anti-thetische Formel „Fördern *statt* Auslese“ ist grundfalsch. Es muss heißen: **Fördern durch Differenzierung!** Gleichmacherei würde zudem jede Anstrengungsbereitschaft gefährden, sie würde auch Eigenverantwortung und Eigeninitiative bremsen. Gleichmacherei wäre auch nur gefühlte Gerechtigkeit.

2. Eine zweite Sünde ist die Sünde der **Hybris**. Das ist der aus dem **Marxismus** („Der neue Mensch wird gemacht“) und dem **Behaviorismus** („Der neue Mensch ist konditionierbar!“) abgeleitete Wahn, jeder könne total gesteuert und zu allem „begabt“ werden. Ja mehr noch: Hier glaubt der Mensch, via Bildungssystem Schöpfer spielen zu dürfen. Übrigens eine der größten Sünden überhaupt, nämlich sein zu wollen wie der Schöpfergott!

Ich setze dagegen: Es gibt Unterschiede in der Begabung von Menschen. Was den Faktor Begabung betrifft, so mag es heute politisch nicht korrekt sein, davon zu sprechen. In manchen Diskussionen ist aus Begabung eine „vermeintliche Begabung“ geworden. Wissenschaftlich haltbar ist eine solche Diktion nicht. Denn die Forschung hat eindeutig nachgewiesen, dass die Hälfte bis zwei Drittel des kognitiven Potentials durch Erbfaktoren bestimmt sind.

Trotzdem glaubten ab Mitte der 1960er Jahre „Reformer“ verkünden zu können, dass es Begabung als angeborene Fähigkeiten nicht gebe. Alles Verhalten einschließlich aller geistigen Fähigkeiten sei soziogen, so hieß es; das Endogene, das Genetische könne, ja müsse vernachlässigt werden, weil der Glaube daran Ungerechtigkeiten fortschreibe.

Nicht um eine statische Vorstellung von Begabung, sondern um einen dynamischen Begabungsbegriff, um das **„Begaben“** gehe es. Wer anderes im Sinn habe, sei zumindest ein Biologist. Vielmehr seien gemäß Milieutheorie Intelligenz und Schulerfolg determiniert durch die Schichtzugehörigkeit eines Individuums und durch die „Primärerziehung“.

Die Behavioristen seit John B. **Watson** (ab ca. 1920) und vermehrt ab Burrhus F. **Skinner** (ab ca. 1940) taten ein Übriges, indem sie verkündeten, nur die Umstände entschieden darüber, ob ein Mensch ein bewundertes Genie oder ein Verbrecher werde.

Daraus leitete sich ein **grenzenloser Optimismus** ab, der das Neugeborene hinsichtlich Dispositionen als „tabula rasa“, als „white paper“ sehen wollte, auf dem Prägungen ohne Grenzen vorgenommen werden könnten. Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten wurde vor allem folgender Leitspruch Watsons euphorisch aufgenommen: „Gebt mir zehn Babys, ich mache daraus einen Verbrecher, einen Politiker, einen Musiker...“ Will sagen: Aus jedem könne durch Konditionierung alles werden, nichts sei angeboren und vererbt.

Dabei hätte man schon sehr früh wissen können (leidenschaftslose Psychologen wussten es), dass die **Wahrheit in der Mitte** liegt. Weder Anlage und genetische Disposition noch Umwelt und individuelle Soziogenese können für sich allein erhellend wirken, wenn es um Fragen der intellektuellen Entwicklung geht.

Nur wenn Anlagefaktoren und Umweltfaktoren zusammen gesehen werden, gewinnt man ein realistisches Bild von menschlicher Entwicklung, denn **Anlage und Umwelt** wirken - heute sagt man: „synergetisch“ - zusammen **wie Boden und Klima:** Der beste Boden bringt keine reiche Ernte, wenn das Klima miserabel ist, und das beste Klima lässt nicht üppig Früchte tragen, wenn der Boden es nicht hergibt.

Menschen kommen nun einmal unterschiedlich auf die Welt. Wer völlige Chancengleichheit will, müsste die Menschen entmündigen. Er dürfte beispielsweise ausschließlich die Schwächeren und Langsameren fördern. Die Stärkeren und Schnelleren müsste er den

Eltern wegnehmen, sie aus der Schule verbannen, ihnen jede Möglichkeit nehmen, Zeitung zu lesen, Rundfunk zu hören, Fernsehen zu schauen, Museen zu besuchen, ins Internet zu gehen usw.

Beim Start in die Bildungslaufbahn sollten selbstverständlich alle die gleichen Chancen haben, gleiche Zielchancen kann es aber nicht geben. So äußert sich auch der Begabungsforscher **Christopher Jencks**, dessen Klassiker von 1972 „Inequality" betitelt ist (und der in Deutschland im Jahr 1973 im Rowohlt-Verlag bezeichnenderweise mit dem Titel „Chancengleichheit" auf den Markt kam). Bereits bei Jencks findet sich die Feststellung: **Chancengleichheit durch Bildung ist eine Illusion**, denn selbst wenn Bildung am Ende gleichmäßig verteilt wäre, schlagen doch andere Unterschiede durch: familiäre Förderung, Begabung usw. Die kompensatorische Erziehung kann die Handicaps der Unterprivilegierten nicht total kompensieren.

Gleichheit der Chancen durch Bildung ist jedenfalls eine Illusion, denn selbst wenn Bildung am Ende gleichmäßig verteilt wäre, schlügen doch andere Unterschiede durch: familiäre Förderung, Begabung usw. Die kompensatorische Erziehung kann die Handicaps der Unterprivilegierten nicht total kompensieren. Das gilt auch für all die Euphorie ob einer **inklusiven Schule**!

3. Eine dritte Sünde ist die Sünde der **Spaß-, Erleichterungs- und Gefälligkeitspädagogik**. Diese tut - angestrengt und sehr bemüht - so, als ob Schule immer nur cool sein könne und ja alles tun müsse, dass sich Kinder doch ja nicht langweilten.

In der Folge wurden Leistung und Anstrengung vor allem von einer 68er geprägten Pädagogik schier zu Missgunst-Vokabeln erklärt. Und immer noch und immer wieder ist im Zusammenhang mit Schule in übler Weise die Rede von „Leistungsstress", „Leistungsdruck", „Leistungsterror".

Ich setze dagegen: Bildung ohne Anstrengung geht nicht. Die um sich greifende Wohlfühl-, Gute-Laune-, Spaß- und Gefälligkeitspädagogik schadet unseren Kindern. Wir müssen Kindern wieder mehr zutrauen und auch mehr zumuten. In Deutschland greift indes seit einigen Jahrzehnten eine Erleichterungspädagogik um sich.

In der Folge werden die Ansprüche heruntergefahren:

- der mutter- und fremdsprachliche Wortschatz wird gekürzt,
- ein Auswendiglernen von Gedichten findet fast nicht mehr statt,
- das Einprägen von historischen oder geographischen Namen und Daten gilt als vorgestrig,
- Grundschüler dürfen gegen jede Orthographieregel „phonetisch“ , das heißt: nach Gehör, schreiben,
- die lateinische Schrift soll durch die Grundschrift ersetzt werden,
- selbst Deutschprüfungen bestehen im Ankreuzen von Multiple-Choice-Aufgaben oder im Ausfüllen von Lückentexten.

Die Beispiele sind Legion. Dass diese **pseudopädagogische Erleichterungsattitüde falsch** ist, wussten Generationen von Eltern und Lehrern seit der Antike. Selbst ein **Sigmund Freud**, der bekanntermaßen vieles auf das Luststreben des Menschen zurückführte, war überzeugt: Leistung und Erfolg, ja das Erleben von Glück, setzen Bedürfnis- und Triebaufschub voraus.

Wer Leistung und Anstrengung zu Missgunst-Vokabeln macht, versündigt sich an der Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft. Denn wer das Leistungsprinzip bereits in der Schule untergräbt, setzt eines der **revolutionärsten demokratischen Prinzipien** außer Kraft. In **unfreien** Gesellschaften sind *Geldbeutel, Geburtsadel, Gesinnung, Geschlecht* Kriterien zur Positionierung eines Menschen in der Gesellschaft.

Freie Gesellschaften haben an deren Stelle das Kriterium **Leistung** vor Erfolg und Aufstieg gesetzt. Das ist die große **Chance zur Emanzipation** für jeden einzelnen. Ganz zu schweigen davon, dass der Sozialstaat nur dann funktioniert, wenn er von der Leistung von Millionen von Menschen getragen wird.

Jeder soll seines Glückes Schmied sein können. Mit Ellenbogengesellschaft hat das nichts zu tun. Vielmehr ist auch der **Sozialstaat** zugunsten Benachteiligter, Kranker und Alter nur realisierbar mit der millionenfachen Leistung und Anstrengung der Leistungsfähigen. Deshalb kann das **Sozialprinzip** auch *nicht über* das Leistungsprinzip gestellt werden.

Auch im internationalen, im globalen Wettbewerb geht es nicht ohne Leistung. Wir sollten ansonsten auch froh sein, wenn wir leistungshungrige Spitzenschüler für zukünftige Eliten haben. Demokratie

in Deutschland darf nicht zum Diktat des Durchschnitts werden. Eine zur Gleichheit verurteilte Gesellschaft wäre zur Stagnation verurteilt.

Wer Elite legitimerweise sein kann, darüber gilt es zu streiten. Bloße Macht-Elite oder blanker Geldadel kann es nicht sein. Eine **Leistungs- und Verantwortungselite** muss es sein, die zugleich **Reflexions- und Werte-Elite** ist. Vor einem solchen Hintergrund ist selbst Ungleichheit gerecht – nämlich dann, wenn Elite allen nützt, wenn das Handeln von Eliten quasi zu einem "inequality surplus", zu einem Mehrwert führt. Die Schulbildung kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie nach Talenten Ausschau hält und sie fördert.

4. Eine vierte Sünde ist die **Quotengläubigkeit**. Das ist die planwirtschaftliche Vermessenheit, es müssten möglichst alle das Abitur-Zeugnis bekommen und es dürften möglichst wenig oder gar keine Schüler sitzenbleiben. Dabei müsste doch eigentlich klar sein: Wenn alle Abitur haben, hat keiner mehr Abitur!

Ich setze dagegen: Es ist überfällig, über die Opportunitätskosten einer gerade von OECD, Bertelsmann Stiftung und Co. permanent eingeforderten Überbewertung von Gymnasium/Studium und einer Vernachlässigung der beruflichen Bildung nachzudenken, … das heißt, nachzudenken, was es uns kostet bzw. was uns entgeht, wenn wir die berufliche Bildung weiter so vernachlässigen wie zuletzt. Die **Wachstumsbremse** der Zukunft wird die **Über- und Pseudoakademisierung** sein, weil sie einhergeht mit einem gigantischen Fachkräftemangel.
Eine gewaltige Schieflage! Denn dort, wo man in Europa die niedrigsten Abiturienten-Quoten hat, gibt es zugleich die besten Wirtschaftsdaten: nämlich in Österreich, in der Schweiz und eben in Deutschland.

Ein wichtiges bildungspolitisches Kriterium wird ebenfalls häufig übersehen, nämlich das Ausmaß an **Jugendarbeitslosigkeit**. Hier haben oft sogar vermeintliche Pisa-Vorzeigeländer mit Gesamtschulsystemen eine Quote, die deutlich über derjenigen Deutschlands oder gar der süddeutschen Länder liegt.

Zuletzt gab es in Deutschland eine Quote an arbeitslosen Jugendlichen von 7 Prozent, in den schulpolitisch vermeintlich vorbildlichen Ländern dagegen Quoten um 20 Prozent: in Schweden mit 20,2 und in Finnland mit 21,7 Prozent. In Baden-Württemberg und Bayern hatten wir übrigens Quoten zwischen 2 und 3 Prozent.

Länder mit vergleichsweise niedriger Studierquote und dualer Berufsbildung liegen also erheblich besser. Aber es dringt nicht durch: **Der Mensch scheint für viele immer noch beim Abitur zu beginnen.** Eigentlich entspringt solches Denken einem egalitären, sozialistischen Denken. Nun aber kommt **etwas Paradoxes** ins Spiel: Dieselben Leute, die ständig Lippenbekenntnisse von wegen Gleichheit, Gerechtigkeit, Kindgemäßheit absondern, betreiben unter Einflüsterung der Wirtschaft und der OECD eine **Ökonomisierung** von Bildung.

Alles an „Bildung" soll in Quoten und Rankingtabellen messbar sein. Der Mensch wird zum „Humankapital" und damit verdinglicht. Das ist Kapitalismus, Ausbeutung pur. Es hat sich dies übrigens schon lange vor Pisa angekündigt.

5. Die fünfte Sünde heißt Utilitarismus.

Das ist ein Trend, der vor langer Zeit eingeschlagen wurde. Vor mehr als einem halben Jahrhundert, 1961, hat die **OECD**, die ja auch für die Pisa-Testerei verantwortlich zeichnet, in einem Grundsatzpapier festgehalten: „Heute versteht es sich von selbst, dass auch das Erziehungswesen in den Komplex der Wirtschaft gehört, dass es genauso notwendig ist, Menschen für die Wirtschaft vorzubereiten wie Sachgüter und Maschinen. Das Erziehungswesen steht nun gleichwertig neben Autobahnen, Stahlwerken und Kunstdüngerfabriken." Zitatende! Nette Vergleiche sind das!

Folge: In der Schule sind angeblich nur noch Dinge zu vermitteln, die man im späteren Leben braucht, die dafür nützlich sind, die sich später „rechnen": zum Beispiel Computer Literacy. Hier das Beispiel einer 17-jährigen Gymnasiasten in Köln vom Januar 2015:

„Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtsanalyse schreiben. In vier Sprachen"

Und die ganze Nation hechelt hinter dieser dümmlichen Aussage hinterher, veranstaltet Talkshows dazu usw. Und niemand fragt, ob diese junge Dame wirklich vier Sprachen so gut beherrscht, dass sie eine Gedichtsanalyse in diesen vier Sprachen anfertigen kann.

Ich setze dagegen: So etwas wäre ein verarmtes Verständnis von Bildung. Hier wird Bildung zur bloßen Abrichtung und zur dünnen praktischen Lebenskunde.

Die größten deutschen Philosophen haben sich schon vor Jahren mit einem solchen eingeschränkten Bildungsverständnis auseinandergesetzt.
Man braucht ja nur **Nietzsches fünf Baseler Reden** „Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten“ aus dem Jahre 1872 nachzulesen: Dort rechnet er es im ersten dieser Vorträge zu den beliebtesten nationalökonomischen Dogmen, den Nutzen, ja den möglichst großen Geldgewinn als Ziel und Zweck der Bildung auszugeben. Wörtlich: „Dem Menschen wird nur so viel Kultur gestattet, als im Interesse des Erwerbs ist.“ Oder in den Worten des damaligen, von 1809 bis 1815 amtierenden Nürnberger Gymnasialdirektors **Georg Wilhelm Friedrich Hegel**: Nicht jeder »nützliche Stoff« forme die Seele, und Bildung sei die Aneignung von Welt jenseits des Nutzens ökonomischer Praxis.
Klüger ist deutsche Bildungspolitik seitdem nicht geworden. Es geht in der Bildung aber nicht nur oder gar in erster Linie darum, wie ein junger Mensch fit wird für das globale Haifischbecken. Nein, es geht in Sachen Bildung – weil sie sonst nur Ausbildung ist – um den Eigenwert des Nicht-Ökonomischen. Es geht um Muse/Muße, und es geht um die Bildung von Persönlichkeiten.

6. Die sechste Sünde heißt **Empirismus** (Testeritis, Evaluationitis). Sie hat viel mit PISA und Co. zu tun. Dahinter steckt die Vorstellung, alle Bildung müsse sich messen und in Rankingtabellen abbilden lassen.

Ich setze dagegen: Wer so tut, als sei Bildung das, was PISA misst, der hat eine armes, ja ein erbärmliches Bildungsverständnis. Denn PISA und die sog. empirische Bildungsforschung haben nur noch das an schulischem Lernen im Blick, was sich messen lässt. Im Falle von PISA ist das wahrscheinlich nur ein Zehntel dessen, was in Schule geschieht:
- ein bisschen etwas von Informationsentnahmekompetenz,
- ein bisschen etwas von mathematischem Verständnis und
- ein bisschen etwas von naturwissenschaftlichem Verständnis.

Nicht erfasst von PISA werden folgende Bildungsbereiche:
- sprachliches Ausdrucksvermögen,
- Fremdsprachenkenntnisse,
- Wissen in den Bereichen Literatur, Geschichte, Geographie, Politik, Wirtschaft, Religion/Ethik,

- ästhetische Bildung in den Fächern Kunst und Musik usw.

Nein, das kann es nicht sein! Wir brauchen wieder ein Verständnis von Bildung, das gerade auch Wert legt auf diese Bereiche.

7. Und dann - siebtens - schließlich die **Psychologismus-Sünde**, das ist der Irrglaube, Pädagogik von einer vagen **Traumapsychologie** her aufziehen zu können. Für die Psychologie und ihr Image ist dies nicht gut, denn vieles von dem, was an Psychologischem in die Pädagogik hereingenommen wird, ist triviale Alltagspsychologie und damit Banalisierung von Psychologie.

Alle Pädagogik soll offenbar vom zerbrechlichen Kind, dessen permanenter Traumatisierbarkeit, dessen Gegenwartsperspektive und dessen unmittelbaren Bedürfnisse her gedacht werden. Dem Kind, dem Schüler soll bloß nichts zugemutet werden, es könnte ja frustriert, demotiviert, ja traumatisiert werden.

Man könnte es auch eine **Infantilisierung der Pädagogik durch Psychologisierung** nennen. Dass man damit Kinder in einer **Käseglocke** und in einer ewigen Gegenwart einschließt und ihnen die Zukunft raubt, scheint nicht zu zählen. Statt ihnen ein bisschen etwas zuzumuten, werden unsere Kinder von einem Teil der Eltern, von den „Helikoptereltern“ rundum „gepampert“.

Ich setze dagegen: Wir sollten nicht ständig fragen, was Kinder krankmacht, sondern was Kinder stark macht.

Der **Mythos von der allgegenwärtigen Traumatisierung** ist **falsch**. Im Normalfall gibt es keinen Eins-zu-eins-Determinismus. Das Risiko des Scheiterns, Enttäuschungen und Niederlagen – all das gehört zum Leben. In altersgemäßer Dosis muss ein Kind solches erfahren dürfen, sonst entwickelt es weder die Fähigkeit, damit umzugehen, noch das Selbstbewusstsein, mit Problemen selbst fertig zu werden, noch die Bereitschaft, erst einmal eigene Kräfte zu mobilisieren.

Viele Eltern – und Lehrer – machen es den Kindern zu einfach, und sie trauen ihnen zu wenig zu. Sie haben nie internalisiert, dass Erziehung mit Subsidiarität zu tun hat. Nein, unsere Kinder sind viel widerstandsfähiger, als wir gemeinhin annehmen. Die **Resilienz-Forschung** hat dies nachgewiesen. Resilienz heißt wörtlich: zurück-

springen, abprallen. Im übertragenen Sinn meint man damit die Kraft zur Überwindung von Einschränkungen oder gar von Verletzungen. Die Entwicklung dieser Kraft kann man fördern, indem man die Kinder – altersgerecht – Probleme selbst lösen lässt.

Man muss dabei nicht so weit gehen wie die US-Autorin **Wendy Mogel** mit einem Buch, dessen Titel in deutscher Übersetzung „Der Segen eines aufgeschlagenen Knies“ hieße. Aber es ist schon etwas dran, dass Kinder auch durch Krisen oder Belastungen stark werden.

III. Ausblick

Wir brauchen eine **Revolte** gegen diese sieben Sünden! Denn mit diesen Sünden drohen Individualität, Leistung, Anstrengungsbereitschaft, natürliche Reifung und Qualität zu versinken.

Viel zu lange wurde Bildung – je nach Land in Deutschland unterschiedlich intensiv – kopf- und konzeptionslos re- und deformiert. Reformen über Reformen werden in den Sand gesetzt, ohne Produkthaftung von Seiten derjenigen, die all dies inszeniert haben. Dabei hat jeder junge Mensch nur eine „Fertigungs“-Biographie!

Woran liegt das? Wahrscheinlich hat es ein wenig zu tun mit dem **Nationalcharakter** der Deutschen, nämlich der **Selbstvergessenheit** und der ständigen **Selbsttribunalisierung der Deutschen.**

Dass die allermeisten Reformen eben gerade denen schaden, denen sie zugutekommen sollten, den sozial Schwächsten, wird verdrängt:

Die Kinder aus „gutem“ Hause bekommen die Verirrungen der Schulpolitik durch elterliches Zutun kompensiert, die Kinder aus „bildungsfernen“ Elternhäusern aber bleiben in ihren Herkunftsmilieus eingekerkert.

Dagegen brauchen wir eine **bürgerliche Revolte** – nicht für noch mehr weichgespülte Schule, sondern für anspruchsvolle Schule.

Dass so etwas gelingen kann, hat die Hamburger Initiative „Wir wollen lernen“ gezeigt. Dort hat man per Volksentscheid am 18. Juli 2010 die Pläne der schwarz-grünen Regierung Hamburgs zur Verlängerung der Grundschule von vier auf sechs Jahre vom Tisch gewischt. Das war nicht nur das Ende eines Gesetzentwurfes, sondern einer ganzen Landesregierung. Dergleichen sollte sich wiederholen.

Einen solchen Mut aufzubegehren wünsche ich all denen, die sich um diese Bildungsnation sorgen. Denn die Bildungspolitik benimmt sich teilweise wie ein trotziges Kind, das keine Verfehlungen einräumen oder wenigstens abstellen will.
Hoffen wir dennoch, dass Schulpolitik und Schulpädagogik wieder zurückfinden zu der **Bodenständigkeit** und **Ehrlichkeit**, die sie braucht.

Und was brauchen wir sonst in Sachen Bildung? Wir brauchen

- Freiheit statt Gleichheit!
- Leistung statt Verwöhnung!
- Qualität statt Quote!
- Inhalte statt curricularer Nihilismen!

Dies auszusprechen und einzufordern, sollten wir den Mut haben!

Wie können wir dies nun praktisch einfordern?

Wir müssen die Eltern mobilisieren, soweit sie für Qualität der Schulbildung ansprechbar sind und nicht nur für ihr oft einziges Kind um jeden Preis das Abitur haben wollen.

Wir müssen Abgeordnete anschreiben, Leserbriefe schreiben, den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten schreiben, wenn bei Anne Will, Plasberg oder Maischberger wieder mal die alte Ideologie verkündet wurde, dass Schule hauptsächlich Spaß machen soll.

Da brauchen wir Reaktionszirkel. Gewinnen Sie 10, 20 Freunde und Bekannte, dass sie bei solchen Sendungen Einträge im Netz machen, Briefe schreiben an die Redakteure oder an die Rundfunkräte.

Sammeln Sie Erfahrungsberichte über die Verhältnisse an Schulen. Auch zum Beispiel, was an diesen „Freitagen für die Zukunft“ wirklich los ist. Dass ganze Klassen in Richtung Demonstration marschieren und nach sieben Minuten im Kino verschwunden sind. Oder Bilder darüber sammeln, wie es auf diesen Plätzen, auf denen demonstriert wird, nachher aussieht. Oder dass die Burger-Brater in diesen Stunden einen enormen Umsatzzuwachs haben.

Schicken Sie mir alles zu, ich bin gern bereit, das zu veröffentlichen. Ich schreibe ja mittlerweile in vier verschiedenen Magazinen Beiträge.
Damit wir vor allem auch die CDU endlich mal unter Druck setzen, damit die wieder zu bildungspolitischen Gestaltungswillen findet.

Sie hat nämlich in den Ländern das Herzstück des Föderalismus, das Ressort Bildung, den kleineren linken Partnern überlassen, um z.B. das Innen- oder Finanzressort zu bekommen, wie mir einige Ministerpräsidenten gesagt haben.

Wir müssen uns zu dem Zwecke mehr vernetzen, wie es die Linken tun, die bestens vernetzt sind und sich mit ihren Leuten die Bälle zuspielen und Kampagnen betreiben. Davon kann ich aus 30 Jahren als Verbandsvorsitzender ein Lied singen.

Strengen wir uns an, es noch besser zu machen, damit wir wieder in Richtung Bildungsnation aufbrechen!

Josef Kraus, Jahrgang 1949. Gymnasiallehrer /Deutsch/Sport) und Diplom-Psychologe. 15 Jahre Gymnasiallehrer und Schulpsychologe, danach 20 Jahre Direktor eines Gymnasiums in Bayern. Ab 1987 30 Jahre Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Er hält die Rechtschreibreform für falsch und kritisiert das Schul- und Bildungssystem, u.a. in den Büchern: „Spaßpädagogik – Sackgassen deutscher Schulpolitik“ (1998), „Der Pisa-Schwindel“ (2009), „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt“ (2017). Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande 2009, mit der Medaille des Landkreises Landshut in Gold 2015, mit dem Deutschen Sprachpreis 2018.

ZFI Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt

Jetzt im Internet zu erreichen unter: http://www.zfi-ingolstadt.de.

Osning Verlag

Der große Erfolg des Buches „Deutschland stürzt ab – Anmerkungen zur Lage 2015 – 2017“ führte sehr schnell zu der Nachfrage nach einer Fortsetzung des Buches für das Jahr 2018. Autor und Verlag sind diesem Verlangen gerne nachgekommen.

Neuerscheinung

Rainer Thesen

EINSPRUCH!

Gegen Politikversagen und Meinungsdiktatur

Anmerkungen zur Lage 2018

….. Migration und ihre Folgen · Islam und Grundgesetz · Zensur statt Meinungsfreiheit · Zwischen Inquisition und Rechtsstaat · Deutsches Volk als Hirngespinst? · Kampf gegen Rechts · Fremdenliebe als Pflicht? · Genderwahn ohne Ende · Bundeswehr unter Generalverdacht · Der Nationalstaat kommt zurück ….

240 Seiten, 42 Einzelbeiträge, Fakten und Argumente

Preis Euro 18,00

Osning Verlag GmbH

Zöppritzstr. 24 · 82467 Garmisch-Partenkirchen

www.osning-verlag.de · info@osning-verlag.de

Aussprache I

Veranstalter

Nach diesem Beitrag von Herrn Dr. Bandulet, den Herr Kallina so gekonnt vorgetragen hat, ist wieder Herr Dr. Krall dran, denn da ist einiges zu erklären, anzumerken, zu bestätigen oder zu sagen: Nein, das ist alles falsch.

Krall

Ja, es ist alles richtig. Da steckt nur eine ganz große Annahme drin, nämlich, dass unsere Politik erst nachdenkt und dann handelt. Es ist rational alles nachvollziehbar, was Herr Dr. Bandulet uns hier gerade präsentiert hat. Selbstverständlich wäre es sinnvoll, wenn Deutschland austräte statt Italien. Doch wenn wir uns die politische Entwicklung ansehen, sieht es anders aus: Die Italiener haben schneller kapiert, dass der Euro sie umbringt. Italien kann im Euro wirtschaftlich nicht überleben. Das ist ganz offensichtlich. Heute nach 20 Jahren Euro ist die italienische Wirtschaft kleiner als zu Beginn des Euros. Sie ist immer noch deutlich kleiner als vor der Wirtschaftskrise 2007. Italien hat eine Jugendarbeitslosigkeit von über 30%, Griechenland von 70%, Spanien, ähnlich wie Italien, und auch Frankreich hat über 25% Jugendarbeitslosigkeit, alle, weil sie in dem System nicht überleben können. Herr Bandulet hat, wie ich finde, in einer sehr nachvollziehbaren, klaren Weise zunächst einmal dieses Problem für uns alle ausgearbeitet. Die Frage ist, wer da zuerst austritt. Wenn Italien austritt, dann bedeutet das natürlich für die deutschen Forderungen an Italien einen massiven Verlust. Da ist dann noch die Frage: Ist das dann ein Währungsverlust oder ein Totalverlust? Das ist noch nicht ausgemacht. Wenn Italien rausgeht, und der Euro uns ruiniert und wir eh pleite sind, dann stellt sich die Frage: Was passiert mit den Target2-Forderungen? Werden die dann in Euro umgerechnet, so ist Italien nicht mehr in der Lage, sie zu bezahlen, weil die neue Lira ja weniger wert wäre, als der alte von Deutschland gestützte Euro. Die Target2-Forderungen explodieren dann aus italienischer Sicht über die sowieso schon jetzt unbezahlbare Forderungshöhe hinaus und sind noch unbezahlbarer. Im umgekehrten Fall, wenn Deutschland austritt, wie Herr Bandulet ganz korrekt ausgeführt hat, dann hat Italien Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland in seiner eigenen (Euro-) Währung. Wir verlieren dann zwar Geld, weil

die neue Deutsche Mark aufwertet, aber dieser Verlust wird kleiner sein. Insofern glaube ich, dass die ganze Argumentationskette, die wir heute gehört haben, richtig – ökonomisch richtig ist. Die Frage ist, ob sie eine Chance auf Umsetzung hat. Ich fürchte, und da geht meine Überlegung leider in eine andere Richtung, dass die Friktionen und die Verwerfungen einer kommenden Bankenkrise so groß sein werden, dass überhaupt niemand mehr nach einem Plan fragt. Sondern dass man in Panik reagieren wird, ohne sich Übersicht über die Dinge zu verschaffen reagieren wird, und dass dann der Euro nicht dadurch auseinanderbricht, weil entweder Deutschland oder Italien ihn zuerst verlässt, sondern dass ihn alle gleichzeitig verlassen. Das ist die Befürchtung, die man leider haben muss, da bin ich Pessimist. Trotzdem glaube ich, dass es unbedingt notwendig ist, sich diese Gedanken zu machen. Denn es kann ja auch sein, dass außerhalb Deutschlands genug Vernunft einkehrt und irgendwann von dort der Vorschlag kommt, aus Italien oder vielleicht sogar aus Spanien, wahrscheinlich nicht aus Frankreich, den Deutschen zu sagen: „So, passt mal auf, Freunde, es funktioniert nicht, lasst uns einen Ausweg suchen. Der Ausweg ist, dass ihr rausgeht und wir erstmal drin bleiben und wir dann das Ganze untereinander abwickeln.“ Also diese Möglichkeit ist noch die eheste und wahrscheinlichste, weil die italienische politische Klasse vernünftiger ist als die deutsche. Was daran liegt, dass die alte italienische Klasse längst in Pension geschickt worden ist. Sie hat es schon hinter sich, was die deutsche noch vor sich hat.

Dann stellt sich noch die ganz große Frage nach den Goldreserven, die in dem Vortrag nicht zur Sprache kamen. Die Goldreserven sind wahrscheinlich in einem explodierenden Euro der Rettungsanker, an dem sich sowohl Italien als auch Deutschland festhalten können, weil die Italiener nach Deutschland die zweithöchsten Goldreserven in Europa haben. Ungefähr 100 Milliarden. Salvini möchte die jetzt verkaufen, um das Haushaltsloch damit zu stopfen, aber wenn er seinen Verstand beieinander hat, dann wird er verstehen, dass dies aus italienischer Sicht eine blöde Idee ist. Sollte er wirklich verkaufen, kann man den Deutschen nur raten, alles im Block aufzukaufen – mit frisch gedruckten Euros. Dann sinkt nicht nur Target 2 um 100 Milliarden, die Bundesbank hat auch 2.200 Tonnen Gold mehr. Ein besseres Geschäft für die Zukunft kann man sich kaum vorstellen. Das wären meine Anmerkungen.

Frage
Geld auf die Bank bringen, ohne Zinsen oder Geld unters Kopfkissen, auch ohne Zinsen?
Ich hoffe, dass Sie dies beantworten – ohne Beratervertrag, denn den könnte ich nicht bezahlen.

Krall
Weder noch, ich glaube, wenn Sie ein liquides Vermögen haben, dann ist es der beste Rat, dies aus dem Euro-Raum hinaus zu bringen. Denn wenn der Euro kollabiert, egal wie die Reihenfolge ist, in der sich das abspielt, dann ist der Euro selbst nicht mehr existent, und dann stellt sich überall die Frage, welchen Wert der Euro dann noch haben wird. Es wird ein riesiges juristisches Vakuum entstehen, in das Sie dann als Anleger möglicherweise hineinfallen. Auch wenn der US-Dollar oder das britische Pfund ihre Probleme haben, gilt, dass bei einem implodierenden Euro der Einäugige König im Land der Blinden ist. Das bedeutet, man sollte sein Geld, wenn man liquides Vermögen hat, aus dem Euro-Raum hinausschaffen. Mein Rat: Verteilen Sie es in sehr vielen nicht-europäischen Währungen wie US-Dollar, Kanada-Dollar, britisches Pfund. Großbritannien wird nach dem Brexit und nach dem Eurokollaps wahrscheinlich der Fluchtpunkt für Vermögen in Europa schlechthin sein, nicht unbedingt Deutschland. Norwegische Kronen, Singapur-Dollar, australische Dollar, neuseeländische Dollar, russischer Rubel, der komplett goldgedeckt ist, was die wenigsten wissen, und legen Sie es dort in Staatsanleihen mit sehr kurzer Laufzeit an, denn Sie brauchen dann noch Liquidität.
Und wenn es zu einem Inflationsschub in Europa kommt, dann wird die Inflation auch exportiert, und dann steigen global die Zinsen an. Das heißt, man sollte in kurzlaufende Papiere gehen und da nur die besten Bonitäten wählen. Das sind im Zweifel in diesen Ländern sogar die Staatsanleihen, weil die in jedem Fall zurückgezahlt werden, wenn sie das Geld drucken können, wie beispielsweise den US-Dollar. Dann haben Sie möglicherweise einen Inflationsverlust, doch bei Kurzläufern ist das Risiko stark begrenzt. Mein Rat ist, auch, 10% des Vermögens in Edelmetall anzulegen, weil Edelmetall zwar keine Anlage ist, aber eine Rückversicherung ist für all die Unwägbarkeiten, die kein Mensch voraussehen kann.

Frage
Wie kommt es, dass im Unterschied zum Desaster der deutschen Banken die amerikanischen Banken so ungeheure Gewinne machen und es denen offensichtlich ganz anders geht?

Krall
Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Der erste Grund ist, dass das amerikanische Bankensystem zu 80% ein Investmentbanking-System und nur zu 20% ein kommerzielles Bankensystem ist, während es bei uns genau umgekehrt liegt. Das heißt, beim Investmentbanking-System nehmen die Banken die Risiken nicht auf das eigene Buch, sondern reichen es nur durch. Die USA haben einen funktionierenden Kapitalmarkt – was auch für Großbritannien gilt –, während wir einen schlecht funktionierenden Kapitalmarkt haben, wo alles auf den Büchern der Bank liegen bleibt, und sich deswegen dort die Risiken akkumulieren. Das Zweite ist, dass die amerikanische Federal Reserve (Fed) einen Fehler der EZB nicht gemacht hat. Sie hat zwar auch die Zinsen am kurzen Ende auf null gedrückt, aber am langen Ende für 10-jährige Staatsanleihen hat sie es bei 1,5 – 2 Prozent Zinshöhe belassen. Sie hat die Zinshöhe manipuliert, aber nicht die Form der Zinsstrukturkurve. Dadurch konnten die amerikanischen Banken diese Transformationsfunktion, die Fristentransformation spekulativ ausreizen und haben sich so mit Gewinn vollgesogen und wussten auch, dass sie da nicht fehlgehen können, weil ihnen die Fed gesagt hat: „Wir sagen Euch Bescheid, wenn es mal aufhört!“. Man hat da gigantische Mengen Geldes angesammelt. Drittens ist das amerikanische Bankensystem anders strukturiert: Es gibt weniger Banken mit einer höheren Durchsetzungsfähigkeit für hohe Preise bei Zinsen und Gebühren, das macht sich bemerkbar. Das Bankensystem ist dort per se schon profitabler als bei uns. Wir haben hier mit Sparkassen, Raiffeisenbanken und Genossenschaftsbanken ein System, das hoch fragmentiert ist und auch durch die Politik künstlich hoch fragmentiert gehalten wird. Was übrigens auch der Grund war, weshalb die Deutsche Bank ins globale Investment eingestiegen ist. Weil sie gesagt hat: In einem System, in dem der Staat über die Sparkassen den Wettbewerb zu unseren Ungunsten verzerrt, können wir kein Geld verdienen, also probieren wir es international. Der Schuss ging dann nur leider nach hinten los.

Frage
Sie erwähnten soeben das Problem „Lebensversicherung". Ich habe drei Lebensversicherungen schon seit einer sehr langen Zeit. Mein Bankberater sagt, ich solle sie halten und die wenigen Zinsen mitnehmen. Was sagen Sie dazu: Soll ich die Versicherungen kündigen und mitnehmen, was ich bis jetzt eingezahlt habe, oder nicht?

Krall
Das kann ich aus dem Stand nicht beurteilen, weil ich nicht weiß, was Ihre Restlaufzeit ist, und welche Kapitalanlage Ihr Lebensversicherer gewählt hat. Ich müsste sehr viel mehr von der Kapitalanlagenstruktur Ihres Versicherers wissen, um dies seriös beantworten zu können. Wenn er das Kapital in italienische Staatsanleihen gesteckt haben sollte, dann rate ich Ihnen, suchen Sie das Weite, solange Sie noch können. Wenn er aber eine eher konservative Anlagepolitik hat, beispielsweise seit 30 – 40 Jahren viele Aktien in Immobilien im Portfolio hat mit hohen stillen Reserven, dann ist ihr Geld dort einigermaßen sicher.

Frage
Gehen Sie denn auch in andere Länder und fragen oder beraten dort im Sinne der von Ihnen und Dr. Bandulet vertretenen Lösungen?

Krall
Beruflich war ich bisher in 80 Ländern der Welt tätig, es gibt nicht mehr viele weiße Flecken, aber meistens sind meine Opfer die Banken und nicht die Regierungen. Dass ich Regierungen berate, ist die Ausnahme. Aber es ist so, dass ich an der internationalen Diskussion durchaus beteiligt bin. Also in London in der City mit den Banken und mit den Regierungsstellen und in den anderen europäischen Ländern auch. Es ist nur so, dass die Bereitschaft und auch die Fähigkeit der Politik in den europäischen Ländern, sich so einen unbequemen Rat anzuhören, höchst unterschiedlich ist. Am ehesten bekommen sie noch offene Ohren, wenn Sie in London unterwegs sind, oder in Osteuropa. Dort hat man sich den Kommunismus ganz genau angesehen, und man erkennt dort, was eine planwirtschaftliche Politik ist, während in Deutschland, Frankreich und den Beneluxstaaten die Fähigkeit der Politik, diese Argumente aufzunehmen, etwa bei null liegt.

Frage
Und in Italien?

Krall
In Italien gibt es eine interessante Gemengelage. Die italienische Regierung ist ja eigentlich angetreten mit dem Vorsatz, aus dem Euro auszutreten, und ich glaube auch, dass man dort mittlerweile eine parallele Währung gedruckt hat und auf die Gelegenheit wartet, diesen Ausweg politisch in Angriff zu nehmen.

Frage
Herr Dr. Krall, Sie sprachen in Ihrem Vortrag verschiedene Verwerfungen an, die in Kürze auf uns zukommen können. In Bezug auf die gesellschaftspolitischen Probleme haben Sie nur kurz angedeutet, die Linken gingen daraus vermutlich als Sieger hervor. Das erscheint mir wenig plausibel, da die Linken ja eigentlich überall im Schwinden begriffen sind – nicht die Grünen, sondern die harten Linken. Sie gaben einen kurzen Zeithorizont an, sagten aber gerade, in Italien sei die alte politische Klasse aufgelöst – was wir ja alle mitbekommen haben, – während bei uns es noch die alte, die uralte gibt – und alles gleichzeitig. Wie kommen Sie zu dem Schluss, die Linke werde dominieren?

Krall
Gut, dass die Linke den Kampf gewinnen wird, das halte ich nicht für abgemacht. Aber, dass sie es versuchen wird, das halte ich für sicher. Ich glaube, dass die Linke im Moment schlicht deswegen so stark ist, weil sie an der Macht ist. Wir haben keine bürgerliche Regierung in Deutschland, das kann man beim besten Willen nicht erkennen. Eine bürgerliche Regierung würde nicht die Wirtschaft tot regulieren, würde nicht eine Staatsquote von über 50% anstreben, würde nicht eine planwirtschaftliche Geldpolitik unterstützen, würde nicht die Presse gleichschalten und würde nicht ein Zensurgesetz wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz einführen. Das sind alles antibürgerliche linke und sozialistische Ideen, die da zum Tragen kommen. Was wir in Deutschland haben, ist eigentlich eine interessante Zweiteilung in der Politik. Wir haben aggressiv-aktive Linke, die immer noch die Minderheit sind, das ist richtig, die sich aber an den Schaltstellen

der Macht befinden, und wir haben im Parlament eine Mehrheit von Ja-Sagern, Kopfnickern und Nicht-Nachdenkern, die sich nach ihren Karrierechancen umgucken und fragen: Was muss ich machen, um nicht unangenehm aufzufallen und mich an den Fleischtöpfen mitbedienen zu dürfen? Die Ja-Sager und Abnicker machen die Linken so stark, weil Sie ihnen nicht entgegentreten. Insofern haben wir eine sehr interessante Gemengelage. In einer krisenhaften Zuspitzung, vor der wir aus ökonomischen, finanzwirtschaftlichen Gründen stehen, ist die Linke, wie die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, sehr geschickt, die Probleme propagandistisch auszubeuten, indem sie von Marktversagen redet, weswegen dann alle möglichen Gerechtigkeitsprogramme aufgelegt werden. Gerechtigkeit ist das größte Wieselwort von allen, das einzusetzen die Linken geübt sind. Den Kampf werden wir dann verlieren, wenn wir der Realität nicht ins Auge sehen. Mir geht es also nicht darum zu sagen, wir hätten uns jetzt schon mit dem Sieg der Linken abzufinden, im Gegenteil. Wir können das verhindern, aber dazu müssen wir endlich aus dem Sessel hochkommen.

Frage

Wir haben zwei hervorragende Vorträge gehört, die sachlich und klar die Situation geschildert haben. Meine Frage: Gibt es denn außer den von Ihnen genannten Opportunisten, die wir ja kennen, nicht auch eine andere Schicht? Es muss doch auch einige im System geben, welche die Dinge so sehen, wie sie sind, und sich dagegen wehren. Es kann doch nicht so sein, wie das heute in der Bevölkerung üblich ist, dass alle nur nachplappern und hinterher laufen. Gibt es denn nicht eine Menge von Fachleuten, die das, was hier vorgetragen wurde, auch erkennen? Gibt es also nicht doch auch eine andere Strömung?

Krall

Die gibt es. Zum Glück sind die beiden Vortragenden von heute nicht die einzigen, die in dieser Rubrik etwas in Bewegung setzen wollen. Es gibt da eine ganze Reihe wie den Professor Thomas Meier, den ich sehr schätze – er hat mich übrigens dazu gebracht, den „Draghi Crash“ zu veröffentlichen, was ich mich lange nicht getraut hatte. Es gibt den Professor Sinn vom Ifo-Institut, es gibt Daniel Stelter in Berlin mit seinem Blog „Think Beyond the Obvious“ (Denke über das Offensichtliche hinaus), auch ein früherer Kollege von mir, der dazu publiziert und

Stellung nimmt, unter anderem zuletzt mit dem Buch „Das Märchen vom reichen Land“, in dem er zeigt, dass Deutschland seine Reserven bereits verbrannt hat. Es gibt Dirk Müller, es gib Professor Dr. Max Otte – also es gibt durchaus intellektuelle Bewegung in diesem Land. In der Politik hat sie im Moment noch nicht die Durchschlagskraft. Die hat sie nur bei bestimmten Parteien: bei der AFD, bei der FDP und bei einer Minderheit der Unionsparteien. Ich glaube, dass wir da noch viel Aufklärungsarbeit vor uns haben. Deshalb bemühe ich mich, einen Think Tank in Berlin aufzubauen, der genau diese Arbeit leisten soll, die Politik zu überzeugen. Dazu verhandele ich im Moment mit Geldgebern, um es zu ermöglichen. Ich kann Ihnen allerdings noch nicht sagen, ob ich damit Erfolg haben werde. Aber es sieht nicht so schlecht aus.

Frage
Wie stehen Sie zur Abschaffung des Bargeldes? Ich betrachte das als einen Angriff auf unsere persönliche Freiheit!

Krall
Das kann ich nur unterschreiben. Der Angriff auf das Bargeld hat natürlich einen ganz einfachen Grund. Wenn Sie das Bargeld abschaffen, dann können sie jeden Cent nachverfolgen, der jemals ausgegeben worden ist. Sie haben die totale Überwachungsgesellschaft damit eingeführt, Sie können nicht mal ein Kaugummi kaufen, ohne dass der Staat das weiß, und Sie haben dann auch die Möglichkeit der Enteignung. Und darum geht’s, indem man versucht, Sie mit negativen Zinsen zu enteignen. Wenn es kein Bargeld mehr gibt, dann wird das ganz leicht. Aber sogar für die Enteignung von Bargeld gibt es mittlerweile Vorschläge vom internationalen Währungsfonds. Wie Sie vielleicht gehört haben, hat man sich dort eine Idee einfallen lassen, die auf eine Währungsreform hinausläuft: Bargeld und Sichteinlagen sollen voneinander getrennt und das Bargeld besteuert werden. Das heißt, wenn Sie heute 100 Euro Bargeld haben und dies ein Jahr später auf Ihr Konto einzahlen wollen, dann bekommen Sie nur noch 94 Euro gutgeschrieben, weil das Bargeld negativ verzinst wird. Zwei Autoren vom internationalen Währungsfond haben dieses Papier erst vor wenigen Wochen veröffentlicht, eine von ihnen ist eine hochrangige Mitarbeiterin der Europäischen Zentralbank. Also wenn Sie sich

Diskussions-Plenum während der Aussprache

einen solcher Eingriff in unsere Freiheitsrechte vor Augen führen, dann haben Sie auch eine Vorstellung davon, wie verzweifelt die Eliten sein müssen, solche Dinge auch nur zu erwägen.

Frage
Deutschland ist ja kein besonders autonomes Land, weswegen ja die Goldreserven in Amerika lagern. Sie sollten ja einmal zurückgeholt werden. Wie weit ist das geschehen?

Krall
Nach meinem Kenntnisstand ist das meiste zurückgeholt. Was in Frankreich und Großbritannien lag, ist meines Wissens komplett wieder in Deutschland. Was in Amerika lagert, wurde zum großen Teil zurückgeholt. Man hat allerdings bewusst einen Teil dort belassen, und zwar aus einem Grund: Falls nämlich ein Goldstandard eingeführt werden sollte, wie wir ihn bis 1914 hatten, dann ist es sinnvoll, einen zentralen Lagerort zu haben, wo die verschiedenen Zentralbanken Goldreserven halten, damit Handelsbilanz-Differenzen leicht ausgeglichen werden können, indem man das Gold von einem Tresorraum in den anderen schiebt. Das hat man vor 1914 auch schon so zentral gemacht, damals nicht in New York, sondern in der Bank of England. Das hat sich vor 1914 als eine sehr vernünftige Konstruktion erwiesen. Ich weiß allerdings auch, dass man einen Großteil der zurückgeholten Reserven eingeschmolzen und neu in Barren gegossen hat, warum auch immer.

Frage

Sie sprechen von Zombie-Unternehmen, von schwarzen Schwänen. Auch wenn man dies zunächst für Schwarzmalerei halten möchte, kommt man nicht um die Einsicht herum, dass ihre Ausführungen den Tatsachen entsprechen. Zwei Fragen: 1. Wäre es für Deutschland nicht möglich, statt Target2-Kredite zu geben, dafür beispielsweise die italienischen Autobahnen aufzukaufen oder entsprechendes in Spanien, und dadurch die Salden möglichst gegen null zu bringen? 2. Wie sehen Sie die angestrebte Fusion der Deutschen Bank mit der Commerzbank?

Krall

Zur ersten Frage: Ihre Lösung hat auch Professor Sinn schon vorgeschlagen, dass unsere Überschüsse, die wir sehr schlecht in Anleihen investiert haben, doch viel besser angelegt wären, wenn wir Sachanlagen dafür kauften. Das hielte ich auch für einen sehr vernünftigen Weg, aber dem verschließt sich die Politik. Im Moment ist es so, dass die Handelsbilanzüberschüsse durch den Euro ja noch ansteigen, weil er für Deutschland zu schwach und für Italien zu stark ist; mithin wird das Problem noch verstärkt. Der schon vor vier oder fünf Jahren von Professor Sinn vorgeschlagene Weg, Sachanlagen gegen Schulden einzutauschen, würde unser Risiko natürlich dramatisch absenken. Deswegen sage ich auch: Wenn z.B. die Italiener ihr Gold verkaufen möchten, muss man sofort zuschlagen. Daniel Stelter aus Berlin, früherer weltweiter Vorstand der Bosten Consulting Group, hat vorgeschlagen, dass Deutschland einen Staatsfonds nach norwegischem Vorbild gründet, sich für diesen Staatsfonds verschuldet, Euro-Anlagen dafür aufkauft, auch Investitionen in die deutsche Infrastruktur tätigt und das dann als Sachinvestition in diesem Fonds einbringt. Das würde sowohl unser Target2 als auch unser Risiko massiv senken; auch das halte ich für einen vernünftigen Vorschlag. Das würde zwar zu einer zusätzlichen Verschuldung Deutschlands führen, aber gleichzeitig würde es unser Risiko des Außenhandelsüberschusses gegenüber Ländern, die nicht zurückzahlen können oder wollen, massiv abbauen. Es gibt Situationen, in denen man unorthodox drüber nachdenken muss.

Zweite Frage Commerzbank – Deutsche Bank. Das ist ein Match Making made in Hell! Wie kann man auf den Gedanken kommen, die zwei größten Banken eines Landes zusammen zu schrauben, wo man

erst vor ein paar Jahren gelernt hat, dass „to big to fail“ keine gute Idee ist? Eine Bank zu produzieren, die auch noch „to big to save“ ist, weil sie so groß ist, dass man sie nicht mehr retten kann – und dann auch noch zu versuchen, dies gegen das Management durchzusetzen! Es entzieht sich meiner Phantasie, wie Politik so etwas bei klarem Verstand in Angriff nehmen kann! Ich darf noch einen kleinen Hinweis geben: Vor sechs Wochen habe ich bei Tichy dazu einen kleinen Artikel veröffentlicht. Da war das Thema noch nicht in aller Munde, aber ich hatte erste Gerüchte aus Berlin vernommen und habe schon gegen diese Fusion gewettert, Sie finden es bei Tichys Einblick unter dem Titel „Die Frankensche Die Frankenstein Bank“.

Beitrag
Über 30 Jahre bin ich Fachverkäufer für Lebensversicherungen gewesen. Seit fünf Jahren denke ich anders darüber, denn nachdem ich mit der AfD in Kontakt gekommen bin, habe ich intensiv im Internet recherchiert. Zum Thema Lebensversicherung gibt es einen § 314 im Versicherungsaufsichtsgesetz, der den § 89 abgelöst hat. Darin gibt es einen Hinweis bezüglich der Zahlungsunfähigkeit, wenn ein Versicherungsunternehmen in Schwierigkeiten gerät. Ihren Ausführungen kann ich entnehmen, dass solche Probleme in gar nicht mehr so langer Zeit zu erwarten sind. Sie sagten, bis auf eine Gesellschaft seien sie alle pleite. Der § 314 sagt: Sollte ein Unternehmen in Schieflage geraten, kann es die Leistungen reduzieren, im schlimmsten Fall sogar ganz einstellen, aber – und jetzt halten Sie sich bitte fest, das gilt für alle Lebensversicherungen nach deutschem Recht – die Pflicht zur Zahlung der Beiträge bleibt davon unberührt! Das heißt, Sie bekommen keine oder weniger Leistung und dürfen trotzdem Ihre Beiträge weiter entrichten. Bei fondsgebundenen Versicherungen ist das eingezahlte Geld kein Sondervermögen, so wie es häufig von den Versicherungsvertretern als Verkaufsargument gesagt wird. Es ist kein Vertrag, wie Sie ihn mit einer Investmentfirma abschließen. Bei der Allianz, der Pfefferminzia, der Apfelsinia fällt das Eingezahlte mit in das Unternehmensvermögen, und bei einer Unternehmenspleite ist das Geld weg!

Krall
Kurze knackige Antwort: Dem stimme ich zu! Das widerspricht nicht dem, was ich ausgeführt habe.

Veranstalter
Vielen Dank, Herr Dr. Krall: Sie haben noch nicht über den Brexit gesprochen, was überhaupt der Brexit möglicherweise für England bedeutet, und darüber, wie der Finanzplatz London im Vergleich zu Frankfurt dasteht. Ich glaube, das zu beantworten ist wichtiger, als weitere Detailfragen zu klären.

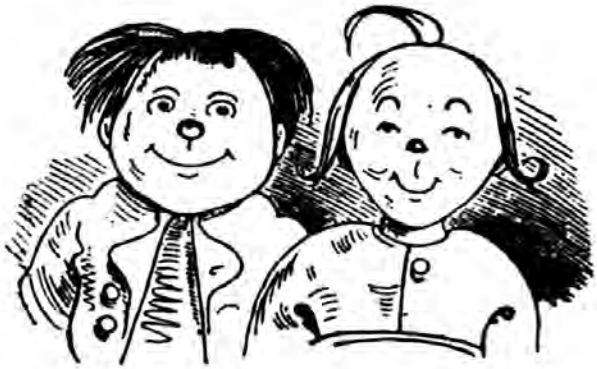
Krall
Ja, da der Brexit auf seinen politischen und kontroversen Höhepunkt zuläuft, kann ich dazu gerne was sagen. Ich habe in diesem Zusammenhang seit den letzten zwei Jahren sehr enge Kontakte in die britische Politik und habe eine große Sympathie für die Entscheidung der Briten auszusteigen aus dem ganz einfachen Grund. Die Europäische Union ist die Verkörperung bürokratischer Hybris geworden, und die widerspricht allen freiheitlichen Traditionen, die kein Land in Europa so stark gelebt hat wie Großbritannien. Großbritannien war immer eine Handelsnation, die sich nach außen gerichtet und geöffnet hat, während die Europäische Union sich immer mehr nach innen richtet und mit sich selbst beschäftigt. Insofern hat es mich nicht überrascht, dass die Brexit-Befürworter die Mehrheit bekommen haben. Es war allerdings auch klar, dass die Europäische Union versuchen würde, an Großbritannien ein Exempel zu statuieren, und so hat man die Verhandlungen geführt. Man hat sie in jeder Hinsicht mit bösem Willen geführt. Es gibt dazu eine Menge Zitate, aber eines war besonders süffig, das hat Herr Donald Tusk einmal gesagt, wie man nachlesen kann: Auf die Aussage der britischen Premierministerin May, dass Großbritannien auch nach dem Brexit Europas bester Freund und Partner bleiben wolle, war die Antwort von Herrn Tusk: „Es tut mir leid, aber das ist nicht das, was wir wollen.“ Das Zitat ist nicht interpretierbar und nicht interpretationsbedürftig. Man hat also die ganzen Verhandlungen so geführt, dass sie zwangsweise in die Sackgasse führten. Ich habe mir vor zweieinhalb Jahren, vor den Verhandlungen in Berlin, von einem Staatssekretär auf einer Sitzung einer Wirtschaftsorganisation, in deren Senat ich Mitglied bin, angehört, dass man genau das vorhatte. Ich habe ihn zur Rede gestellt und vor der dort versammelten Finanzelite dieser schönen Republik gesagt: „Sind Sie sich darüber im Klaren, dass Sie alle Beteiligten in ein Gefangendilemma führen werden?“ Seine Antwort war: „Das haben wir so noch gar nicht be-

trachtet“, aber widersprochen hat er mir nicht. So haben wir jetzt das Ergebnis, das wir sehen, und man hat auch beobachten können, wie Brüssel einen Teil der politischen Elite Englands als fünfte Kolonne benutzt und missbraucht hat. Nämlich alle die, welche aus Brüssel eine Pension beziehen – Sie wären überrascht, wie viele es im britischen Parlament sind. Ein guter Freund von mir, Abgeordneter im House of Lords, auf dessen Einladung hin ich vor eineinhalb Jahren im House auf Lords sprechen durfte, nennt sie „das europäische Mandarinat“, und so argumentieren sie auch. Es ist spektakulär, wie man mit Hilfe dieser fünften Kolonne versucht hat, den erklärten Volkswillen des britischen Volkes auszuhebeln. Ich gehe allerdings davon aus, dass wir mit einiger Wahrscheinlichkeit jetzt auf einen angeblich ungeordneten, aber in Wahrheit wunderbar geordneten Brexit zusteuern. Es gibt auch keinen No-Deal-Brexit, das ist ein Orwellsches Sprachkonstrukt, eine Verzerrung der Wahrheit, dass ein No-Deal oder ein ungeordneter No-Deal drohe. Was allenfalls passieren kann, ist ein WTO Deal, also ein World Trade Organisation Deal, denn wenn Großbritannien ohne Vertrag ausscheidet, dann greifen automatisch die Regeln der WTO. Das Ergebnis ist dann, dass Großbritannien auf der gleichen Basis mit Europa Handel treibt, wie 90 Prozent aller anderen Länder untereinander Handel betreiben. Und wie 90 Prozent des Welthandels auch so abgewickelt werden, ohne dass es zu Engpässen bei der Versorgung kommt. Ohne dass angeblich Flugzeuge am Boden bleiben. Ohne dass sich eine Super Gonorrhoe in Europa ausbreitet – auch das hat man als Argument angeführt, das muss man sich mal vorstellen. Nichts dergleichen wird passieren!

Dann gab es auch noch die grandiose Vorstellung, die selbsterhöhende Idee, dass der Brexit zu einer riesigen Abwanderung der Banken nach Kontinental-Europa führen werde. Dabei hat man sich nicht so richtig klargemacht, was der Schwanz und was der Hund ist.

Nur um Ihnen da eine Größenordnung vor Augen zu führen: In Frankfurt gibt es inklusive der Angestellten der EZB und der Bankenaufsicht, die dort auf 10.000 Personen kommen, 40.000 Menschen im Finanzsektor. In London sind 600.000 Menschen im Finanzsektor beschäftigt. Von denen sind wenige Hundert im Zuge des Brexit nach Frankfurt gekommen. Man hat für sie kleine Büros gemietet und eine Lizenz beantragt. Die Operations macht man selbstverständlich weiterhin in London. Denn alle Banker wollen natürlich in London bleiben. Also

diese ganze Vorstellung, Europa werde das neue Finanzzentrum, ist völlig absurd. Und wenn man in Europa einen funktionierenden Kapitalmarkt installieren will, den man irgendwann nach der Katastrophe auch brauchen wird, dann tut man gut daran, die Engländer nicht davon auszuschließen, sonst hat man noch nicht einmal das Know-how und das Personal, mit dem man das überhaupt in Angriff nehmen kann.



Max und Moritz nachdem sie den Euro erfunden hatten

Aussprache II

Frage

Herr Kraus, können Sie ein griffiges Beispiel dafür geben, weshalb heutige Lehrmethoden zu Lasten der Schwachen gehen?

Kraus

Ich nenne Ihnen zwei Beispiele, die zeigen, warum es zu Lasten der Schwächsten geht, die letztendlich dann auch zeigen, dass wenn es zu Gunsten der Schwächsten ausgehen soll, dies nur auf unterstem Anspruchsniveau möglich ist.

1. Die Rechtschreibreform: Eltern, die Wert darauf legen, dass ihre Kinder differenziert schreiben, unterscheiden können zwischen Zusammen- und Getrenntschreibung, die Kommasetzung richtig zu beherrschen, Komma vor dem erweiterten Infinitiv, Komma vor einer Partizipialkonstruktion, was vorher ja nicht verlangt wurde – die Eltern, die das draufhaben, die bildungsnahen, die bringen es Ihren Kindern bei, während die Eltern aus bildungsferneren, einfacheren Schichten dazu nicht in der Lage sind. Es geht also zu Lasten der Schwächsten.

2. Nun ein völlig anderes Beispiel aus dem Bereich der Unterrichtsmethodik. Dieses sogenannte schülerzentrierte Arbeiten im Unterricht führt dazu, dass eher die Kinder bildungsbeflissener Eltern dort den Hauptgewinn haben, während die anderen dort einfach nur mitlaufen. Schauen Sie sich doch mal eine Gruppenarbeit im Unterricht an. Die Schwächeren laufen zwar mit, entwickeln aber selbst nichts.

Ein besonderes Kapitel ist die Einheitsschule, die Gesamtschule: Dort geschieht letztendlich eine Niveauabsenkung für alle, mit der Folge, dass danach alle, natürlich auch die Schwächeren, Anschlussprobleme in der Hochschule haben. Kompensiert wird das durch Eltern, die das Geld haben, ihren Kindern Nachhilfe geben zu lassen.

Veranstalter

Eine Ergänzung aus meiner Erfahrung: 1955 habe ich an einem Gymnasium Abitur gemacht. In meiner Klasse waren zumeist Kinder von Handwerkern. Die hatten die gleichen Chancen wie Kinder von Akademikern. Da brauchten die Eltern nicht nachzuhelfen. Private Schulen galten eher als „Pressen“ (zum Abitur) für die, welche es in einer guten öffentlichen Schule nicht schafften. Heute ist es ja

wohl so, dass Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder lieber in die besseren privaten Schulen schicken. Das treibt einen Keil in die Gesellschaft.

Kraus
Ja, das spaltet die Gesellschaft. Dass wir einen deutlichen Zuwachs an privaten Schulen haben, ist ein Stück soziale Selektivität. Ich möchte nicht wie ein Sozialist daherreden, aber es hat natürlich auch damit zu tun, dass diese Schulen in privater Trägerschaft einen ganz niedrigen Migrantenanteil haben. Das sagt natürlich keiner laut, dass auch dies das Motiv ist, private Schulen zu wählen.

Frage
Herr Dr. Roewer, Sie haben darauf hingewiesen, dass durch die Bundesregierung ständig Rechtsbruch stattfindet. Das wird nicht nur von Ihnen so behauptet, das ist mittlerweile Allgemeinwissen. Sie haben dann postuliert, die Verantwortlichen gehörten vor ein Gericht gestellt. Da stimmt ihnen sicher auch jeder zu. Man fragt sich jetzt nur, warum geschieht das nicht? Sie haben auch gesagt, die Justiz sei von Parteien unterwandert oder sehr stark beeinflusst. Halten sie es auch für möglich, dass auf Gerichte richtiggehend Druck aus der Politik ausgeübt wird? Ich denke da an einen Prozess in München, den vielleicht jeder noch in Erinnerung hat. Da hat der damalige Bundespräsident von Anfang an, schon bevor der Prozess losging, seine Erwartung in das Urteil geäußert.

Roewer
Es wäre naiv anzunehmen, dass die Politik nicht auf die Richterschaft einwirkt. Das tut sie schon dann, wenn bestimmte Richterposten durch politische Gremien im Wahlverfahren besetzt werden. Das schlimmste Beispiel für mich ist die Besetzung des Bundesverfassungsgerichts, die in Kungelrunden bestimmt wird. Da spielen die Parteizugehörigkeit und die politische Akzeptanz eines Kandidaten für einen höchsten Richterposten die entscheidende Rolle. Das hat mit der vom Grundgesetz vorgesehenen Funktion des Verfassungsgerichts als dem obersten Hüter der Einhaltung der Verfassung absolut nichts zu tun.
In Bezug auf den NSU-Prozess, den Sie wahrscheinlich ansprechen, kann ich das nicht sagen. Als der Prozess anfing, habe ich prognostiziert,

dass die [Angeklagte Beate] Tschäpe, wenn sie sich denn irgendwie einlassen würde, lebenslang bekäme, und das ist ja auch eingetreten. Ob da politischer Druck ausgeübt worden ist, weiß ich nicht, weil ich mich auch bewusst nicht um dieses Verfahren gekümmert habe. Ich war ja als Zeuge in der Bundesanwaltschaft vorgeladen worden, und da hat man dann festgestellt, dass ich kein guter Zeuge sei. Deswegen bin ich dann auch im Gerichtsverfahren nicht als Zeuge geladen worden. Ich hätte auch nichts Vernünftiges sagen können, weil ich die Personen, um die es da ging, überhaupt nicht kannte – im Gegensatz zur Presseberichterstattung über mich, die bis zur Tatbeteiligung alles mögliche behauptet hat. Dazu wurde dann erheiternder Weise meine Dienstzeit, die ja in Wirklichkeit im Jahr 2000 zu Ende war, in spätere Jahre verlegt. Ich war in der Presseberichterstattung weiterbefördert worden, war darin noch Beamter, obwohl ich es schon lange nicht mehr war. Sonst hätte eine Tatbeteiligung mit solch entsetzlichen Leuten ja nicht zusammengepasst.
Im Übrigen, wenn Sie das auch noch hören wollen, bin ich der Meinung, dass die Taten nicht nachgewiesen worden sind und ein äußerst fragwürdiges Urteil gesprochen worden ist.

Veranstalter
Wie kann man sich denn eine andere Art der Wahl von Verfassungsrichtern oder Bundesrichtern vorstellen? Im Kaiserreich hat Bismarck den hervorragenden Juristen und Mann von gesamtdeutscher Bedeutung, Eduard Simson, später von Simson, zum ersten Präsidenten des Reichsgerichtshofes in Leipzig gemacht. Da war auch fachliche Qualität entscheidend.

Roewer
Es wäre nach meiner Meinung schon viel gewonnen, wenn die Kandidaten des Bundesverfassungsgerichts viele Jahre, bevor sie gewählt werden, parteilos wären. Das würde einiges beitragen, um die Sache etwas sachlich nüchterner zu gestalten; das gilt auch für die anderen Bundesrichter. Ich habe auch einmal für eine Liste für eine Wahl zum Bundesrichter am Bundesverwaltungsgericht angestanden. Dann habe ich mich mit Bekannten getroffen, die Richter am Bundesverwaltungsgericht waren. Nach dem, was ich von ihnen erfuhr, habe ich dafür gesorgt, dass ich nicht mehr in Frage kam. Die Masse der Kandidaten

auf dieser Liste war parteipolitisch bestimmt. Das hatte mich immer schon gestört.

Kraus
Ich darf ein Beispiel anfügen, um zu bestätigen, was Sie gesagt haben. Es kommt vor allem auf eine qualifizierte Besetzung an. Sie erinnern sich alle an das Urteil von Karlsruhe über das dritte Geschlecht. Der Entwurf für dieses Urteil wurde von einer Frau, einer Verfassungsrichterin namens Susanne Baer, konzipiert. Und welchen beruflichen Hintergrund hatte diese Frau Susanne Baer? Sie war bis zu ihrer Berufung von 2003 bis 2010 Leiterin des Genderkompetenzzentrums der Humboldtuniversität Berlin. Noch Fragen?

Frage
..., ich war Gründungsmitglied der Grünen in Bremen. Ich frage die Vortragenden: Ist es nicht wichtig, dass wir hier in Deutschland eine neue Erzählung brauchen, welche die ganze Geschichte unseres Vaterlandes so einbezieht, dass dieser Schuldkult restlos verschwindet? Ich war dreimal in Bretzenheim (Rheinwiesenlager) und habe dort gesprochen und bin jetzt gebeten worden, dort eine Andacht zu halten. Wenn ich mich hier umgucke, sehe ich kaum jemanden, der auch in Bretzenheim war. Wie wäre es, wenn alle, die hier sitzen, nach Bretzenheim kämen und wir dann zu Fünftausend dort demonstrierten? Würde sich dann nicht das Klima in Deutschland grundsätzlich ändern?

Roewer
Also gut, ich fange mal mit der Geschichte Deutschlands an. Ich bin ein Vertreter der Auffassung, dass die deutsche Geschichte möglichst komplett erzählt werden muss. Ich habe sehr viel daraus gelernt, dass ich in den letzten 10 -12 Jahren aus den umliegenden und den amerikanischen Ländern Deutschland von außen betrachtet und mir angeguckt habe, wie die dortige nationale Geschichtsschreibung aussieht. In diesem Zusammenhang ist mir aufgefallen – das war außerordentlich wohltuend –, dass Deutschland eine eher kleine Rolle spielt. Alle Ansätze, die in Deutschland gepflegt werden, haben etwas Gartenzwerghaftes: Dass der große gewaltige Führer in der berühmten NS-Zeit sozusagen die Welt bestimmt habe, das ist die deutsche Gartenzwergsicht. Andere

Länder sehen das total anders. Wenn Hitler dabei vorkommt, dann kommt er sozusagen als „ferner liefen“ vor. Das hat mich auch darüber belehrt, dass, wenn wir Deutschen Nationalgeschichte schreiben, mit Hilfe dieser fremden Sicht die Kirche wieder ins Dorf rücken können.

Kraus

Auch von meiner Seite ein paar Sätze dazu. Wir sind im Grunde genommen – nicht was die Bevölkerung betrifft, sondern unsere sogenannten medialen und politischen Eliten – verurteilt, ein neurotisches Volk zu sein. Neurotisch ist ein Mensch, wenn er keine Identität hat oder seine Identität verleugnet. Manchmal habe ich den Eindruck, wieder von gewissen Eliten in Anführungszeichen verordnet, dass typisch deutsch sein soll, nicht typisch deutsch sein zu wollen. Das beginnt mit der Verachtung unserer Symbole. Sie erinnern sich an den Wahlabend im September 2013, als eine Kanzlerin dem damaligen Generalsekretär Gröhe das Deutschlandfähnchen aus der Hand gerissen hat. Das setzt sich fort in der Weigerung, der deutschen Sprache Verfassungsrang zu geben. Es gab übrigens drei Parteitagsbeschlüsse der CDU, mit über 90 % gegen den Willen der Parteivorsitzenden verabschiedet, als Absatz 3 des Artikel 22 (nach Absatz 2: Bundesflagge), die sechs Wörter einzufügen: „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch.“ In allen Ländern, in denen deutsch gesprochen wird, Italien, sprich Südtirol, Österreich, Schweiz, Belgien mit einer deutschsprachigen Minderheit, hat die deutsche Sprache Verfassungsrang, bei uns nicht. Übrigens war ein entschiedener Befürworter dieser Regelung der zweite Mann im Staate, Bundestagspräsident Norbert Lammert. Das Vorhaben ist gescheitert an der Kanzlerin. Und jetzt ist folgendes passiert: Vor wenigen Wochen hat die AfD-Fraktion im Bundestag den Antrag eingebracht, in Absatz 3 Artikel 22 genau das hineineinzuschreiben: „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch.“ Als Begründung haben sie die Original-Passagen aus dem CDU Parteitagsbeschuss angegeben. Und was tut die CDU/CSU -Fraktion? Sie stimmt dagegen, lässt eine Rednerin auftreten, die die AfDler geißelt wegen Nationalismus und Zwangsgermanisierung usw., usw.

Der Verlust der Selbstachtung ist der Beginn der Dekadenz, und ich habe den Eindruck, dass wir davon betroffen sind. Ich plädiere schon immer bei geeigneten Gelegenheiten wie dem 3. Oktober usw. dafür, dass wir uns endlich eines aufgeklärten Patriotismus befleißigen. Patri-

otismus lässt sich eindeutig von Nationalismus trennen. Nationalismus ist Selbstüberhebung, die bis zum Hass auf andere gehen kann, Patriotismus ist Liebe zum Eigenen und Achtung des Anderen. Verdammt nochmal, warum kriegen wir das nicht wieder hin?

Beitrag

In der Zeit, in der ich noch zur Schule gegangen bin, wurde noch auswendig gelernt. Ein reaktivierter Oberstudienrat forderte von uns in Wolfenbüttel am Rosenwall, alles Mögliche auswendig zu lernen. Was sich bei mir besonders eingeprägt hat, war von George Bernard Shaw: „Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen." Nun gehen wir mal davon aus, dass all ihre Appelle wohlwollend aufgenommen werden, dass wir uns darum bemühen, bei den Eltern und allen anderen aufzuklären etc., so werden wir doch überhaupt nichts wenden. Wer mir das nicht abnimmt, möge bitte das letzte Deutschland-Journal lesen. Da haben Willi Wimmer und General Uhle-Wettler etwas über die Politik der Siegermächte des ersten, als auch des zweiten Weltkriegs geschrieben: Es liegt nicht im Interesse der Amerikaner, dass sich in Deutschland irgendetwas verbessert, auch nicht im Interesse der Franzosen, vielleicht aber inzwischen der Briten. Also, selbst wenn wir diese Regierung wegfegen, werden im nächsten Schritt die Amerikaner dafür sorgen, dass die Ziele, die in diesen Aufsätzen beschrieben worden sind, verwirklicht werden. Wir werden nicht mehr frei entscheiden können im Sinne des Zitats von George Bernard Shaw.

Frage

Zum Schulsystem in der ehemaligen DDR gibt es die These: Die 68er haben es ruiniert, aber in Sachsen und in Thüringen, wo keine 68er Berater gewirkt haben, da waren sie plötzlich bei PISA an der Spitze. Was halten Sie davon?

Ein Zweites: Ich komme von dort und habe da auch Abitur und Berufsausbildung gemacht. Zu jedem Klassentreffen, zu dem ich fahre, fragt man: „Warum wollen die Leute im Westen 13 Jahre in die Schule gehen?" Jetzt kommt der Witz – ein Dauerbrenner: „Die gehen 12 Jahre in die Schule und ein Jahr haben sie Schauspielunterricht." Das heißt, der Wessi lernt sich besser darzustellen. Was halten Sie, Herr Kraus, von den 12. oder 13. Jahren?

Josef Kraus und Helmut Roewer

Kraus

Zunächst, warum die Schüler in Sachsen und Thüringen so gut abgeschnitten haben. Bei Thüringen mache ich mittlerweile einen Abstrich seit dem Wechsel zur Rot-Rot-Grün. Das hat nichts mit DDR-Tradition zu tun. Und warum die anderen neuen Länder – Mitteldeutschland, darf man ja fast nicht mehr sagen – schlechter abgeschnitten haben, Brandenburg allen voran, das hat folgenden Grund: Während Thüringen und Sachsen sich nach der Vereinigung eher an Baden-Württemberg und Bayern orientiert haben, sind in Brandenburg die Gesamtschulpropheten aus Nordrhein-Westfalen einmarschiert. Mehr will ich zu dem Thema gar nicht sagen.

Zwölf oder dreizehn Jahre. Ich habe als Gymnasialdirektor 22 Abitur-Jahrgänge entlassen, 17 mit G9 und 5 mit G8. Es ist schon ein Unterschied zwischen beiden, im Wissen, im Niveau und vor allem in der sozialen Reife. Bei 17/18-Jährigen ist ein Jahr eine ganze Menge. Bei uns beiden macht ein Jahr Unterschied nichts. Ich bekomme es immer wieder vorgehalten: Das ist doch eine große Errungenschaft der DDR, die 12 Jahre bis zum Abitur. Wieso haben wir die nicht mit der Vereinigung deutschlandweit übernommen? Dazu sage ich: Tut mir leid, das ist historisch nicht richtig. Wissen Sie, wer die verkürzte Gymnasialzeit eingeführt hat? Es war Bernhard Rust 1937/1938, der für die Vergrößerung der Wehrmacht zwei Abiturjahrgänge bzw. Offizierjahrgänge gewinnen wollte. Also, es war keine Errungenschaft der DDR. Dann

müssen Sie auch noch dies bedenken: In der DDR haben die 12 Jahre zum Studium einigermaßen ausgereicht, weil es dort eine Abiturquote von 8% gab und nicht wie in Westdeutschland eine von 45%!

Veranstalter
Herr Dr. Roewer, wollen Sie zum Schluss noch etwas sagen?

Roewer
Ja, vielleicht noch etwas zur Frage des Alters. Ich bin älter als mein Konredner. Dass ich jünger aussehe als er, liegt an der Wahrheitsplattform Wikipedia, die das vertritt, aber ich kann dagegen nichts machen, denn auf meinen Versuch einer Korrektur wurde mitgeteilt, dass Eigenangaben nicht angenommen würden, und die Daten aus einer sicheren Quelle, dem SPIEGEL, stammten.

Kraus
Zum Schluss darf ich noch einmal Mut machen. Obschon man uns Deutschen ja nachsagt, das Rebellische, Revolutionäre liege nicht in unseren Genen, gab es zwei bildungspolitische Revolten: Eine 1979 in Nordrhein-Westfalen gegen die „Kooperative Gesamtschule"; da gab es ein Bürgerbegehren, worauf die SPD eingeknickt ist, weil sie wusste: da kommen weit über eine Million Unterschriften zusammen, und dann verlieren wir. Die zweite gab es 2011 in Hamburg gegen die Verlängerung der Grundschule von vier auf sechs Jahre. Da hat sich eine bürgerliche Koalition außerhalb der CDU zusammengetan, angeführt vom Rechtsanwalt Scheuerl, und hat ein schwarz-grünes Schulgesetz vom Tisch gewischt! Da hat es im kühl hanseatischen Hamburg eine Revolte gegeben, und so etwas wünsche ich mir jedes Jahr irgendwo in Deutschland. Es geht!

Veranstalter
Danke, das war ein sehr gutes Wort zum Abschluss. Das macht Mut. Ich hoffe, wir haben Ihnen auch Mut gemacht, in Ihren Kreisen Stellung zu beziehen. Ich bedanke mich für Ihre aktive und auch disziplinierte Teilnahme, Sie erlaubt mir, Sie jetzt fast pünktlich um 16 Uhr zum Ausklang bei Sekt und Brezeln zu bitten. Auf Wiedersehen im nächsten Jahr!

„Für eine Bundeswehr-Reform an Haupt und Gliedern“

Interview mit den Sicherheitsexperten Rüdiger Lucassen und Jens Kestner

70 Jahre Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutschland. Im 1955 ergänzten GG Artikel 87A heißt es: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.“

Das klingt nach verfassungsgemäßer Realpolitik. Denn: Jeder Staat braucht und unterhält zur Sicherheit seiner Bevölkerung sowie zum Schutz seines Staatsgebietes vor äußerer militärischer Aggression eine Armee zur Verteidigung. „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen!“ lautete einst die auch von der Bundeswehr mit Erfolg getragene Devise innerhalb der NATO zu Zeiten des Kalten Krieges. Doch seit der Auflösung des Warschauer Pakts im Gefolge der Friedlichen Revolution von 1989 ging es mit unseren Streitkräften rasant bergab. Sie sind chronisch unterfinanziert, schlecht geführt und inzwischen sogar unfähig zur Bündnis- und Landesverteidigung. Wie es dazu kommen konnte und was zwei Vertreter der größten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag dazu zu sagen haben, hat Bernd Kallina mit Rüdiger Lucassen, Verteidigungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, und mit Jens Kestner, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages, im folgenden Interview beleuchtet.

In den jährlichen Berichten des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages ist immer wieder die Rede von einer zu geringen Zahl einsatzfähiger Panzer, von fluguntauglichen Flugzeugen, von einer stillgelegten U-Boot-Flotte oder vom maroden Zustand vieler Kasernen. Herr Lucassen, wer trägt dafür die Verantwortung?

Lucassen: Die Verantwortung für diese unhaltbaren Zustände trägt die amtierende Verteidigungsministerin, die immerhin jetzt schon fast fünfeinhalb Jahre das Amt innehat. Und der Grund ist eigentlich relativ einfach, wenn auch kaum zu glauben: Frau von der Leyen versteht das System Bundeswehr nicht. Sie wollte, als sie antrat, die Streitkräfte wie einen Konzern führen. Das geht aber nicht. Streitkräfte haben eine Seele. Soldaten verpflichten sich zum Treue-Eid. Sie sind bereit, ihr Leben für unser Land einzusetzen. Das verlangt eine besondere Form der Ethik, die nicht vergleichbar mit der von Arbeitnehmern eines Industriekonzerns oder eines sonstigen Unternehmens ist. Frau von der Leyen hat das nie verstanden und somit auch nicht das Vertrauen der Soldaten und Mitarbeiter in der Bundeswehr gewinnen können. Sie hat die Bundeswehr heruntergewirtschaftet und das Resultat liegt jetzt in seinem desaströsen Ausmaß vor.

Frau von der Leyen versteht das System Streitkräfte nicht

General Erich Vad, der frühere Berater der CDU-Bundeskanzlerin in Sicherheits- uns Verteidigungsfragen, charakterisierte die ständigen Reformen der Bundeswehr seit 1990 dahingehend, dass sie nicht das Ziel verfolgten, unsere Armee besser oder effektiver zu machen, sondern einfach nur billiger. Ist auch hier der Hase begraben?

Lucassen: Sicherlich. Der Fehler liegt darin, dass man mit einer solchen Einschätzung nicht die äußere Sicherheit eines Landes garantieren kann. Die vermeintliche Friedensdividende nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks und deren Folgen entsprangen bei unseren Altparteien einem kurzfristigen Denken. Das Unterhalten von Streitkräften ist aber eine strategische Vorsorgemaßnahme, um für einen Spannungs-, Krisen oder gar einen Kriegsfall gerüstet zu sein. Ihr

Aufbau dauert mindestens zehn bis zwanzig Jahre. Die Einbeziehung von Großwaffen-Systemen würde sogar die Zeitstrecke noch weiter verlängern. All das sind existentiell notwendige Vorsorgemaßnahmen, die die Bundesregierung nicht getroffen hat. Das ist allerdings auch kein Wunder, denn die Bundesregierungen haben seit langem, spätesten seit Merkel 2005, keinen sicherheitspolitischen Kompass mehr, aus dem sich dann ableiten ließe, was an sicherheitspolitischen Notwendigkeiten, d.h. an Streitkräften, überhaupt erforderlich wäre.

Was Michael Stürmer anlässlich des 70. Geburtstages der NATO zu der Feststellung brachte: „Wir sind nicht bündnisfähig". Tenor: Nicht Donalds Trump gefährde das jahrzehntelang erfolgreiche Militärbündnis, sondern die Europäer und an erster Stelle die deutsche Bundesregierung. Stimmen Sie zu?

Lucassen: Gewiß! Und Trump wiederholt ja auch nur eine Forderung, wenn es um die Einhaltung des Wehretats geht, zu der sich die NATO-Bündnispartner selbst verpflichtet haben. Und dass unsere Bundeswehr nicht bündnisfähig ist, das beweist allein die Tatsache, dass wir unseren Teil für die schnellen Reaktionskräfte der NATO in Form einer Brigade für die Jahre 2020/23 weder materiell noch personell leisten können, ohne auf Ressourcen des Grundbetriebs zurückzugreifen.

Die stärkste Wirtschaftsmacht in Europa verweigert also ihre NATO-Zusagen nach dem Zwei-Prozent-Ziel Verteidigungsetat vom Bruttoinlandsprodukt. Worauf führen Sie das zurück?

Lucassen: Auch das hängt mit dem fehlenden sicherheitspolitischen Kompass dieser Bundesregierung zusammen. Und mit dem Druck, dem sie sich ausgesetzt sieht, gegebenenfalls auch mit den Grünen zu koalieren, deren militärischer Sachverstand gegen Null tendiert. All das hindert sie an der Umsetzung des selbst erklärten und unterschriebenen NATO-Zieles von Wales aus dem Jahre 2014, nämlich zwei Prozent vom Brutto-Inlandsprodukt für Verteidigung auszugeben.

Auch behindern Regierungs-Entscheidungen unseren Waffenexport im Rahmen der europäischen Rüstungs- und Technologiepolitik. Jüngst auffällig geworden in der deutsch-französischen Rüstungs-

Rüdiger Lucassen, Verteidigungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion.

kooperation. Herrscht hier seitens der Bundesregierung wieder einmal mehr Moral- statt Realpolitik vor?

Lucassen: Ich würde hier sogar von hypermoralisierender Politik sprechen, die diesen wichtigen Faktor für unsere Industrie lähmt, besonders im Bereich der Wehrtechnik. Für die AfD ist klar, dass Waffenexporte an Krieg führende Länder abzulehnen sind. Auf der anderen Seite aber wollen wir eine Liberalisierung des Rüstungsexports. Denn, wenn wir auf der einen Seite die nationalen Schlüsseltechnologien in der Wehrwirtschaft erhalten wollen, dann müssen wir auf der anderen Seite auch unseren Konzernen und dem Mittelstand in der Wehrtechnik Märkte und/oder Hilfen zu Märkten erschließen. Um ausreichend produzieren zu können, müssen wir es der Wehrwirtschaft großzügig ermöglichen, in Forschung und Technologie zu investieren. Das ist natürlich nicht ohne Risiko. Heute Waffenexporte frei zu geben an ein Land, das sich weder in einer Krise noch in einem Krieg befindet, kann natürlich nicht ausschließen, dass es in zehn Jahren anders aussieht. Siehe Türkei und die Lieferung von Leopard-Panzern Mitte der 90er Jahre. Nur: Dieses Risiko müssen wir eingehen, sonst können wir – um es einmal ganz burschikos zu sagen – unseren Laden gleich dicht machen.

Zu einem fiktiven Sonderaspekt von Rüstung: Der deutsche USA-Experte und Politikwissenschaftler, Professor Christian Hacke, hatte

letztes Jahr in einem Zeitungs-Beitrag die Option einer Nuklearbewaffnung der Bundeswehr ins Gespräch gebracht. Was halten Sie von dieser Überlegung?

Lucassen: Ich würde diese interessante Frage zweigeteilt beantworten. Wenn man sie rein theoretisch oder wissenschaftlich-philosophisch betrachtet, dann ist diese Überlegung richtig. Denn wenn wir ein dauerndes Defizit unserer Bundeswehr in der konventionellen Rüstung feststellen, wenn wir erkennen müssen, dass unsere Streitkräfte nicht zur Landesverteidigung befähigt sind und nachhaltig notwendige Beiträge im Bündnis schuldig bleiben, dann kann man natürlich zu der Überlegung kommen, dass dieses Defizit durch eine Nuklear-Bewaffnung teilweise kompensiert werden könnte. Praktisch stoßen wir da bei der momentanen Politik, die in Deutschland ausgeführt wird, an Grenzen. Die Qualität des Personalsbestands unserer Altparteien wäre schlicht total überfordert, eine derartige staatspolitische Groß-Operation für Deutschland auch nur ansatzweise umzusetzen. Da fehlen sämtliche Voraussetzungen. Denken Sie nur an den irrationalen Umgang mit der friedlichen Nutzung der Atomenergie, die weltweit bei uns zu den sichersten gehört bzw. gehörte.

Allein schon im konventionellen Rüstungsbereich gleicht die Bundeswehr seit Jahren einem Trümmerfeld der Unzulänglichkeiten. Wie ist unsere Armee auf dem Gefechtsfeld der modernen digitalen Informationskriegsführung aufgestellt, Stichwort „Cyber-War"?

Bei der Cyber-Verteidigung hat unsere Bundesregierung jahrelang geschlafen

Lucassen: Hier müssen wir feststellen, dass die Bundesregierung vor einigen Jahren sehr schnell in diese Thematik der Cyber-Verteidigung hineingegangen ist, weil sie vorher jahrelang geschlafen hat. Die Bedrohungen aus dem Netz waren aber nicht mehr zu übersehen. Man musste reagieren. In ihrer zuverlässigen Inkompetenz hat sie dann der Bundeswehr viele Aufgaben übertragen, die gar nicht in dieses Ressort des Verteidigungsministeriums gehören.

Wie meinen Sie das?

Lucassen: Die Bundeswehr hat mit Sicherheit einen originären Bedarf an der Befähigung zur modernen digitalen Info-Kriegsführung. Die muss sie auch haben, schon allein um in der Asymmetrie auf dem Gefechtsfeld – so wie wir es heute verzeichnen – bestehen zu können. Allerdings nicht nur im Kriegs- und Spannungsfall. Dazu müsste sie auch in Friedenzeiten zu Gegenmaßnahmen befähigt sein. Das ist aber mit den momentanen Parlamentsbeteiligungen unserer Gesetzeslage gar nicht zu machen. Also wäre eine Änderung dieses Gesetzes dazu erforderlich, um unsere Streitkräfte zur aktiven Cyber-Abwehr, also auch zu Gegenangriffen, zu befähigen.

Wäre sie denn heute dazu logistisch in der Lage?

Lucassen: Zurzeit sehe ich das nicht. Wenn wir uns die Zentren anschauen, und ich habe sie in meinem Wahlkreis Euskirchen besucht, kann ich nur sagen: Wir sind hier in einer Aufbauphase. Mit einfacher „Hausmannskost“ werden diverse Dienststellen gewarnt, wenn Cyber-Angriffe bevorstehen, allerdings erreicht die dabei verwendete Technologie noch nicht einmal den Stand, den große Konzerne zum Digitalschutz heute anwenden.

Themenwechsel: Brauchen wir eine vom Regierungs-Gespann Macron/Merkel und von der CDU-Vositzenden Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) geforderte Europa-Armee und was halten Sie in diesem Zusammenhang von der AKK-Idee, einen europäischen Flugzeugträger zu bauen?

(Herr Lucassen lacht) Also bitte, das Letzte vorweg: Die Idee der CDU-Vorsitzenden, einen europäischen Flugzeugträger zu bauen, kann nur ihrer totalen Unfähigkeit, in multilateralen Zusammenhängen denken zu können, entsprungen sein. Es ist ja vollkommen bar jeden Konzepts und jeder verteidigungspolitischen Notwendigkeit entsprungen. Also nur schlichter Populismus. Und hier sei auch noch angemerkt, dass die vorhandenen Flugzeugträger der Nationen in Europa nuklear angetrieben werden, und damit sind wir wieder bei dem Thema: Wie würde unsere Bundesregierung es umsetzen können mit ihrer Politik, wie wir sie leider seit vielen Jahren kennen, einen vergleichbaren Flugzeugträger mit Frankreich dann auf Kiel zu legen. Kurzum: Völlig undenkbar!

Was das Thema „Europa-Armee“ anbetrifft: Das lehnen wir als AfD eindeutig ab. Streitkräfte haben einen hoheitlichen Auftrag und sind durch die jeweiligen Nationalstaaten zu führen und natürlich auch zu unterhalten. Ich setze mich aber für eine Standardisierung von Kommandostrukturen der NATO in Europa ein.

Zum jüngsten Bundestags-Untersuchungsausschuss in der Causa von der Leyen. Welche Aufklärungsschwerpunkte sehen Sie? Was wollen Sie als Verteidigungspolitische Sprecher der AfD vor allem wissen?

Lucassen: Für die AfD sind die Aufklärungsschwerpunkte vor allem die Vergabeverfahren bei externer Rechts- und Unternehmensberatung im Bundesverteidigungsministerium (BMVg). Ich selbst setze dabei den Schwerpunkt auf die Ausschreibung im Zusammenhang mit der Privatisierung der Hill-Werke. Ich will wissen, warum die Leitung des BMVg das normale Verfahren übersteuert hat und an der Hill-GmbH vorbei die Untersuchung und die Vergabe zur Privatisierung der Hill-Werke eingeleitet hat. Wenn das nämlich nachgewiesen werden kann – und ich gehe davon aus, dass es zu beweisen ist –, dann ist das ein klarer Beleg dafür, dass das System von der Leyen, das BMVg wie ein Konzern zu führen und per „Ordre de Mufti“ Dinge umzusetzen, nicht funktioniert. Und letztlich auch zum Fehlverhalten von hohen Beamten und Offizieren beigetragen hat, vorbei an den normalen Regeln, die bisher in allen Ministerien galten und gelten sollten.

Die generelle AfD-Position in den Bereichen Bundeswehr und Verteidigung lautet ganz offenkundig: Wir brauchen eine Reform an Haupt und Gliedern. Etwa im Sinne der großen preußischen Armeereformer Gerhard von Scharnhorst und August Neidhard von Gneisenau?

Lucassen: Natürlich denken wir bei den notwendigen Reformen traditionsgemäß an unsere großen Persönlichkeiten, die Heeresreformer wie Scharnhorst und Gneisenau. Ich möchte aber zusätzlich an einen Schüler von Scharnhorst in diesem Zusammenhang erinnern, an Carl von Clausewitz, der das berühmte Werk „Vom Kriege“ geschrieben hat. Clausewitz zeigte in ihm vor allem jene Rangfolge deutlich auf, dass nämlich die Politik bestimmen muss, was militärisch umgesetzt

Der Reformgeist von Gerhard von Scharnhorst (li.) und August Neidhard Gneisenau (re.) sind heute wieder bei einer umfassenden Erneuerung der Bundeswehr erforderlich.

Quelle: wikipedia

werden soll. Und im Prinzip haben wir es ja auch in unserem vorbildlichen Grundgesetz so stehen, dass Stärke und Organisation sich aus dem Haushaltsplan ergeben müssen (Art. 87a, Absatz 1). Die Politik muss also bestimmen, was sie an Verteidigung will. Und dieser Wille fehlt seit den 1990er Jahren bei unseren Bundesregierungen vollkommen. Wir wissen doch gar nicht wirklich, ob wir zwei Prozent, also 70 oder 80 Milliarden Euro für das Verteidigungsressort brauchen oder ob vielleicht 44 Milliarden Euro reichen würden. Das wäre aber die Voraussetzung dafür, dass abgeleitete Konzepte und Strategien entstehen könnten. Doch dazu liefert auch und zuletzt die Berliner Groko nichts!

Angenommen, die AfD würde mittelfristig sich an einer Bundesregierung beteiligen und Sie würden das Amt des Verteidigungsministers bekleiden, Herr Lucassen: Mit welchen Sofortmaßnahmen würde die AfD die Reformmaßnahmen der Bundeswehr einleiten?

Lucassen: Neben einer straffenden Neuregelung der Verantwortlichkeiten unterhalb der Ebene des Verteidigungsministers, Stichwort „Dresdner Erlass“, geht es mir vor allem um die Wiedergewinnung des Selbstverständnisses des Soldaten, das ich zeitgemäß klar definieren und zu seiner Festigung in der Gesellschaft beitragen möchte. Da ist ja

in den letzten Jahren viel kaputt gemacht worden, was am eigentlichen Verständnis des Staatsbürgers in Uniform von heute auf morgen gar nicht so leicht wiederherzustellen sein wird. Es geht um das Wesen von Streitkräften. Da müssen wir ansetzen, um sowohl die Soldaten, als auch die Mitarbeiter in der Bundeswehr in den entsprechenden Motivationsstand zu versetzen. Das können wir, wenn es um Personal geht, nur erreichen, wenn wir wieder die Wehrpflicht einführen. Wahrscheinlich in einer veränderten Form, sie muss jedenfalls in die Gesellschaft integrierbar sein. Außerdem brauchen wir den Aufbau eines Reservistenkorps, was wir aber nur über den Wehrdienst organisieren können. Und als letztes nehme ich mir die Dauerbaustelle „Beschaffungs-Organisation" vor und werde die Bereiche Rüstung und Nutzung wieder trennen. Denn das Beschaffungsamt in Koblenz ist, seit es die „Nutzung" mit aufgeladen bekommen hat, total überfordert.

Herr Kestner, Sie besuchten unlängst die deutschen Truppen in Afghanistan. Mit welchem Eindruck kamen Sie zurück?

Kestner: Wenn ich mit dem Eindruck zurückgekommen wäre, den man mir dort offiziell vermitteln wollte, dann würde ich zu Ihnen jetzt sagen: Es ist alles in Ordnung, Deutschland wird erfolgreich am Hindukusch verteidigt. Aber das ist natürlich dummes Zeug. Nichts ist in Ordnung! Meine Wahrnehmung vor Ort war vielmehr, dass es dort im Lager Mascha el Sharif eine eingefrorene Bundeswehrtruppe gibt, die zwar gut gesichert ist, aber dass eine Bewegung im Raum nicht mehr stattfindet. Seit nunmehr 18 Jahren ist die Bundeswehr in Afghanistan; man wollte die Taliban bekämpfen und dort ein westliches Demokratiemodell etablieren. Beides ist fehlgeschlagen, und zwar total! Nach wie vor geben die Taliban die Schlagzahl vor, sie bestimmen, was im Land passiert, verüben Anschläge, und die Sicherheits- und Polizeikräfte reagieren nur. Weder zivil noch militärisch sind die Afghanen in der Lage, ihr Land zu verteidigen, geschweige denn zu kontrollieren. Gleichzeitig blüht der Drogenanbau, von dessen Gewinnen die Taliban und mittlerweile sogar der IS profitieren. Anstatt das totale Scheitern dieses Einsatzes zuzugestehen und unsere Truppen möglichst rasch abzuziehen, verlängert die Bundesregierung durch laufende Mandatsverlängerungen diesen Einsatz ins Endlose und täuscht die deutsche Bevölkerung mit immer denselben irreführenden Floskeln.

Sind Sie denn grundsätzlich gegen Auslandseinsätze? Bei denen in Afghanistan oder im afrikanischen Mali forderten Sie wiederholt den Abzug unserer Soldaten. Warum?

Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen unseren Interessen dienen

Kestner: Nicht jeder Auslandseinsatz ist grundsätzlich schlecht oder falsch. Aber die AfD hat eine klare Leitlinie für derartige Operationen. Der Einsatz muss im deutschen Interesse liegen und das ist in Afghanistan nicht der Fall. Ich kann da nur mit einer Retourkutsche auf die Parole des Ex-Verteidigungsministers Struck (SPD) antworten und sage ganz deutlich: Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt. Es gibt dort keine deutschen Interessen, die wir verteidigen, die wir zurückerobern, die wir sichern müssten. Ähnlich verhält es sich im Fall von Mali. Dort werden primär französische Interessen militärisch gesichert. Wer in Mali hinter die Kulissen schaut, kann schnell feststellen, dass sich vor Ort und im Nachbarland Niger Uranminen befinden. Und aus diesen beziehen die Franzosen rund 40 % dessen, was sie zum Betrieb ihrer Atomkraftwerke benötigen. Und ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Landesverteidigung beginnt mit dem Wehrmotiv und der Bereitschaft „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“, so heißt es im Feierlichen Gelöbnis unserer Soldaten. Angesichts welcher Bedrohung und warum sollten junge Leute in der Bundeswehr dienen?

Kestner: Mein Kollege Lucassen brachte es unter Bezug auf den großen deutschen Heeresreformer Scharnhorst schon auf den Punkt. Der treffliche Scharnhorstsatz lautet nämlich: „Alle Bürger eines Staates sind die geborenen Verteidiger desselben.“ Dazu brauchen wir ein neues Staats- und Nationalbewusstsein, das weitgehend verloren gegangen ist. Sie bilden jedoch die Voraussetzungen jeder Landesverteidigung. Scharnhorst’s Kernaussage sollte uns dabei leiten. Nicht gedrillte Söldnerheere, wie sie Preußen vor den Reformen hatte, und damit scheiterte, sind der Schlüssel zur notwendigen und erfolgreichen Lan-

Unser DJ-Interviewpartner Jens Kestner, AfD-Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, als Soldat im Kosovo im Jahre 1999

desverteidigung. Sondern: Junge Deutsche, die nicht nur ihr eigenes Land und seine Bevölkerung verteidigen wollen und können, sondern die auch von ihrem Auftrag beseelt sind, weil sie wissen, wofür sie kämpfen. Wir brauchen beseelte Kampfeinheiten!

Nun sind diese Gedanken ja bei uns seit Jahrzehnten unterentwickelt, die Bundeswehr fungiert als eine Art Stiefkind der Gesellschaft. Dann wurde auch noch durch einen CSU-Verteidigungsminister, der gleichzeitig Hochstapler war, die Wehrpflicht abgeschafft. Wie wollen Sie das verändern?

Kestner: Wir müssen zuerst einmal - von unten beginnend - unsere Gesellschaft im Sinne einer demokratisch legitimierten Wehrbereitschaft und Landesverteidigung verändern. Wir müssen insbesondere unserer Jugend wieder klarmachen, dass es Werte und Normen gibt, für es sich zu streiten und zu kämpfen lohnt. Falsche Propheten, die die Existenz unseres Landes durch ideologische Irrlehren bedrohen, müssen gleichzeitig entlarvt und zurückgedrängt werden. Wir dürfen z.B. nicht nach solchen Begrifflichkeiten wie „No border, no nation!“ leben. Denn das beinhaltet, völlig absurd, dass es keine Nationen und keine Grenzen gäbe. Die rot-grünen Fehlorientierungen suggerieren

ja mit derartigen Parolen, dass es eigentlich nichts gibt, was uns als Deutsche in besonderer Weise verbindet: Keine gemeinsame Herkunft, keine gemeinsame Zukunft! Sie sehen, es gibt viel zu tun und wir sind mit Geduld und Augenmaß dabei.

Deswegen vermutlich auch ihr anhaltendes Plädoyer für die faktische Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, oder?

Kestner: Ja! Wir brauchen die Wehrpflicht, damit wir endlich nach einer langen Phase des Niedergangs wieder in die Lage kommen, wie es unser Grundgesetz ja vorsieht, dass wir unser Land sichern und verteidigen können. Und ein wesentlicher Schritt in diese Richtung ist die Aufhebung der Aussetzung der so dringend benötigten allgemeinen Wehrpflicht. Damit bringen wir die Bundeswehr auch wieder in die Fläche. Noch vor einigen Jahren war es doch so, dass jede Familie Bundeswehr-Angehörige vorweisen konnte. Also junge Leute, die einmal gedient hatten und als Multiplikatoren für diese Erfahrung fungierten. All das ist so nicht mehr vorhanden. Somit ist die praktische Wiedereinführung der Wehrpflicht für uns ein ganz entscheidender Schüssel, um den Verteidigungsgedanken ideell und personell in der Gesellschaft wieder tief zu verankern.

Die Altparteien praktizieren ja genau das Gegenteil dessen, was Sie fordern. Und Rot-Grün macht seit kurzem in Berlin sogar Front gegen Jugendoffiziere der Bundeswehr in Schulen. Wie erklären Sie sich diese wehrfeindliche Haltung?

Kestner: Wir haben es hier mit einem grundlegenden Problem der links-rot-grünen Ideologie zu tun, die unsere Gesellschaft im negativen Sinne seit der 68er Revolte und ihrer Frankfurter Schule in unheilvoller Weise geprägt hat. Durch deren erfolgreichen Marsch durch fast alle gesellschaftlichen Bereiche sind alle staatstragenden Institutionen unter Ideologie-Beschuss von links geraten: Ehe, Familie, Nation, Justiz und nicht zuletzt eine vom Wesen her patriotische und konservative Organisation wie die Bundeswehr. Wenn also Jugendoffiziere jungen Leuten an Schulen den Beitrag der Bundeswehr zu Fragen von Verteidigungs- und Sicherheitspolitik verdeutlichen, dann sehen diese staatsfeindlichen Linksideologen ihre zersetzende Deutungsmacht gefährdet.

Nur ein ganz geringer Bruchteil unserer Parlamentarier hat selbst Wehrdienst geleistet. Ist das auch ein Grund für das weitgehende Unverständnis in militärischen Fragen bei den etablierten Parteien?

Die meisten Parlamentarier wissen einfach nicht, wie die Truppe tickt

Kestner: Mein Kollege Rüdiger Lucassen hat es ja so schön gesagt: Der Verteidigungsministerin fehlt jegliches Verständnis für die Seele einer Armee, für die Soldaten unserer Bundeswehr. Und das trifft auch für die meisten Parlamentarier der anderen Parteien zu. Die wenigsten haben gedient, und wenn sie sich mit militärischen Fragestellungen beschäftigen, dann tun sie das immer nur in Form von Papierkriegen. Sie wissen einfach nicht, wie es vor Ort bei den Soldaten wirklich aussieht, wie die Truppe tickt, wie sie funktioniert und wie sie funktionieren muss. Insofern muss ich Ihnen – leider – Recht geben.

Kürzlich führte die Bundeswehr einen umstrittenen Veteranenbegriff nach jahrelangen Auseinandersetzungen ein. Sie lehnen ihn in der vorliegenden Form ab. Weshalb?

Kestner: Wir lehnen ihn nicht nur als AfD-Politiker ab, sondern ich persönlich lehne ihn auch als Soldat ab. Denn das, was die Bundesregierung hier aus dem Hut gezaubert hat, war wieder einmal ein völlig verfehlter Schnellschuss gewesen: Das Verteidigungsministerium hat einen Veteranen-Begriff geschaffen, der letztendlich nichts anderes aussagt, als: „Jeder, der einmal gedient hat, ist jetzt Veteran.“ Wenn sie aber Soldat waren oder sind und in die Truppe hineinhören, dann sorgt das dort für Unverständnis. Denn die meisten wollen den Veteranentitel nur jenen zugestehen, die im Einsatz waren oder gar im Feuer standen, nicht aber denen, die – durchaus ehrenwert – ihre Dienstzeit als Pflicht an der „Heimatfront“ erfüllt haben.

„Zukunft braucht Herkunft“, so heißt eine bei uns gerne zitierte Redewendung. Was halten Sie vom Traditionsbezug auf hervorragende soldatische Leistungen früherer deutscher Armeen in der Bundeswehr?

Kestner: Wir haben ja den Traditionserlass der Bundeswehr, und um es vorwegzunehmen: Weder Wehrmacht noch die NVA sind traditionswürdig bis auf Ausnahmen, d.h. einzelne Personen, die da benannt werden. Das hat man jetzt so festgelegt, und inwieweit das sinnvoll erscheint ,ist eine Frage, auf die ich jetzt einmal nicht eingehen will. Aber lassen Sie mich ein konkretes Beispiel herausnehmen:

Es gibt einen Erlass von 2014, der beschäftigt sich mit dem Verbot der Begrifflichkeit „Treue um Treue“. Der soll auf Gedenktafeln verschwinden, er darf im Sprach- und Schriftgebrauch innerhalb der Bundeswehr nicht mehr verwendet werden. Aber: Genau dieses „Treue um Treue“, Kameradschaft, Korpsgeist, das ist doch all das, was die Streitkräfte ausmacht und zusammenhält. Die verbotene Parole deckt genau ab, was ein Soldat braucht, um im Gefecht zu bestehen und um zu überleben. Damit schließt sich der Kreis dessen, was auch mein Kollege Lucassen schon mehrfach gesagt hat: Wir haben es in der Bundesrepublik Deutschland mit einer politischen Funktionselite zu tun, die im militärischen Bereich seit Jahrzehnten die Zerstörung des Soldatischen systematisch und vorsätzlich herbeigeführt hat. Zusammenfassend stelle ich fest: Man wollte zwar Soldaten per Grundgesetz, aber es durften keine sein. Genau das aber muss sich ändern. Wir brauchen Soldaten, die ihren Auftrag erfüllen können!

Herr Lucassen und Herr Kestner, vielen Dank für dieses Gespräch!

Josef Schüßlburner

Prüffall „Verfassungsschutz“ – was tun mit einem illiberalen Fremdkörper einer Demokratie?

Bekanntlich hat die dem Bundesinnenministerium unterstellte Staatssicherheits- bzw. Staatsschutzbehörde mit der Bezeichnung „Bundesamtes für Verfassungsschutz“ in einer – wie das zuständige Verwaltungsgericht Köln zutreffend erkannt hat – rechtswidrigen Weise die Hauptoppositionspartei im Deutschen Bundestag, nämlich die Alternative für Deutschland (AfD), zu einem „Prüffall“ erklärt. Außerdem wurde die – zumindest bei rechtsstaatlicher Betrachtung – ebenfalls rechtswidrige Einstufung von Teilen dieser Partei als „Verdachtsfall“ hinsichtlich des Vorliegens einer sog. Verfassungsfeindlichkeit vorgenommen. Diese Einstufung bedeutet, dass sich die besagte Staatsschutzbehörde mit der irreführenden Bezeichnung „Verfassungsschutz“ berechtigt sieht, auch mit geheimdienstlichen Mitteln wie Infiltration durch sog. V-Leute, also durch – aus der Sicht eines Betroffenen – Vertrauensbruchsleute oder vermittels Telefonüberwachung gegen politische Opposition vorgehen zu dürfen. Zudem wird aus dieser Einstufung die Berechtigung abgeleitet werden, diese Teile der Oppositionspartei in sog. „Verfassungsschutzberichten“ als „Rechtsextremisten“ vorführen, also von Staats wegen negative Wahlempfehlungen aussprechen zu dürfen.

Bei Berichten zur Überwachung der politischen Opposition durch den Inlandsgeheimdienst und einer darauf basierenden, auf staatliche Bekämpfung politischer Opposition ausgerichteter Regierungspropaganda denkt man üblicherweise nicht an „liberale Demokratien des Westens“ – so die Formulierung des Bundesverfassungsgerichts im KPD-Verbotsurteil zur Abgrenzung der bundesdeutschen Parteiverbotsdemokratie von normalen Demokratien –, sondern an Staaten, die von etablierten deutschen Politikern gerne wegen Demokratiedefizite kritisiert werden, wie Türkei, Russland oder vielleicht auch Ungarn und Polen. Für eine liberale Regierungsform gilt nämlich:

„In Demokratien ist es nicht üblich, Bürgerinnen und Bürger auf eine gesinnungsbezogene Verfassungstreue zu verpflichten und Parteien – obgleich diese sich an die Spielregeln des friedlichen Meinungskampfes halten – als „extremistisch“ abzustempeln und von einem Geheimdienst kontrollieren zu lassen“ (so zu Recht Leggewie / Meier, Nach dem Verfassungsschutz, 2012, S. 10 f.).

Diese bundesdeutsche Abweichung vom Normalfall einer liberalen Demokratie des Westens durch eine Spezialbehörde sollte für einen Befürworter einer liberalen Demokratie dringend zum Anlass genommen werden, diese Behörde als „Prüffall“ nicht der Verfassungsfeindlichkeit, sondern der Verfassungswidrigkeit einzustufen. Man wird dann nicht umhin kommen, einen „Verdachtsfall“ ausrufen zu müssen, was wiederum zwingend zur Frage führt: Was tun mit diesem illiberalen Fremdkörper einer Demokratie?

Ideologiepolitische Gutachtensmethodik

Das amtlich als „vertraulich“ eingestufte „Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der `Alternative für Deutschland` (AfD) und ihren Teilorganisationen“ ist in einer Weise, die wohl kennzeichnend für die bundesdeutschen non-intelligence Services ist, natürlich über politisch linksstehende Kanäle im Internet veröffentlicht worden. Dies macht es immerhin möglich, den sog. „Verfassungsschutz“ als „Prüffall“ zu analysieren.

Dieses Gutachten versucht, bei einem Textumfang von 436 Seiten mit 965 Fußnoten Prüf- und Verdachtsfälle darzustellen. Damit soll nach Selbstbewertung eine „gründliche politikwissenschaftliche und juristische Analyse“ vorliegen. Es ist schon bezeichnend, dass primär von einer „politikwissenschaftlichen Analyse“ die Rede ist, obwohl in einem Rechtsstaat doch – und zwar ausschließlich – eine juristische Analyse maßgebend sein müsste. Als sog. Geisteswissenschaft ist zwar auch die Jurisprudenz nicht ganz frei von Zweifeln hinsichtlich ihres wissenschaftlichen Gehalts, aber immerhin muss sie diesbezüglich nicht mit der Parapsychologie wetteifern – dies trifft schon eher bei der Politikwissenschaft zu. Aber vielleicht zeigen sich beim Prüffall „Verfassungsschutz“ tatsächlich Spukvorgänge, und die Geisteswissenschaft ist als Geisterwissenschaft zu verstehen.

Die Jurisprudenz ist in einem Rechtsstaat deshalb zumindest rational, weil sie an möglichst klarer Tatbestandsmäßigkeit anknüpft, welche eine einigermaßen intersubjektiv nachvollziehbare Bewertung von Tatsachen erlaubt, wobei viele Tatsachen als rechtlich irrelevant ausgeschieden und Unklarheiten mit Vermutungsformeln gelöst werden, wie in dubio pro reo, in dubio pro libertate im Falle des Handelns von Bürgern und umgekehrt: „Was nicht erlaubt ist, ist verboten" – wenn es um das Handeln der Staatsorgane geht. Diese rationale rechtsstaatliche Methodik hat wesentlich zur Voraussetzung, dass zwischen Denken und Handeln unterschieden wird, weil, anders als beim religiösen Recht etwa des Islam, nur das Handeln relevant ist, das entweder als rechtswidrig oder als rechtmäßig eingestuft werden kann, wobei in Zweifelsfällen bei einem Handeln von Bürgern die Vermutung der Rechtmäßigkeit gilt.

Es ist nun bezeichnend, dass in diesem von Wiederholungen strotzenden „Gutachten" als rechtlich zu bewertende Handlungen nur „Aussagen", „Meinungsäußerungen", „Ideen" vorkommen, also letztlich Gedankentätigkeit. Vielleicht kann man noch „Verbindungen zu …" irgendwelchen Organisationen, wie Interviews in der geheimdienstlich beobachteten Presse, als „Handlung" beschreiben. Aber letztlich besteht auch hier die vorgeworfene „Handlung" darin, dass Gedankengut übernommen wird, gemeinsame Meinungsbekundungen stattfinden, ein bestimmtes „Narrativ" gepflegt wird und dergleichen, also letztlich kollektive Gedankentätigkeit praktiziert wird.

Kein Vorwurf rechtswidrigen Verhaltens

Der in einem Rechtsstaat relevante juristische Vorwurf der Rechtswidrigkeit wird in diesem „Gutachten" nicht erhoben, obwohl das bundesdeutsche politische Strafrecht schon einige Bestimmungen aufweist, die nicht dem Ideal rechtsstaatlicher Rationalität entsprechen, weil sie verbale Gedankenbekundungen zu einem strafrechtlichen Risiko machen. Erwähnt ist dann immerhin ein eingestelltes Strafermittlungsverfahren wegen der ominösen „Volksverhetzung". Trotzdem kann im Gutachten das Vorliegen rechtswidriger Handlungen oder Absichten nicht dargestellt werden. Es liegt nicht einmal ein Ordnungswidrigkeitstatbestand vor! Damit ist die Sache rechtsstaatlich eigentlich schon erledigt: Das „Gutachten" kann dem Prüffall und

auch den Verdachtsfällen keinen Vorwurf rechtswidrigen Verhaltens oder auch nur entsprechender Absichten machen!

Statt rechtlich Verbotenem, allerdings als „verfassungsschutzrechtlich relevant“ eingestuft werden als „Verdachtssplitter“, die sich manchmal „gewichtig verdichten“ – aber es ist noch nicht alles ganz dicht – vorgeworfen: kulturdeterministische Geschichtsinterpretation, Abstufung hinsichtlich der Wertigkeit von Kulturen, nicht zielführende Kritik an der parlamentarischen Demokratie, Kritik an der Vergangenheitsbewältigung, insbesondere Kritik am „Schuldkult“, Zweifel an der Souveränität der BRD, Feindkonstruktion bei der Genderproblematik, rechtsextremes Geschichtsbild, völkische Staatsauffassung, Islamfeindlichkeit, da nicht zwischen Islamismus und Islam unterschieden und dem Islam die Integrierbarkeit abgesprochen werde, und vor allem „Revisionismus“.

Sind aber derartige Auffassungen und deren Bekundung rechtswidrig? Und zwar unabhängig davon, ob die als „politikwissenschaftlich“, kaum als rechtswissenschaftlich einzustufenden „Analysen“ überhaupt zutreffend sind oder zumindest vertretbar erscheinen. Dass derartige Auffassungen rechtswidrig wären, etwa weil sie nicht von der Meinungsfreiheit abgedeckt wären, wird nicht einmal in diesem „Gutachten“ behauptet. Wenn aber der geheimdienstlich zu überwachenden Oppositionspartei, zumindest den entsprechenden Teilen der Partei, kein rechtswidriges Verhalten vorgeworfen werden kann, was in einem Rechtsstaat die Voraussetzung für eine gegen natürliche und juristische Personen gerichtete staatliche Maßnahme mit Sanktionscharakter darstellt, wie soll man dann die Anwürfe etwa hinsichtlich der sog. Islamfeindlichkeit, welche „nicht zwischen islamistischen und islamischen (sic!) Terrorismus“ unterscheide oder hinsichtlich des „Vorrangs eines ethnisch-homogenen Volksbegriffs“ einstufen?

Ideologie-politische Wahrheitsanmaßungen mit staatsreligiöser Charakteristik

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass eine politische Herrschaftsbegründung entweder auf das Volkssouveränitätsprinzip zurückgehend rechtsstaatlich ist oder dem üblichen weltgeschichtlichen Schema der Menschheitsgeschichte entsprechend religiös oder pseudoreligiös, also ideologisch ist, kann das „Gutachten“ am adäquatesten als

„ideologiepolitisch“ eingestuft werden. Dies trifft vor allem für den hinsichtlich der Schlussfolgerungen entscheidenden 4. Teil der jeweiligen Zusammenstellung der Vorwürfe zu, nämlich „Revisionismus“ – die ersten Teile sind Menschenwürde, Demokratieprinzip, Rechtsstaat. Zur Ideologiepolitik kann in der Tat die Politikwissenschaft eine größere Hilfestellung gewähren als die rechtsstaatliche, also nicht religionsrechtlich argumentierende weltliche Jurisprudenz eines Rechtsstaates.

Eine ideologische und damit per se rechtsstaatswidrige Staatspraxis ist insbesondere durch staatliche Wahrheitsansprüche gekennzeichnet, die eine bestimmte politische Herrschaft legitimieren sollen. So hat etwa der Vorwurf des staatlichen Ideologiebewertungsgutachtens – und als nichts anderes ist dieses „Gutachten“ einzustufen –, wonach das Beobachtungsobjekt sich gegen das Konzept der multikulturellen Gesellschaft wende, einen staatlichen Anspruch zur Voraussetzung, zu wissen, dass eine derartige multikulturelle Gesellschaft etwas Gutes sei, weil sonst die Gegnerschaft nicht amtlich als Vorwurf erhoben werden könnte. Auch Formulierungen wie „vermeintlich deutsche Identität“ hat die staatliche Wahrheitsanmaßung zur Voraussetzung, dass es eine derartige Identität nicht geben würde, weil diese sonst nicht amtlich als „angeblich“ qualifiziert werden könnte. Ebenfalls hat der Vorwurf eines „völkischen Geschichtsbildes“ die staatliche Anmaßung zur Voraussetzung, amtlich zu wissen, dass ein anderes Geschichtsbild das zutreffende sei. So werden auch Aussagen über das „vermeintliche Expansionsbestreben des Islam“ oder „vermeintliche extremistischen Tendenzen im Islam“ zum Vorwurf gemacht, was die staatliche Kenntnisanmaßung voraussetzt, dass es diese Bestrebungen und Tendenzen nicht gäbe. Diese staatliche Wissensanmaßung mit der Absicht, zentrale Fragen aus dem politischen Diskurs auszumerzen oder hierbei ein staatlich erwünschtes Ergebnis vorzuschreiben, gilt natürlich erst recht für den generellen Vorwurf des „Revisionismus“. Hierbei muss darauf hingewiesen werden, dass der Vorwurf des „Revisionismus“, insbesondere des „Rechtsrevisionismus“, eine maßgebliche Kategorie der politischen Verfolgung im bolschewistischen Herrschaftsbereich dargestellt hat.

Staatliche Unterstellungsmethodik

Der ideologische Charakter des Ideenbewertungsgutachtens kommt schließlich in der Unterstellungsmethodik zum Ausdruck, dessen rechtsstaatswidriger Charakter am Beispiel einer fiktiven Mietrechtsschutzbehörde erläutert werden soll: Was würde eine derartige Mietrechtsschutzbehörde tun? Sie würde sicherlich nachprüfen, ob die Mietverträge den zwingenden gesetzlichen Vorschriften entsprechen und bei Durchführung der Mietverträge etwa Kündigungsfristen beachtet werden und der Verpflichtung zur Vornahme von Schönheitsreparaturen nachgekommen wird. Dementsprechend müsste ein „Verfassungsschutz" prüfen, ob die Meinungsfreiheit gewährleistet wird, Versammlungen ungehindert durchgeführt werden können oder parlamentarische Usancen wie Beachtung des Spiegelbildlichkeitsprinzips bei der Besetzung parlamentarischer Gremien eingehalten werden.

Wie würde jedoch diese Mietschutzbehörde handeln, wenn sie sich entsprechend der tatsächlich praktizierten Methodik bundesdeutscher Verfassungsschutzbehörden verhalten würde? Nun: Sie müsste Kritiker des Mietrechts ausfindig machen, die dann als Mietrechtsextremisten vorgeführt werden, weil sie etwa die Verpflichtung des Mieters, Schönheitsreparaturen durchzuführen, abschaffen wollen oder umgekehrt „Eigentumsextremisten" aufspüren, die etwa die gesetzliche Begrenzung von Mieterhöhungen abschaffen wollen. Diese Vorgehensweise könnte nur damit begründet werden, dass einem Kritiker des Mietrechts unterstellt wird, seinen mietvertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen zu wollen. Diese Unterstellung wäre aufgrund der rechtsstaatlichen Trennung von Gedankenäußerung und Handeln schlicht rechtsstaatswidrig. Diese Trennung von Gedankenäußerung und Handeln muss jedoch vorgenommen werden, weil es sich beim Mietrecht nicht um ein religiöses Recht handelt, sondern um ein weltliches Recht, das durch Kritik einer gesetzlichen Änderung unterworfen ist, und es muss dem Kritiker – vorbehaltlich konkreten rechtswidrigen Verhaltens – zugute gehalten werden, dass er eine Änderung des Mietrechts in dem dafür vorgesehenen Verfahren erstrebt und die Rechtslage ansonsten normativ akzeptiert, wenn er für seine Änderungswünsche keine politische Mehrheit erhält.

Im starken Kontrast dazu unterstellt etwa der „Verfassungsschutz", dass jemand, welcher – in VS-Terminologie – den „Vorrang eines

ethnisch-homogenen Volksbegriffs“ bekundet, „die Verfassung“ nicht beachtet, statt dem Proponenten zugute zuhalten, angesichts der verfassungsrechtliche Lage, wonach verfassungsrechtlich grundsätzlich kein Einreiserecht ins Bundesgebiet, selbst kein Recht auf Arbeitsaufnahme und auch kein Anspruch auf Einbürgerung besteht, für eine restriktive Einwanderung und Einbürgerung einzutreten. Selbst wenn derartige politische Forderungen bei ihrer Verwirklichung – und erst dann liegt eine Rechtsfrage vor – verfassungswidrig wären, müsste in einem Rechtsstaat eine untergeordnete Behörde wie „Verfassungsschutz“ Bürgern mit einer derartigen Agenda zugute halten, dass sie geltende Rechtsnormen, die auf einer anderen Politik beruhen, normativ akzeptieren, selbst wenn sie diese Rechtsnormen nachhaltig kritisieren und eine Mehrheit für eine Änderung dieser Rechtsnormen gewinnen wollen. Aus einer derartigen Kritik an Rechtsnormen, ggf. unter Einschluss des Grundgesetzes, den Vorwurf der „Verfassungsfeindlichkeit“ zu machen, hat die stillschweigende Umwertung der kritisierten Rechtsnormen zu quasi-religiösen Vorschriften zur Voraussetzung, die dann schon dadurch „verletzt“ oder zumindest „gefährdet“ werden, dass man sie implizit kritisiert und ihre Änderung fordert – sofern die Verfassungsnormen überhaupt dem entsprechen, was der sog. „Verfassungsschutz“ meint. Diesbezüglich könnte dem sog. Gutachten einiges vorgehalten werden. Es sei nur ein Hinweis gebracht: So wird kritisiert, dass ein AfD-Anhänger sich zu der Aussage „verstiegen“ habe, „dass das Deutsche Reich nicht untergegangen sei“: Nun, der Verfasser des vorliegenden Textes versteigt sich zu der verstiegenen Aussage, dass in der Tat das Deutsche Reich noch existiert und seit 1949 als „Bundesrepublik Deutschland“ firmiert – so die offizielle Staatskonstruktion, die aber ein Verfassungsschutz im Eifer, verfassungsfeindliche „Verdachtssplitter“ zu finden, welche noch dringend mit Tarnpapieren und Vertrauensbruchspersonen verdichtet werden müssen, nicht unbedingt wissen muss.

Parteilichkeit des Ideologiebewertungsgutachtens

Die staatlichen Wahrheitsansprüche etwa hinsichtlich geschichtlicher Einordnungen, welche in der amtlichen Kritik an der Oppositionspartei impliziert sind, beinhalten notwendigerweise eine „politikwissenschaftlich“ begründete politische Einseitigkeit. Die pseu-

dorechtlichen Vorwürfe wie „Islamfeindlichkeit“, „Ausländerfeindlichkeit“ und „nationalistisches Gedankengut“ – die in einem Rechtsstaat keine verbotenen Einstellungen darstellen – zeigen ziemlich eindeutig auf, auf was mit diesem Ideologiebewertungsgutachten abgezielt wird: Damit soll die Kritik an der Unfähigkeit der Regierung, millionenfache illegale Einreise überwiegend aus der islamischen Weltgegend zu verhindern, was ja zur „Herrschaft des Unrechts“ (Innenminister Seehofer) mit fortlaufenden Milliardenkosten für den deutschen Steuerzahler geführt hat, mit dem Vorwurf der „Verfassungsfeindlichkeit“ ausgeschaltet werden. Auch soll dabei die Revision des einst von der CDU massiv kritisierten Umsturzes des Staatsangehörigkeitsrechts als „verfassungsfeindlich“ erklärt werden. Es ist also bundesdeutsche Staatsweisheit, politischen Argumenten nicht mit Gegenkritik oder einer überzeugenden Politik entgegenzutreten, sondern den Inlandsgeheimdienst ideologiegutachtlich mit anschließender amtlicher Diffamierung gegen Opposition loszuhetzen, was sich dann anschließend in Maßnahmen umsetzen soll, die zumindest ansatzweise als politische Verfolgung eingestuft werden dürfen.

Das amtliche Ideologiebewertungsgutachten identifiziert sich dementsprechend erkennbar mit der linksstaatlichen Agenda der mit dem Beobachtungsobjekt konkurrierenden Parteien, wie dem Multikulturalismus, der mit Hilfe illegal einreisender Menschenwürdeträger, die deshalb nicht als „Eindringliche“ klassifiziert werden dürfen, herbeigeführt werden soll oder mit der Globalisierung, die deshalb nicht kritisiert werden darf, weil dies gegen die universelle Gleichheit der Menschen gerichtet wäre – wenn man aber kritisiert, dass mit derartigen Parolen eine Umvolkung betrieben werde, ist dies eine verfassungsfeindliche Verschwörungstheorie. Wem da geholfen werden soll, sind etwa die vom ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes ausgemachten „linksradikalen Kräften innerhalb der SPD“. Wenn etwa der AfD in dem Ideologiegutachten zum Vorwurf gemacht wird, anstelle von „Integration“ von Zuwanderern die „Assimilation“ zu verlangen – und nichts anderes vollzieht sich in den wenigen erfolgreichen Einwanderergesellschaften der angelsächsischen Welt – dann macht dies deutlich, dass die politische Klasse, der dieser „Verfassungsschutz“ dient, durch eine „Welt ohne Grenzen“ in Deutschland Parallelgesellschaften haben will, wo dann bestimmte mit über die Doppelstaatsangehörigkeit eingeräumten mehreren Wahlrechten ausgestattete Teile

der Bevölkerung, was dem „normalen Deutschen“ nicht zusteht, im geographischen Begriff „Deutschland“, auch „Bundesgebiet“ genannt, die politische Herrschaft übernehmen.

Die Identifizierung des Ideologiegutachtens mit einer durchaus ideologisch als „linksextrem“ einzuordnenden politischen Agenda kommt auch dadurch zum Ausdruck, was in diesem wortumfangreichen „Gutachten“ bezeichnender Weise nicht erwähnt wird, aber gebracht werden müsste, um den Vorwurf der Einseitigkeit eines amtlichen Dokuments auszuschließen:

Wenn sich dieses Ideologiebewertungsgutachten wortreich mit der Parteientwicklung der AfD und den sie betreffenden Wahlausgängen befasst, dann ist es zur Wahrung einer objektiven Darlegung zwingend geboten, darauf einzugehen, mit welchen verfassungsfeindlichen Maßnahmen dieser Partei von der Konkurrenz entgegengetreten worden ist. Dies fängt schon an mit der bewussten, gegen die Menschenwürde gerichteten Entscheidung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages bei Erlass des sog. Antidiskriminierungsgesetzes, zu verhindern, „dass z. B. Anhänger rechtsradikalen Gedankenguts aufgrund der Vorschrift versuchen, sich Zugang zu Geschäften zu verschaffen, die ihnen aus anerkennenswerten Gründen verweigert wurden“, wie etwa Hotelübernachtung oder Kontoeröffnung. Auch wenn dies gewissermaßen noch zur Vorgeschichte gehört, so hat dieser massive Diskriminierungsansatz der etablierten politischen Klasse permanente Auswirkungen dahingehend, dass die Oppositionspartei erhebliche Schwierigkeiten hat, für öffentliche Veranstaltungen Räume zu mieten oder Demonstrationen durchzuführen, welche durch Grundrechtsverhinderungsaktionen des von der politischen Klasse zumindest ideologiepolitisch, wenn nicht weitergehend geschützten Linksextremismus verhindert werden. Parteitage der AfD können meist nur mit erheblichem Polizeiaufgebot durchgeführt werden und es gibt keine Stellungnahmen sog. „Demokraten“, die derartige linksextreme Gewaltdrohungen entschieden verurteilen. Diese Haltung setzt sich in der gegen den Parlamentarismus gerichteten Verhaltensweise etablierter „Demokraten“ fort, das verfassungsrechtlich vorgegebene Spiegelbildlichkeitsprinzip bei der Besetzung parlamentarischer Gremien nicht einhalten zu wollen.

Diese nicht nur verfassungsfeindlichen, sondern konkret verfassungswidrigen, rechtlich relevanten Vorgänge, die allerdings nur unter

„Linksextremismus“ Gegenstand von VS-Berichten sind, müssten zur Vermeidung des Vorwurfs der Einseitigkeit schon aus methodischen Gründen gebracht werden, weil dies vor allem den Vorwurfkomplex Demokratiefeindlichkeit tangiert, der aus der massiven Kritik an Vertretern etablierter Partei konstruiert wird: So wie ein Richter bei der Bewertung einer verbal-beleidigenden oder gar handgreiflichen Streitigkeit das Verhalten der einen Seite nur bei Berücksichtigung des Verhaltens der anderen Seite angemessen würdigen kann, so kann in dem Bereich der politischen Auseinandersetzung konkurrierender Gruppierungen das Verhalten einer Seite angemessen nur beurteilt werden, wenn das Verhalten der Mitkonkurrenten berücksichtigt wird. Und diese Mitkonkurrenten praktizieren massive Ausgrenzungen, diffamieren Mitglieder und Anhänger der AfD sogar auf Kirchentagen und verwenden sogar amtlich das Schlagwort „Menschenrechte statt rechte Menschen!“, was Menschenrechte in einer kommunistischen Weise dahingehend instrumentalisiert, dass unter dem Vorwand der Menschenrechtsverwirklichung die Existenzberechtigung einer konkurrierenden Richtung bestritten wird: Dies ist massiv durch konkrete Handlungen gegen Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat gerichtet und würde auch unter Revisionismus fallen, wenn dabei die Menschenfeindlichkeit des Sozialismus bestritten würde.

Umgekehrt zu diesem verfassungswidrigen Handlungen – und nicht nur Ideenbekundungen – lässt sich konstatieren: Die AfD hat keine Gastwirte eingeschüchtert, damit keine Veranstaltung etwa der ehemaligen SED oder der Regenmacherpartei durchgeführt werden können, die AfD hat sich nicht dafür ausgesprochen, dass SED- oder CDU-Politikern die Hotelübernachtung verwehrt wird und hat keine Gegendemonstrationen organisiert, die darauf abzielten, konkurrierenden Parteien die Ausübung der Grundrechte Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit abzusprechen. Es lassen sich auch keine antiparlamentarischen Handlungen der AfD-Fraktion behaupten. Angesichts der mangelnden Vergleichsanalyse könnte gar der Verdacht geäußert werden, dass sich „Verfassungsschutz“ mit diesen verfassungswidrigen Handlungen von konkurrierenden Gruppierungen und Parteien identifiziert.

Verletzung des staatlichen Neutralitätsgebots

Aber schon aufgrund der im Gutachten der Geheimdienstbehörde zum Ausdruck gebrachten impliziten Identifizierung mit der politischen Agenda und der Ideenwelt konkurrierender politischer Richtungen liegt eine verfassungswidrige Verletzung der staatlichen Neutralitätsverpflichtung vor, was in einer zentralen Weise den Rechtsstaat negiert. Dieser beinhaltet nämlich nicht nur das im Gutachten erwähnte Gewaltmonopol des Staates, sondern gerade auch deshalb das Gebot der weltanschaulichen Neutralität.

Dies geht letztlich auf das Staatskirchenrecht zurück, nach dem es keine Staatsreligion (Art. 137 Abs. 1 WRV i.V. m. Art. 140 GG) gibt, aber eben auch keine Staatsideologie, d.h. keine staatlichen Sinnstiftungsakte, wie dies etwa mit der staatlichen „Vergangenheitsbewältigung“ etabliert werden soll, wonach der Sinn „der Bundesrepublik“ darin bestünde, den „Holocaust zu bewältigen“. Dementsprechend wird klar, weshalb die Kritik an der Vergangenheit und der Vorwurf des sog. „Revisionismus“ im geheimdienstlichen Gutachten eine so große Rolle spielen, obwohl dies rechtlich völlig irrelevant ist – welches Verfassungsprinzip soll denn gefährdet sein, wenn einer nicht hinreichend an die Staatsideologie glaubt?

Der Rechtsstaat kann dem Bürger nur rechtwidrige Handlungen zum Vorwurf machen, ihm jedoch nicht, auch nicht durch „Verfassungsschutzberichte“, seine weltanschaulich-politischen Auffassungen vorschreiben. Der Staat darf dementsprechend eine „Mitte“-Meinung nicht wertvoller halten als eine politisch rechte oder linke Weltanschauung. Zumindest dies sollte man aus den historisch mühsam und auch blutig erkämpften staatskirchenrechtlichen Grundsätzen erkannt haben. Gegen diese Grundsätze des Rechtsstaates ist das Gutachten erkennbar gerichtet.

Der Verstoß gegen das Neutralitätsgebot und damit auch gegen das Demokratieprinzip durch das auf ideologiepolitische Bekämpfung ausgerichtete VS-Gutachten kann am einfachsten durch die Maßstäbe ermittelt werden, die das Bundesverfassungsgericht in seiner grundlegenden Entscheidung zu den Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung entwickelt hat (s. BVerfG 2 BvE 1/76). Zwar ist vorliegend noch kein amtlicher Bericht gegeben, weil das Gutachten ja nur pseudolegal in einer schlaumeierhaften Weise bekannt gemacht ist. Aber

es handelt sich hierbei gewissermaßen um einen antizipierten VS-Bericht, weil man davon ausgehen kann, dass die Aussagen in diesem „Gutachten“ in Form von VS-Berichten den als aufklärungsbedürftig angesehenen Bürgern amtlich mitgeteilt werden sollen.

Als Teil der amtlichen Öffentlichkeitsarbeit der Regierung muss sich ein derartiger Bericht an den entsprechenden verfassungsrechtlichen Kriterien zur Zulässigkeit staatlicher Propaganda messen lassen. Bei der dabei vorzunehmenden Abgrenzung zwischen legitimer Öffentlichkeitsarbeit und unzulässiger Propaganda ist in dem hier interessierenden Bereich der Gesichtspunkt maßgebend, dass sich die Regierung aus inneren Angelegenheiten der Parteien und reinen Parteikontroversen herauszuhalten hat. Die Regierung darf zwar zur Förderung des Verständnisses ihrer eigenen Politik die Politik der Opposition kritisieren und Kritik aus den Reihen der Opposition zurückweisen, nicht aber die Oppositionsparteien amtlich als solche bekämpfen. Parteien zu bekämpfen ist nämlich im Rahmen der geistig-politischen Auseinandersetzung innerhalb der Gesellschaft auf der Grundlage der Meinungsfreiheit der an der politischen Auseinandersetzung Beteiligten Aufgabe der übrigen Parteien. Eine derartige zentrale Bekämpfung einer Oppositionspartei wird jedoch durch das Ideologiebewertungsgutachten vorgenommen. Die tatsächliche oder unterstellte Agenda der Partei wird staatlich bekämpft. Das Bundesverfassungsgericht hat die Grundsätze der regierungsfreien Meinungsbildung des Volks, mit dem das Gutachten erkennbar kontrastiert, als so bedeutsam erachtet, dass es – wenngleich nur abstrakt – Schlussfolgerungen im Wahlprüfungsverfahren, also Überprüfung der Gültigkeit der Wahl unter demokratischen Gesichtspunkten für möglich gehalten hat, falls sich feststellen lassen sollte, dass die Propagandatätigkeit der Regierung die Wahlchancen der Opposition in einer die Wahl entscheidenden Weise beeinträchtigt haben könnte, also wenn das vorliegt, worauf das Gutachten erkennbar abzielt!

Weitere Verfassungswidrigkeit des Gutachtens

Die Gesichtspunkte Rechtsstaat und Demokratie sind von derart zentraler Bedeutung, dass ihre Verletzung notwendigerweise weitere Verfassungsverstöße impliziert. So verletzt das Gutachten als antizipierter VS-Bericht das absolute Diskriminierungsverbot der

„politischen Anschauung“ nach Artikel 3 (3) GG, etwa indem der Vorwurf einer „völkischen Auffassung“ erhoben wird – ob zu Recht oder nicht, kann rechtlich dahingestellt bleiben. Ein derartiger staatlicher Vorwurf als staatlicher Eingriff richtet sich gleichzeitig auch gegen die Meinungsfreiheit, weil damit das Erfordernis der Allgemeinheit des die Meinungsfreiheit rechtmäßig einschränkenden Gesetzes im Sinne von Artikel 5 (2) GG nicht beachtet wird. „Allgemein“ in diesem Sinne sind ein Gesetz und dessen Anwendung nur, wenn sich der staatliche Eingriff nicht gezielt gegen eine politische Auffassung richtet, sondern ein legitimes öffentliches Schutzgut in einer weltanschaulich neutralen Weise schützt. Die als „Verfassungsschutz“ bezeichnete Staatssicherheitsbehörde soll zwar das sicherlich legitime Schutzgut „Verfassung“ schützen, aber es wird mit Vorwürfen wie „Geschichts-Revisionismus“ – sofern ein derartiger Vorwurf nicht ohnehin schon von vornherein rechtlich völlig irrelevant ist – nicht in einer weltanschaulich neutralen Weise geschützt.

Versteht man schließlich die Menschenwürdegarantie des Artikels 1 (1) GG methodisch in der vom Geheimdienst praktizierten Weise, dann ist es unvermeidbar, in dem gegen politische Opposition gerichteten staatlichen Gutachten auch eine Verletzung der Menschenwürdegarantie zu konstatieren. Indem der Staatsapparat oppositionellen Bestrebungen eine bestimmte Agenda zum Vorwurf macht, wird das Mündigkeitsprinzip der Bürger in Frage gestellt. Mündigkeit bedeutet, dass der Bürger selbst seine Auffassung ohne Anleitung einer öffentlich in Erscheinung tretenden Geheimdienstbehörde bestimmt. Auch die generelle Vorstellung, dass der mündige Bürger einer „Aufklärung“ durch die Inlandsgeheimdienste über die Agenda der von einem erheblichen Volksanteil gewählten Oppositionspartei bedarf, bezeugt nicht gerade die Bereitschaft des Staates anzuerkennen, dass der Bürger seine politische Agenda selbst bestimmt, was dann etwa in der Parteimitgliedschaft oder in freien Wahlen Ausdruck findet. Der Geheimdienst will dabei nicht akzeptieren, dass es ja hinreichende Kritik von konkurrierenden Strömungen gibt, die der mündige Bürger in seine Abwägung einbeziehen kann und sich dann davon überzeugen lässt oder eben auch nicht.

Diese Normalität einer normalen Demokratie will dieser verfassungsferne „Verfassungsschutz“ einfach nicht hinnehmen. Er meint, dass die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland

nicht davon ausgeht, dass sich die Demokratie gewissermaßen selbst schützt, weil die Bürger durch die politische Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Parteien die jeweilige Problematik erkennen und sich auf diese Weise extreme Standpunkte gegenseitig abschleifen und das jeweils sachlich Vertretbare im politischen Prozeß entschieden wird. Vielmehr bedarf es danach besonderer Instanzen einer Demokratieschutzelite, die das Volk aufzuklären hat. Diese Demokratieschutzelite gehörte aber, anders als vielleicht ein Monarch wie der Kaiser von Japan, zur politischen Ordnung – oder hat der „Verfassungsschutz" als Organisation einer Demokratieschutzelite Überverfassungsrang? Man hat in der Tat angesichts der wirklich grotesken Bedeutung, die dem Inlandsgeheimdienst in einer Demokratie zugeschrieben wird, den Eindruck, dass dieser „Verfassungsschutz", also eine nachgeordnete Behörde des Polizeiministers, über dem politischen Prozess steht.

Die Bundesrepublik Deutschland: Eine illiberale VS-Demokratie

Damit kommt man wohl zum zentralen Bereich der besonderen bundesdeutschen Herrschaftsausübung: Ein „Verfassungsschutz", wie er sich in dem sog. Gutachten austoben darf, ist verfassungsrechtlich nur dann zu halten, wenn man der Bundesrepublik Deutschland den Charakter einer liberalen Demokratie abspricht. Die immer wieder aufgeworfene Frage, die etwa von dem kürzlich als Minister zurückgetretenen Mathias Brodkorb in seinem Werk von 2003: Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, auf S. 116 gestellt worden ist: „Ist der Verfassungsschutz verfassungswidrig?", kann nämlich nur deshalb verneint werden, weil danach die Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich keine liberale Demokratie ist:

„Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist keine liberale, also wertneutrale Verfassung im amerikanischen Sinne, sondern eine ´wertgebundene Ordnung` (BVerfG 2, 12). Im internationalen Vergleich ist dies `Novum` und `Unikum` zugleich… Auch das Bundesverfassungsgericht betont in seiner Verbotsentscheidung gegen die KPD daher, dass die deutsche Verfassung sich in diesem Punkt von klassisch liberalen Verfassungen fundamental unterscheidet, und begründet diesen Unterschied mit der historischen Erfahrung des Na-

tionalsozialismus (BVerfG 5, 137ff)," so der SPD-Politiker Brodkorb auf S. 113. Dementsprechend würde nach diesem SPD-Politiker das Grundgesetz „von seinem Geist her" – kursiv im Original, was auf die Bedeutung der Geisterwissenschaft beim „Verfassungsschutz" hinweist -, „die politisch wünschenswerte Meinungsfreiheit auf Ideensysteme" einschränken, „die auf den Menschenrechten aufruhen." Danach – so kann man diesen Ansatz exemplifizieren – würde etwa die sog. „Relativierung des Holocaust" nicht auf „Menschenrechten aufruhen", dagegen etwa die Relativierung der antideutschen Vertreibungsverbrechen sicherlich schon.

Es dürfte klar sein, dass bei diesem Ansatz eine diskriminierungsfreie Staatsverwaltung nicht mehr möglich ist und damit alle die genannten verfassungsrechtlichen Garantien wie Rechtsstaats- und Demokratieprinzip, Meinungsfreiheit und Nichtdiskriminierung wegen politischer Anschauungen, also alles, was den Verfassungsschutz in der Tat nach den Kategorien einer liberalen Demokratie des Westens verfassungswidrig macht, zwar nicht abgeschafft, aber entschieden delegitimiert werden. Der „Verfassungsschutz" operiert dabei auf der Grundlage einer ideologischen Homogenitätsvorstellung, die eine demokratiefeindliche Hierarchisierung herbeiführt, wonach für bestimmte politische Auffassungen die dargestellten verfassungsrechtlichen Garantien gelten, für andere Meinungen, die als fremdartig angesehen werden, mit Relevanz für die Menschenwürdegarantie aber nicht unbedingt.

Aufgrund dieser gegen Meinungen gerichteten amtlichen Fremdenfeindlichkeit kann sich ein Bürger nicht mehr auf die rechtsstaatliche Rechtssicherheit verlassen, dass etwas, was legal ist, etwa eine bestimmte Meinung auszudrücken, auch legitim ist, weil es der Staatssicherheit erlaubt ist, einige Meinungskomplexe, andere aber nicht, einfach durch Sekundärnormen zu delegitimieren. Die Primärnorm Meinungsfreiheit wird zwar nicht abgeschafft, aber über Normen, die in einer religionsrechtlichen Art angewandt werden, wie dem VS-Recht und insbesondere dessen von der Tatbestandsmäßigkeit weitgehend befreiten Anwendung, wird diese Meinungsfreiheit bei bestimmten Aussagen, bei anderen aber nicht, nicht als legitim angesehen. Man muss dazu bestimmte Meinungen einfach dem gesetzlich nicht definierten „Extremismus" zuordnen und schon gelten die Grundsätze etwa über die Beschränkung der Regierungspropaganda einfach nicht

mehr. Damit kann dann über einem rassismusaffinen Zurechnungskollektivismus zentral die Geltung der Menschenwürde in Frage gestellt werden, weil nämlich unter dem rechtsfremden Extremismus-Begriff unerwünschte Meinungsäußerungen mit kriminellen Handlungen ohne Vorliegen rechtsstaatlich legitimer Zurechungskategorien wie Anstiftung oder Beihilfe auf einen Nenner gebracht werden. Wer etwa vor der Islamisierung warnt, dem werden dann amtlich Anschläge auf Asylantenheime zugerechnet – eine Zurechnung, die nur ideologiepolitisch vorgenommen werden kann, was wiederum etwas über den Charakter von „Verfassungsschutz" besagt.

Dieser allerdings durchaus vom Bundesverfassungsgericht, einem wirklich „entgrenzten Gericht", geteilte Ansatz macht aus der Bundesrepublik Deutschland eine illiberale Demokratie, also etwas, was bundesdeutsche Politiker wortreich etwa einem Orbán zum Vorwurf machen, obwohl sie sich selbst zumindest indirekt, wenngleich in der Regel – von Ausnahmen wie dem zitierten SPD-Politiker Mathias Brodkorb abgesehen – nicht explizit dazu bekennen. In diesem Sinne ist „Verfassungsschutz" ein Fremdkörper einer liberalen Demokratie. Für diese liberale Demokratie ist der „Verfassungsschutz" eindeutig ein Verdachtsfall, für die illiberale Demokratie nimmt er gewissermaßen Überverfassungsrang ein.

Beschreibung einer notwendigen Minimalreform

Die illiberale Demokratie läuft in der Bundesrepublik unter dem Schlagwort „wehrhafte Demokratie", ein bezeichnender Begriff, der ein militärisches Denken offenbart, auch wenn die „Wehr", auf die da angespielt wird, sicherlich nicht die Bundeswehr meint. Dieser militärische Denkansatz ergibt sich aus dem Charakter des Verfassungsschutzes als Geheimdienst. Für einen Geheimdienst und die ihn kennzeichnenden nachrichtendienstlichen Mittel ist nämlich charakteristisch, dass er sich gegen Feinde positioniert, während etwa eine rechtsstaatlich ausgerichtete Polizei tatbestandsmäßig beschriebene Handlungen verhindert oder verfolgt. Dementsprechend ist für den „Verfassungsschutz" der „Verfassungsfeind" maßgeblich, eine im Grundgesetz nicht vorgesehene Kategorie, die zur amtlichen Festlegung einer Freund-Feind-Dichotomie führt, was im übrigen bei Rechtsextremismus-Experten als kennzeichnend für „Rechtsextremismus" steht.

Aufgrund seiner Feindfixierung ist der „Verfassungsschutz“ nur eher zufällig, vor allem völlig einseitig, auf eine Tatbestandsmäßigkeit ausgerichtet. So kann sich dann die AfD nicht darauf hinausreden, dass sie hinsichtlich der sog. Ausländerpolitik nur fordert, was einst die CDU etwa im Kampf gegen die Änderung des über ein Jahrhundert geltenden Staatsangehörigkeitsrechts vertreten hat. Bei der CDU und anderen „Demokraten“ wird halt nicht nach Verfassungsfeindlichkeit gesucht und deshalb gar nichts gefunden. Außerdem wird einem Feind, in dem Wissen, dass man als Geheimdienst selbst täuscht, etwa mit Tarnpapieren, mit Vertrauensleuten, die gegenüber dem Beobachtungsobjekt notwendigerweise Vertrauensbruch begehen und so weiter – dies ist gesetzlich so geregelt! – , einfach Täuschungsabsicht unterstellt: Die gleichen Worte, die bei einem CDU-Politiker zum Bundesverdienstkreuz qualifizieren, sind bei einem Feind nur „Codes“, die eine verfassungsfeindliche Agenda verschleiern sollen, deren Vorliegen aufgrund der geheimdienstlichen Ermittlung geheimer Gedanken durch geisteswissenschaftliche Analysen erwiesen ist.

Nun ist für eine Demokratie ein Inlandsgeheimdienst von vornherein ein Fremdkörper, weil er den Prämissen, die für Demokratie stehen, fundamental widerspricht, angefangen von seinem pessimistischen Menschenbild, das mit dem optimistischen einer Demokratie entschieden kontrastiert. Ein Geheimdienst wird zwar aufgrund der Erfahrung, dass es nun einmal Terroristen gibt, insbesondere islamische oder auch islamistische, als notwendiges Übel angesehen, aber eben als Übel – und nicht als eine Art religionspolizeilicher Heilseinrichtung wie in der illiberalen Demokratie Bundesrepublik Deutschland. Dieses Übel, das in der Existenz eines Inlandsgeheimdienstes besteht, hält man in Schranken, indem der Tätigkeitsbereich eines Geheimdienstes auf den Bereich beschränkt wird, der in einer nachvollziehbaren Weise seine Existenz rechtfertigt. Und diese Existenzberechtigung besteht vor allem in der Verhinderung eines illegalen Regierungsumsturzes, also des Hochverrats. Dieser wird geheim vorbereitet und kann deshalb von Geheimdiensten verhindert werden. Es liegt hierbei eine Feindbestimmung vor, die sich mit rechtsstaatlich zu rechtfertigenden Strafnormen deckt. Dies kann auf Bereiche schwerwiegender politisch motivierter Kriminalität wie Terrorismus erweitert werden. Alles, was darüber hinausgeht, ist nicht mehr notwendiges Übel, sondern einfach Übel. Und bei einer „geistig-politischen Auseinandersetzung“, die aber kei-

ne ist, weil ja mit dem „Feind“ nicht diskutiert, ja dieser nicht einmal angehört wird – obwohl dies aufgrund der Menschenwürdegarantie nach der sog. Objektformel des Bundesverfassungsgerichts gefordert wäre -, sondern er wird „beobachtet“ und über ihn wird „berichtet“- muss einem Befürworter der liberalen Demokratie des Westens einfach übel werden.

Damit ist auch schon klar, wie die Grenze der Zuständigkeit von etwa durch Erstellung von geisteswissenschaftlichen Gutachten öffentlich in Erscheinung tretenden Inlandsgeheimdiensten zu ziehen ist: Sie haben aus der Öffentlichkeit weitgehend zu verschwinden, und das Maximum an Zuständigkeit ist durch das Kriterium der Gewaltbereitschaft zu bestimmen. Völlig untauglich ist naturgemäß das von den bundesdeutschen Inlandsgeheimdiensten praktizierte Abstellen auf Ideologien. Abgesehen davon, dass bei Abstellen auf Ideologiekomplexe naturgemäß die Grundrechte Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Verbot der politischen Diskriminierung und Menschenwürde und die Verfassungsprinzipien Rechtsstaat, Mehrparteienprinzip, politischer Pluralismus und letztlich Demokratie zumindest delegitimiert, wenn nicht negiert werden, ist das Abstellen auf Meinungskomplexe zur Bestimmung der Staatsgefährdung einfach nicht operabel. Dabei will der VS sogar vom einschränkenden Merkmal des „aggressiv-kämpferischen“ absehen, da dies zwar Voraussetzung für ein Parteiverbot wäre, nicht aber für seine Gedankenanalysen.

Man muss nämlich generell ein ideologisches Kontinuum feststellen, das „von liberalen und sozialistischen bis zu neokonservativen und faschistischen Vorstellungen“ reicht, wie etwa Stefan Vogt in seinem Werk von 2006: Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918-1945, auf S. 18 festgestellt hat. Die von ihm analysierte SPD-Richtung hat dabei – trotz ihres Kampfes gegen den Nationalsozialismus – mit eben diesem Nationalsozialismus ideologisch erhebliche Wesensverwandtschaft aufgewiesen. Dies zeigt dementsprechend auf, dass – vom bundesdeutschen VS aus durchsichtigen Gründen völlig ignoriert – gerade die Übergänge von sozialistischen und faschistischen Ideenansätze als „fließend“ beschrieben werden konnten (so Vogt auf S. 22) und es wohl noch immer sind.

Bei diesem geistig-ideologischen Kontinuum, das man etwa von Identitärer Bewegung ausgehend zur AfD feststellen mag, ist aber

nicht etwa „bewiesen“, dass die „Rechten“ doch alle „rechtsextrem“ wären. Die Erkenntnis eines ideologischen Kontinuums, welches auch die etablierte Mitte – und gerade diese, die davon lebt, von „rechts“ und „links“ aufzusaugen – notwendigerweise einschließt, ist als solche überhaupt nicht anrüchig, sondern beruht auf der humanistischen Einsicht, dass es unter Menschen keine völlige Fremdheit gibt. Nur Rassisten und anscheinend „Verfassungsschutz“ können annehmen, von einer unüberbrückbaren Andersartigkeit von Mitmenschen ausgehen zu dürfen, wenn sie etwas fremdenfeindlich mit „Extremismus“ etikettieren. Dabei ist schon die amtliche Ideologieanordnung, wenn nicht von vorherein falsch, dann zumindest äußerst problematisch: Dies lässt sich am Hauptbezugspunkt der bundesdeutschen ideologischen Staatssicherheit demonstrieren: „Hitler ist keineswegs so leicht als extrem rechts im politischen Spektrum einzuordnen, wie viele Leute zu tun gewohnt sind“ (so Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, 1981, S. 60). Vielmehr ist die Militäropposition von 1944 als „rechts von ihm“ einzustufen. Folglich müsste sich schon die Frage stellen, gegen wen der „Verfassungsschutz“ mit seiner ideologischen Rechtsextremismusbekämpfung eigentlich bewältigungspolitisch, d.h. staatlich sinnstiftend abzielt: Gegen den – im Geheimen immer noch als übermächtig imaginierten – Nationalsozialismus oder den (wohl) „rechtsextremen“ Widerstand gegen ihn? Ein umfassender „Verfassungsschutz“ wird sich sicherlich gegen beides wenden, weil dies die Zahl der Feinde und damit bei ideologiepolitischem Verständnis den Nachweis der Existenzberechtigung von „Verfassungsschutz“ erhöht. „Kampf gegen rechts“ und „Bekämpfung des „Rechtsextremismus“ ist dann letztlich doch dasselbe: Staatliche Ideologiepolitik kann da keinen Unterschied machen. Diesen entscheidenden Unterschied kann nur der Rechtsstaat machen, welcher nicht auf Gesinnung, sondern auf gefährliche Handlungen abstellt! Und auch die Äußerung einer problematischen Gesinnung kann aufgrund der Grundrechtsgewährleistungen, sollte diese etwas bedeuten und nicht vollständig delegitimiert werden, nicht als Staatsgefährdung angesehen werden.

Umfassende Änderungen: eine alternative Staatsschutzkonzeption

Anstelle der Bekämpfung von gefährlich angesehenen Ideologien, Ideenkomplexen und geistesgeschichtlichen Bezugnahmen ist das rechtsstaatlich erforderliche Minimum für die Bestimmung der Zuständigkeit von Inlandsgeheimdiensten mit Gewaltanwendung / Gewaltbereitschaft zu bestimmen. Man mag den Inlandsgeheimdiensten erlauben, etwa bei akademischen Seminarveranstaltungen, bei denen über die weltgeschichtliche Notwendigkeit von Revolutionen diskutiert wird, nachzusehen, ob da tatsächlich etwas in die Praxis umgesetzt wird, indem etwa Sprengstoffanleitungen gelesen werden. Aber darüber wird in der Öffentlichkeit nur dann berichtet, wenn eben festgestellt werden sollte, dass man sich tatsächlich um Sprengstofferwerb bemüht. Bei Verneinung derartiger Absichten ist über den Beobachtungseinsatz allenfalls im parlamentarischen Kontrollgremium zu berichten.

Damit ist auch schon das Minimum einer zur Überwindung der illiberalen Demokratie dringend erforderlichen Reform definiert: Das Gesetz über das Bundesamt für Verfassungsschutz ist so zu ändern, dass „verfassungsfeindliche Bestrebungen“ nur dann vorliegen, wenn zumindest Gewaltbereitschaft bejaht werden kann, die auf einen unrechtmäßigen Machterwerb abzielt.

Eine Partei mit dem anspruchsvollen Namen „Alternative für Deutschland“ sollte es nicht bei dieser, wenngleich zentralen Minimallösung belassen, sondern sollte eine wirkliche Alternative zur bestehenden bundesdeutschen Staatsschutzkonzeption entwickeln. Schon rein taktisch ist eine derartige Alternativkonzeption erforderlich, um überhaupt die politische Chance zur Verwirklichung der aufgezeigten Minimallösung zu erhalten oder zumindest bei bestehender Gesetzeslage zu erreichen, dass aufgrund einer rechtsstaatlichen Anwendung der bestehenden VS-Gesetze sie selbst kein Verdachtsfall mehr ist.

Ausgangspunkt von derartigen umfassenderen Neuregelungen muss das Bewusstsein sein, dass „Verfassungsschutz“ den Kern eines Parteiverbotsersatzsystems darstellt, dessen weitere zentrale Komponente die letztlich auf rechtlich unverbindliche Verfassungsschutzberichte gestützte politische Verfolgungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst zur Diskriminierung von Mitgliedern und Anhängern einer Oppositionspartei darstellen. Damit wird – allerdings mit Zustim-

mung der Rechtsprechung – die Legalitätswirkung umgangen, die der Monopolisierung des Parteiverbots beim Bundesverfassungsgericht zugeschrieben wird. Aufgrund dieser Legalitätswirkung darf eigentlich keine staatliche Stelle vor einem förmlichen Verbot behaupten, dass eine verfassungswidrige Partei vorliege. Diese zentrale Legalitätswirkung wird durch das „verdeckte Parteiverbot“ dieses Verbotsersatzsystems umgangen.

Dementsprechend wäre bei einer umfassenden alternativen Staatsschutzkonzeption bei einer Neuregelung des Parteiverbotskonzepts anzusetzen. Die Hoffnungen, die man gehabt haben mag, dass das Bundesverfassungsgericht seine Parteiverbotskonzeption im Zusammenhang mit dem zweiten Verbotsverfahren gegen die NPD – das erste ist ja an den als Skandalbehörden in Erscheinung getretenen Verfassungsschutzämtern gescheitert – im Sinne einer „liberalen Demokratie des Westens“ ändern würde, haben trotz des Scheiterns des Verbots doch getrogen. Anders als in westlichen Demokratien, wie bestätigt durch die Guidelines on Prohibition and Dissolution of Political Parties and Analogous Measures der sog. Venedig-Kommission der „Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht“ des Europarates von 1999, die das Bundesverfassungsgericht nicht als maßgebend anerkennen wollte, wird bei einem bundesdeutschen Parteiverbot nicht auf das Gewaltkriterium als Verbotsvoraussetzung abgestellt, sondern auf sog. „Werte“ – womit man zentral bei der kritikwürdigen VS-Methodik angelangt ist. Man wird aufgrund der Entscheidungspraxis des Bundesverfassungsgerichts um eine Grundgesetzänderung nicht herumkommen. Man sollte die Vereinsverbotsvorschrift von Artikel 9 (2) GG in der Weise ändern, dass sie dem § 78 (2) der Verfassung des freien Königreichs Dänemark im Norden der nur freiheitlichen Bundesrepublik Deutschland entspricht:

> Vereine, die sich unter Anwendung von Gewalt betätigen oder ihre Ziele durch Gewaltanwendung, Anstiftung zu Gewaltanwendung oder ähnliche strafbare Beeinflussung Andersdenkender zu erreichen suchen, werden durch Gerichtsurteil aufgelöst.
>
> Anstelle des letzten Nebensatzes könnte man vorsehen: „werden von der Verbotsbehörde aufgelöst.“

Daran anknüpfend könnte man bei der Parteiverbotsvorschrift des Artikels 21 (2) GG vorsehen, dass Parteien bei Vorliegen der

Voraussetzungen nach Artikel 9 (2) GG n.F. vom Bundesverfassungsgericht aufgelöst werden. Dabei sollte das Parteiverbotsverfahren durch Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes insoweit demokratisiert werden, dass neben den derzeit zur Antragstellung berechtigen Staatsorganen politische Parteien oder zumindest Parlamentsfraktionen einen derartigen Verbotsantrag stellen können. Dann wäre gewährleistet, dass etwa SPD und CDU bei Vorliegen der Verbotsvoraussetzungen, etwa wegen Staatsfinanzierung gewalttätiger Antifa-Organisationen oder wegen Befürwortung einer ideologiepolitischen Verfassungsschutzpolitik, genauso einer „Verbotsdiskussion" ausgesetzt werden könnten, wie diese etablierten Parteien derzeit neue Parteien aufgrund ihrer Verfügungsgewalt über die antragsberechtigen Staatsorgane einer „Verbotsdiskussion" durch Erklärung zum „Verdachtsfall" unterwerfen. Wobei die Verbotsersatzbehörden aufgrund der derzeitigen Rechtslage oder Rechtspraxis dazu nicht einmal den Nachweis einer rechtswidrigen Handlung benötigen, sondern politische Auffassungen genügen, die sie für unerwünscht halten, weil sie einer unerwünschten Oppositionspartei Wählerstimmen einbringen könnten. Bei einer derartigen Grundgesetzänderung würde sich der derzeitige „Verfassungsschutz" fast von selbst als unrechtmäßig erledigen.

Abschließend: Was besagt die Erkenntnis, die in einem Werk zu finden ist, das im Umfeld der umfangreichen Publikationen des „Verfassungsschutzes" zu finden ist und zwar von Tom Thieme, „Parteipolitischer Extremismus in Russland" in der Reihe „Extremismus und Demokratie", 2007, S. 181): „Dass das Prinzip der wehrhaften Demokratie in einem defekt-demokratischen System wie dem Russlands jedoch selbst zum Feind der Freiheit mutieren kann, darf … nicht unterschlagen werden." Diese Erkenntnis gilt halt dann auch für die Bundesrepublik Deutschland und nicht nur für das von etablierten deutschen Politikern immer wieder kritisierte Russland ,wie das geheimdienstliche Vorgehen gegen die Hauptoppositionspartei im Bundestag deutlich macht. Der Leiter der entsprechenden Bundesbehörde scheint dabei gegen die politische Opposition hauptsächlich „Verdachtssplitter" anführen zu wollen – die Verdachtsbalken gegen ihn und die ihm unterstellte Behörde will er, dem biblischen Gleichnis entsprechend, nicht erkennen!

Christoph Radl

Wieviel Klimawandel macht der Mensch? –

Sebastian Lüning im Deutschen Bundestag

Auf Einladung der AfD-Bundestagsfraktion hielt Dr. Sebastian Lüning am 28. Januar 2019 im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages einen Vortrag mit dem Titel „Wieviel Klimawandel macht der Mensch? – Eine kritische Überprüfung der Thesen des Weltklimarats IPCC“. Die swg unterstützte die Veranstaltung und war unter anderem mit ihrem Vorsitzenden Manfred Backerra vor Ort.

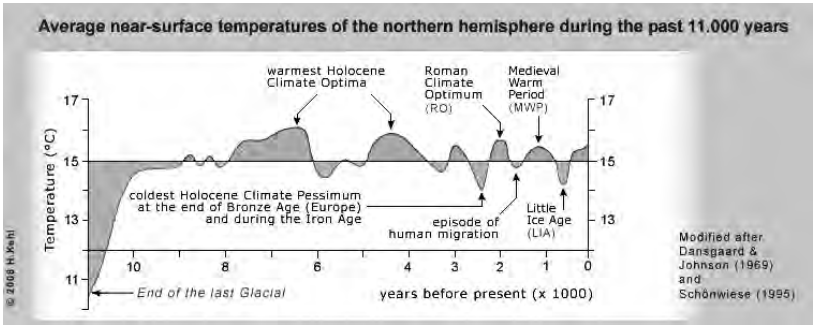
Es war das erste Mal, dass eine Veranstaltung mit Beteiligung der swg in den Räumen des Deutschen Bundestages stattfand. Somit leistete die swg einen sachlichen Beitrag in Zeiten der Klimahysterie. Dr. Lüning ist ein habilitierter Geologe und wurde 2012 als Coautor des Buches „Die kalte Sonne“ einem breiteren Publikum bekannt. Er ist als Erdölgeologe in Portugal tätig und reiste extra für den Vortrag aus Lissabon an.

Seit Jahren beschäftigt das Dogma der menschengemachten Klimaerwärmung Gesellschaft und Politik auf der ganzen Welt, besonders aber in Deutschland, wo das Wort Gesetz geworden ist und uns seit Jahren Milliardenbeträge kostet. Die Debatte war von Anfang an ideologiebeladen, jedoch war es im Januar dieses Jahres noch nicht absehbar, welches Ausmaß die CO_2-Hysterie mit dem Auftauchen von Greta aus Schweden annehmen würde. Mittlerweile scheint sogar ein Bundeskanzler von den Grünen in den Bereich des Möglichen gerückt zu sein.

Grund genug, sich mit den naturwissenschaftlichen Hintergründen der menschengemachten Klimaerwärmung zu beschäftigen.

Die Thesen und Argumente von Dr. Lüning lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Ja, der Mensch beeinflusst das Klima, davon ist auszugehen
- Allerdings spielen auch natürliche Klimafaktoren eine wichtige Rolle
- Eine genaue und realistische Quantifizierung der Anteile steht noch aus
- Die enormen natürlichen Klimaschwankungen in vorindustrieller Zeit deuten an, dass wohl mindestens die Hälfte der bisher beobachteten Erwärmung natürlichen Ursprungs ist
- Die Erwärmungswirkung des CO^2 muss entsprechend reduziert werden, die zukünftige Erwärmung ist damit viel weniger dramatisch als vom IPCC angenommen
- Dies gibt uns die Zeit, die Energiewende weniger überstürzt, dafür aber technisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger zu gestalten.



Des Weiteren deutet sehr vieles darauf hin, dass es nicht wärmer wird, weil der CO^2-Gehalt der Luft steigt, sondern der CO^2-Gehalt der Luft steigt, weil es wärmer wird. Erdgeschichtlich betrachtet, ist der heutige CO^2-Anteil der Atmosphäre sehr gering.

Der Vortrag wurde neben vielen Mitgliedern der swg aus dem Raum Berlin auch von zahlreichen Mitarbeitern und Abgeordneten des Deutschen Bundestages besucht und live im Internet übertragen, wo er bereits über 60.000 mal gesehen wurde. Der ganze Vortrag ist im

Internet als Video abrufbar. (QR-Code oder einfach nach „Dr. Lüning Klimawandel 2019“ suchen)

Unser Vorsitzender, Herr Oberst a.D. Manfred Backerra, sprach ein Grußwort. Es spricht vieles dafür, eine ähnliche Veranstaltung erneut durchzuführen und bei anderen Veranstaltungen die Verwendung sozialer Medien sehr ernsthaft zu prüfen.

v.l.n.r. Backerra, Dr. Lüning, Dr. Heiko Wildberg MdB (Organisator)

Seit ihrem Einzug in den Deutschen Bundestag befasst sich der Arbeitskreis Umwelt der AfD-Fraktion intensiv mit dem offiziellen Klimadogma und hat hierzu zahlreiche Wissenschaftler aus aller Welt eingeladen. Unter anderem ist er zu folgenden Überzeugungen gelangt, die er auch offensiv vertritt:

- Steigende Schadenssummen durch Extremwetterereignisse haben ihre Ursachen in der Bevölkerungsvermehrung, zunehmendem Wohlstand, immer höheren Versicherungssummen, ungeeigneten Baupraktiken und riskanten Baugrundausweisungen. Sie sind kein Indikator für einen allgemeinen Klimawandel und noch weit weniger für einen „menschengemachten“ Klimawandel. Der irrige Eindruck entsteht auch durch sensationell aufgebauschte, mediale Berichterstattung über ungewöhnliche Naturereignisse, die es weltgeschichtlich aber immer gab.
- Die so genannte „Klimawissenschaft“ und deren Prognosen werden keineswegs von „über 90% der Wissenschaftler“ geteilt, wie von interessierter Seite gebetsmühlenartig behauptet wird. Bei den Berichten des IPCC, dem sogenannten „Weltklimarat“, herrscht ein Zitierkartell und eine „ergebnisorientierte“ Auswahl von Arbeiten vor, die an die Stelle „ergebnisoffener“ Forschung an der Tagesordnung sind. Völlig unterschlagen wird dabei, dass es auch andere und ernstzunehmende Wissenschaftler gibt, deren Beiträge in teuren Fachzeitschriften quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinen.
- Seit Jahren rückt der (pseudo)-wissenschaftliche Anspruch in der Klimadiskussion in den Hintergrund und wird zunehmend durch eine alarmistische, moralisierende und denunziatorische Propaganda ersetzt. Siehe die sensationsheischende, mediale Berichterstattung über den heißen Sommer des Jahres 2018. Gefolgt von ebenfalls unseriösen Beiträgen über den schneereichen Winter der Jahresfolge 2018/19. Hitze im Sommer, Kälte im Winter werden künstlich zur Katastrophe stilisiert und Sie und ihr PKW seien schuld daran. Bitte Schuldgefühle entwickeln und der grünen Klimakirche beitreten – so lauten die Parolen!
- Spätestens seit dem Erscheinen von Klima-Greta aus Schweden, eines vom Asperger-Syndrom gezeichneten 16-jährigen Mädchens, kann von einer Klimareligion gesprochen werden. Es geht nicht mehr um Erkenntnisse und Lösungen, sondern um Schuld, Sühne und

Aussage von Prof. Stefan Ramdorf, Potsdam-Institut für Klimaforschung
https://www.eike-klima-energie.eu/2019/06/15/klima-forscher-geben-schon-lange-zu-dass-ihre-modelle-gar-nichts-vorhersagen-2/

Vergebung. Vergebung ist dann nur noch durch Ablass zu erreichen, der in Form einer EEG-Umlage gewährt wird oder per Strafzahlung zu erreichen ist.

- Die Klimareligion fordert finanzielle Opfer in hoher Milliardenhöhe. Wie bei der Entwicklungshilfe gilt auch hier: Es wird von armen Menschen in reichen Ländern an reiche Menschen in armen Ländern umverteilt.
- Die Klimareligion ist Vehikel alter, sozialistischer Steuerungswünsche: Es soll ein neuer Mensch geschaffen und tief in die Wirtschaft eingegriffen werden. Wie im realen Sozialismus, werden durch die Klimareligion marktwirtschaftliche Prozesse massiv gestört und dem Menschen das kritische Denken abgewöhnt.

ZFI Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt
Jetzt im Internet zu erreichen unter: http://www.zfi-ingolstadt.de.

zur ZEIT

DAS WOCHENMAGAZIN

Die andere Perspektive

Das Wochenmagazin für Österreich und Deutschland mit der politisch unkorrekten Perspektive

Immer Freitags neu in der Trafik – 60 Seiten Information aus Politik und Kultur für Leser, die Unabhängigkeit schätzen

Bei Fragen zum Abonnement oder an die Redaktion kontaktieren Sie bitte:

E-Mail: verlag@zurzeit.at
oder Tel.:
(+43/1) 712 10 57
Internet:
www.ZurZeit.at
Gratis Probeabo:
www.ZurZeit.at/Gratis-Abo

Gratis Probeabo: www.ZurZeit.at/Gratis-Abo

zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT

Manfred Ritter

Die Bewältigung des deutschen Schuldkomplexes.

Die alliierte Nachkriegspropaganda von der Kollektivschuld hat bei vielen Deutschen einen Schuldkomplex verursacht. Dies hatte schwerwiegende negative Auswirkungen auf die Politik. Diese Schuldgefühle sind selbst heute, wo sich fast alle auf die „Gnade der späten Geburt" berufen könnten, noch immer in den Köpfen der meisten Deutschen verwurzelt, weil viele unserer Medien und Politiker versuchen, sie immer wieder zu neu zu beleben und zu instrumentalisieren. Da kollektive Schuldkomplexe genauso gefährlich sind wie kollektiver Größenwahn, kann dies für Deutschland und Europa – besonders in einer Krisensituation – noch gefährliche Folgen haben. Deshalb ist es höchste Zeit, dass dieser Schuldkomplex beseitigt wird. Dazu bedarf es einer Staatsphilosophie, die die Verantwortung für die Entscheidungen einer Regierung nicht kollektivistisch dem Volk aufzwingt.

Natürlich sind in der Vergangenheit von rechten Publizisten und Organisationen zahllose Versuche unternommen worden, dieses Problem zu lösen. Dabei befasste man sich allerdings kaum mit der Frage, ob kollektive Schuldvorwürfe gegen Völker überhaupt berechtigt sein können, sondern versuchte meist die dem 3. Reich vorgeworfenen Verbrechen zu verharmlosen und zu relativieren. Damit wurde allerdings im Ergebnis nur die Schuld-Diskussion zusätzlich angeheizt. In diesem Artikel wird die zentrale Frage untersucht, wie weit man einem im Staat vereinigten Volk die Taten und die Schandtaten seiner Regierung zurechnen kann. Kann man also viele Millionen Individuen in eine Zwangsgemeinschaft mit der Regierung pressen und sie dann für die Taten ihres Führungspersonals moralisch verantwortlich machen? Denn genau dies tun die Propagandisten kollektiver Schuldvorwürfe. Deshalb kann die Lösung des Problems nur in einer strikten Trennung der in einem Staat vereinigten Menschen (also in der Regel eines

Volkes) von ihrer Regierung liegen. Denn die jeweiligen Machthaber handeln zwar im Namen des Staates, und die Bevölkerung muss deshalb auch die negativen Folgen ihres Handelns ertragen. Die moralische Verantwortung und die Schuld liegen aber allein bei den Machthabern und ihren unmittelbaren Helfern.

Man kann den Staat also mit einer Aktiengesellschaft vergleichen. Wenn etwa die Vertreter der Gesellschaft die Kunden betrügen, muss diese (zu Lasten der Aktionäre) dafür haften. Die moralische Verantwortung und Schuld liegt aber nicht bei den Aktionären, sondern allein bei den Entscheidungsträgern der AG.

Dies wird von den meisten Völkern dieser Erde auch so gesehen. Denn die Geschichte der Menschheit ist voll von Despoten, die als Massenmörder gewütet haben. Viele Völker mussten daher einen Weg finden, wie sie mit den Verbrechen ihres Führungspersonals umgehen konnten, ohne das – in der Regel unschuldige – Volk für diese Taten verantwortlich zu machen.

Dabei sind sie oft relativ großzügig und räumen vielen dieser Gewalttäter trotz deren Verbrechen einen Rang als große historische Persönlichkeiten ein. Aber selbst in Ländern, in denen diese ehemaligen Machthaber einen schlechten Ruf haben, kommt niemand auf die Idee, sich kollektiv für die Verbrechen dieser Leute verantwortlich und mitschuldig zu fühlen. Deshalb sind Stalin und Mao Tse Dung für die Russen und Chinesen nur noch Geschichte. Warum ist dies bei uns hinsichtlich des 3. Reiches nicht ebenso?

Entscheidend ist offenbar, wie weit sich die Bürger mit ihrem Staat und seiner Führung identifizieren. In den meisten Ländern beschränkt sich der Patriotismus auf den Staat und seine Bürger. In Deutschland wurden dagegen die Bürger bis zum Ende des 1. Weltkrieges auf den Kaiser eingeschworen, der den Staat verkörperte. Im 3. Reich übernahm Hitler diese Rolle in noch totalitärerer Weise. Diese Tradition der Personalisierung des Staates durch einen Menschen wirkt unterschwellig bis heute nach und sollte unbedingt beendet werden. Denn nur mit einer strikten Trennung von Staat und seinem Führungspersonal ist eine normale Politik möglich, die nicht durch Untaten vergangener Staatsführungen belastet wird.

Eine Regierung hat zwar normalerweise viele Anhänger, und die Mehrheit der Bevölkerung wird diesen Staatsführern zumindest so lange zujubeln, wie sie erfolgreich sind. Sobald sie aber versagen,

wird eine neue Mehrheit versuchen, sie so schnell wie möglich wieder los zu werden, weil sie eben nicht den Staat auf Gedeih und Verderb verkörpern, sondern austauschbar sind. Hier gelten die gleichen Naturgesetze wie beim Wolfsrudel, und es wäre falsch, diese Gesetze, die dem Überleben der Gruppe dienen, zu missachten.

Die Nibelungentreue mag zwar von manchen Menschen (besonders in Deutschland) als besonders ehrenwert angesehen werden. Sie hatte in der Sage allerdings auch den Tod aller „Getreuen" zur Folge und war damit im Sinne der von der Natur vorgesehenen Überlebensstrategie falsch. Bei logischer Betrachtung haben deshalb der Patriotismus und die Treue der Bürger primär dem Volk und dessen Überleben zu dienen. Und dies ist meist umso erfolgreicher möglich, je schneller man ein erfolgloses Führungspersonal absetzt.

Wenn ein Diktator verlangt, dass das Volk mit ihm zusammen unterzugehen hat, stellt er die Dinge auf den Kopf, da sich echte Führer für das Volk opfern müssten und nicht umgekehrt. Es ist zwar verständlich, dass Politiker und besonders Diktatoren zum Machterhalt diese Nibelungentreue zu beschwören versuchen und den Patriotismus vor allem auf ihre Person beziehen wollen. Vor allem, wenn sie sich als die Verkörperung des Staates fühlen. Die Parole: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer" sollte alle zu einem untrennbaren Kollektiv vereinen und die Bürger zur unbedingten Treue gegenüber Adolf Hitler verpflichten. Damit wurde das Volk für die Taten und Schandtaten seiner Führung mitverantwortlich gemacht, obwohl es kein Mitspracherecht bei den Entscheidungen hatte. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die alliierte Kollektivschuldpropaganda diese kollektivistische Ideologie übernahm. Hier galt offenbar der Grundsatz, dass der Zweck die Mittel heiligt.

Friedrich der Große wollte der erste Diener seines Staates sein. Im 3. Reich fühlte sich Hitler dagegen als die Verkörperung des Staates, und das Volk hatte letztlich ihm und seinen Ideen zu dienen. Auch wenn er dies subjektiv als das Beste für das Volk angesehen haben mag, rechtfertigt dies nicht die Entmündigung der Bürger in einem totalitären System. Besonders, weil kein Mensch unfehlbar ist und weil es deshalb für einen Staat verhängnisvoll enden muss, wenn ein beratungsresistenter Diktator an seine Unfehlbarkeit glaubt. Deshalb gebietet es die Vernunft, Staat und Führung soweit zu trennen, dass keine dauerhafte „Verschmelzung" stattfinden kann. Je besser diese

Trennung funktioniert, umso besser kann das Volk die Führung austauschen, wenn sie versagt. Das ist der große Vorteil einer Demokratie.

Die Nachkriegspropaganda von der deutschen Kollektivschuld war – wie bereits erwähnt – die konsequente Fortsetzung des im 3. Reich gepflegten totalitären Kollektivismus und das Gegenteil einer demokratischen Denkweise. Denn in einer Demokratie ist man daran gewöhnt, dass die politische Führung regelmäßig ausgetauscht wird und deshalb nicht mit dem Staat gleichgesetzt werden darf. Sie ist also nur Vertreterin des Staates auf Zeit. Deshalb wird sich kein vernünftiger Demokrat für die Entscheidungen der Regierung mitverantwortlich fühlen oder sich gar auf Gedeih und Verderb mit der Regierung solidarisieren. Insbesondere, wenn er eine Oppositionspartei gewählt hat.

Manche rechte Kreise in Deutschland, die dies anders sehen, sollten bedenken, dass sie sich dann konsequenterweise auch für Frau Merkels Entscheidungen mitverantwortlich und mitschuldig fühlen müssten.

Ein Bürger darf sich daher über die Fehler und Untaten seiner Regierung ärgern, er darf sie verurteilen oder sie sogar verfluchen. Er wäre aber ein Narr, wenn er sich für die Regierungsentscheidungen kollektiv mitverantwortlich oder schuldig fühlte. Denn Regierungen müssen oft genug vom Volk „ertragen“ werden, wie das Wetter oder Naturkatastrophen. Deshalb sind die Bürger nicht die Täter, sondern nur die Opfer einer schlechten Politik.

Lediglich in einer direkten Demokratie (wie in der Schweiz) könnte man dies anders sehen. Aber auch nur dann, wenn jemand bei der Volksabstimmung für eine bestimmte Maßnahme gestimmt und damit auch einen Teil der Verantwortung dafür übernommen hat. In einer repräsentativen Demokratie kann auch ein Wähler der Regierungsparteien in der Regel nicht voraussehen, welche Entscheidungen am Ende im Parlament getroffen werden. Deshalb ist seine Mitverantwortung allenfalls marginal.

In totalitären Systemen, in denen der Einzelne nichts zu sagen hat, sondern sich vollständig der Regierung unterwerfen muss, ist eine Mitverantwortung und Mitschuld des Volkes an den Entscheidungen unter keinen Umständen mehr zu rechtfertigen. Es sei denn, man ist ein fanatischer Kollektivist, der Menschen in ein Kollektiv presst und alle Mitglieder für die Verfehlungen Einzelner verantwortlich macht. Ein solcher Schuld-Kollektivismus diente den Kommunisten zur Verfol-

gung der bürgerlichen „Kapitalisten“ und der NSDAP zur Verfolgung und Ermordung der Juden. Er bewegt sich auf dem barbarischen Niveau von Blutrache und Sippenhaft. Dass die westlichen Alliierten diesem undemokratischen Schuldkollektivismus folgten, war eigentlich ein unglaublicher Skandal und hätte von allen guten Demokraten verurteilt werden müssen!

Heute wird diese Kollektivschuldthese zwar nicht mehr in ihrer ursprünglichen brutalen Form propagiert. Sie ist jedoch durch eine ständige indirekte Propaganda tief in den Köpfen der Menschen verankert. Gerade von unseren etablierten Medien, die sonst jeden nationalen Kollektivismus ablehnen, wird dieser negative nationale Schuldkollektivismus immer wieder propagiert. Da hat man plötzlich keinerlei Probleme mit einem kollektiven „Wir“-Gefühl. „Wir mit unserer Vergangenheit“ dient dann allerdings als „Keule“, mit der die Wahrnehmung eigener Interessen verhindert werden soll.

Obwohl die meisten Deutschen versuchen, das „Schuld-Thema“ zu verdrängen, löst es bei ihnen reflexartig Schuldgefühle aus, sobald das Stichwort „deutsche Vergangenheit“ ertönt. Die Vergangenheit wurde bei uns deshalb nie wirklich bewältigt, sondern hat zu einem Schuld- und Minderwertigkeitsgefühl bei vielen Deutschen geführt. Deshalb wollen sich viele nicht mehr mit der eigenen Nation identifizieren und versuchen in ein Weltbürgertum oder zumindest in einen „Europäischen Staat“ zu flüchten. Einige Menschen mit psychopathischen, selbstzerstörerischen Neigungen laufen sogar mit dem Transparent „Deutschland verrecke“ durch die Straßen.

Unser politisches und mediales Establishment nutzt dieses psychische Trauma der Bürger schamlos aus, wenn es Entscheidungen gegen die deutschen Interessen trifft. Dann müssen wir wegen unserer Vergangenheit – etwa in der Flüchtlings- und Energiepolitik – mit „gutem Beispiel“ vorangehen, und die Wahrnehmung der eigenen Interessen wird uns damit aus „moralischen“ Gründen verboten. Dieses Verhalten ist besonders infam, weil es die Freiheitsrechte der Bürger durch eine subtile Form des „Psycho-Terrors“ auszuhebeln versucht.

Verständlicherweise vermeiden es bürgerliche Kreise, sich mit dem Kollektivschuldthema zu befassen, weil sie sich nicht an diesem „heißen Eisen“ die Finger verbrennen wollen. Dies gilt auch, weil es seit vielen Jahrzehnten eines der wichtigsten Themen in rechtsradikalen Kreisen ist. Diese sind aufgrund ihrer Nähe zur NS-Ideologie aber meist

selbst zutiefst kollektivistisch eingestellt. Für sie bilden Staat, Volk und Regierung eine untrennbare Einheit und sie betrachten pauschale Schuldvorwürfe gegen Völker und Rassen als Selbstverständlichkeit. Deshalb können sie den ungerechten Kollektivismus, der in solchen Schuldvorwürfen steckt, nicht angreifen.

Daher versuchen sie die Untaten des NS-Regimes zu minimieren und zu verharmlosen oder aber durch den Hinweis auf die Verbrechen der Kriegsgegner zu relativieren. Es stört sie dabei nicht, dass sie damit keinen Erfolg haben und in einer „Endlosschleife" dieses Thema immer wieder neu bearbeiten müssen. Darüber freuen sich natürlich ihre Gegner, weil sich die radikalen Rechten deshalb weniger intensiv mit der aktuellen Politik befassen können. Außerdem geben sie damit den Linken Gelegenheit, das Schuld-Thema immer wieder auf die Bühne zu bringen, damit es nicht in Vergessenheit gerät und als Waffe gegen alle rechts stehenden Parteien verwendbar bleibt. Die Profiteure des deutschen Schuldkomplexes hätten deshalb sogar Anlass, entsprechende rechtsextreme Publikationen finanziell zu fördern.

Dieser Zustand muss beendet werden, wenn wir in unserem Land normale und stabile demokratische Verhältnisse bekommen wollen. Daher sollte unter allen Demokraten Einigkeit darüber bestehen, dass Schuld immer individuell und nie kollektiv sein kann. Bei Verbrechen im Namen des Staates liegen die Verantwortung und die Schuld daher allein beim Führungspersonal und den unmittelbaren Tätern. Jedenfalls nicht bei den Völkern und schon gar nicht, wenn diese von einer skrupellosen Diktatur beherrscht werden. Man kann es auf die einfache Formel bringen: „Völker sind immer unschuldig". Das Gleiche gilt für andere Kollektive wie Rassen und Religionsgemeinschaften. Nur auf dieser Basis, die die große Masse der in einem Staat vereinigten Individuen nicht mit einer verbrecherischen Regierung gleichsetzt, ist eine echte Völkerversöhnung möglich.

Der Irrsinn kollektiver Schuldzuweisungen zeigt sich auch daran, dass die Mitglieder solcher Gemeinschaften durch Sterbefälle und Geburten ständig ausgetauscht werden. So sind 74 Jahre nach Ende des 3. Reiches fast alle der damaligen „Täter" verstorben und die meisten heute lebenden Deutschen waren damals noch nicht geboren. Wer sie trotzdem mit einer kollektiven Schuld belastet, die damit zur „Erbschuld" würde, handelt in höchstem Maße unmoralisch. Ähnlich,

wie die Kirchen, die im Mittelalter die Juden für den Tod von Jesus kollektiv verantwortlich gemacht und damit Pogrome verursacht haben.

Die Absage an jede Art von Schuld-Kollektivismus ist auch elementarer Bestandteil der Menschenrechte, denn nur so kann ein Individuum davor geschützt werden, dass man es in ein Kollektiv presst, in dem es für die Taten anderer Gruppenmitglieder haftbar gemacht wird. Dies hat nicht nur im großen Maßstab etwa bei Rassen und Religionen zu gelten, sondern auch in kleinen Gruppen wie Parteien und Vereinen.

Dies konsequent durchzusetzen wäre eine Aufgabe der politischen Korrektheit im besten Sinne. Dann könnte man auch in Deutschland wieder normale politische Interessenvertretung betreiben und die Vergangenheit den Historikern überlassen.

Dieses Ziel sollte auch zu den wichtigsten Anliegen der AfD gehören, da die Medien ständig versuchen, sie in die rechte Ecke zu stellen. Dabei wird vor allem jede Einlassung von Funktionsträgern der Partei auf das Thema „deutsche Vergangenheit“ sofort dazu verwendet, sie als Rechtsradikale zu diskriminieren. Dies hat schon bei den Republikanern gut funktioniert und bot eingeschleusten Provokateuren Gelegenheit, die Partei zu schädigen. Dass bei der AfD jetzt das Gleiche versucht wird, ist offensichtlich.

Die hier vorgeschlagene Lösung des Vergangenheitsproblems durch Ächtung jeder Art von Schuldkollektivismus bietet rechten Parteien die Möglichkeit, sich in vernünftiger Weise vom NS-Regime zu distanzieren und trotzdem die patriotische Verpflichtung gegenüber dem Volk und dem Staat – auch in der Vergangenheit – aufrechtzuerhalten.

Wenn man diesem Regime die alleinige Schuld an seinen Verbrechen zuteilen und damit die Unschuld des Volkes rechtfertigen kann, ist es unerheblich, ob die 12-jährige Herrschaft des NS-Regimes ein „Fliegenschiss“ oder wesentlich mehr in der deutschen Geschichte war. Denn das Volk hat sich aus objektiver Sicht mit den Verbrechen nicht befleckt und muss daher auch nicht die kurze „schlechte“ Zeit mit den langen „guten“ Zeiten seiner Geschichte gegenrechnen. Genauso unerheblich ist es, dass in Berlin ein „Mahnmal der Schande“ steht, da es nicht die Schande des Volkes, sondern die Schande des Regimes symbolisiert. Nur wer die Kollektivschuldthese akzeptiert, hat Anlass sich darüber aufzuregen!

Besonders an diesem Problem kann man erkennen, dass echte politische Freiheit vor allem in der geistigen und psychischen -und

damit auch in der moralischen- Unabhängigkeit des Volkes von seiner jeweiligen Regierung und deren Entscheidungen liegt. Dies ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Demokratie. Und wir sollten sie uns nicht durch einen Schuld-Kollektivismus kaputtmachen lassen.

Manfred Ritter, Jahrgang 1941, war als bayerischer Landesanwalt viele Jahre mit dem Asylrecht befasst und hat dazu Gastkommentare in führenden deutschen Zeitungen (FAZ, DIE WELT, Rheinischer Merkur) veröffentlicht. Bereits 1990 erschien sein wegweisendes Buch: „Sturm auf Europa – Asylanten und Armutsflüchtlinge – Droht eine neue Völkerwanderung“. In dem Buch wird bereits im 1. Kapitel das Unrecht kollektiver Schuldzuweisungen an Völker analysiert, die diese zur Duldung einer gegen ihre Interessen gerichteten Politik veranlassen sollen. Die im 2. Kapitel behandelte Bevölkerungsexplosion als Ursache einer neuen Völkerwanderung war bereits Gegenstand eines Artikels des Autors im der DJ - Ausgabe von 2018. An diesen Beispielen zeigt sich, wie aktuell – hinsichtlich der ungelösten Probleme – dieses vor 29 Jahren erstmals erschienene Buch heute noch ist.

ZFI Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt

Jetzt im Internet zu erreichen unter: http://www.zfi-ingolstadt.de.

Unterwegs zur Weltherrschaft

Ein Enthüllungswälzer

Schon das ausführliche Inhaltsverzeichnis zeigt, dass dies ein Enthüllungswälzer ist. Der über Rechtgeschichtliches promovierte Jurist Helmut Roewer hat als Beamter im Bereich Sicherheit des Bundesinnenministeriums und als Präsident des Verfassungsschutzes in Thüringen über viele Jahre Übung darin, hinter die Kulissen der Zeit ab dem Zweiten Weltkrieg zu schauen. Die Kulissse der Demokratie in den USA verbirgt die eigentlichen Machtcliquen aus Geldmacht und Staatsfunktionären, die entweder ein verschwommenes One World-Regiment oder die Herrschaft als einzige Weltmacht anstreben.

Schon im Zweien Weltkrieg wurde die Kulisse der Schuld Deutschlands an dem wesentlich vom autoritär gesetzwidrig agierenden Roosevelt inszenierten Krieg vorgeschoben. Deshalb durfte Deutschland einem tödlichen Hunger- und Rachejustiz-Regime unterworfen und von seinen materiellen und geistigen Gütern befreit werden.

Für Großbritannien, das dank der Kriegsbesessenheit Churchills sein Imperium verlor, war das allerdings nicht besonders

hilfreich. Doch den Ausrottungsabsichten machte die Wall Street ein Ende, denn sie brauchte einen Markt, um eine Rezession wie nach dem Ersten Weltkrieg zu verhindern.

Dass die Sowjetunion ganz Mitteleuropa unter ihre Knute gebracht hatte, kam da gerade recht: Westeuropa sollte mit dem Marshall-Plan als Anschubfinanzierung nicht nur wiederauferstehen, sondern auch fleißig aufrüsten, wozu der Korea-Krieg ein zusätzliches Argument lieferte. Nicht zuletzt auch Deutschland, das aber weiterhin wegen seiner

„Schuld“ antinational umerzogen wurde, ein Vorgehen, das zugleich die amerikanische Bevölkerung von der Frage nach den wahren Ursachen ihres Kriegsabenteuers abhalten sollte.

Für die Westbindung der Bundesrepublik wirkten rheinisch-katholische Konservative und die linke Frankfurter Schule zusammen. US pressure groups für diese Ausrichtung, wie die Atlantik-Brücke oder das Aspen Institute, zierten sich mit prominenten, oft umgedrehten Deutschen, z.B. Richard von Weizsäcker.

Der Drahtseilakt des Kalten Krieges gelang trotz Krisen und vieler Regime Changes der USA, weil sie mit ihren atomaren Massenmorden den Abgrund der Hölle eines Nuklearkrieges überdeutlich gezeigt hatten. Die Sowjetunion schlug Aufstände in der DDR, in Polen und Ungarn nieder, die USA politisch Unliebsames im Mittleren Osten und in Lateinamerika. Doch Cuba war für sie nicht zu knacken, US-Druck drängte es ins sowjetische Lager.

Die Rasenunruhen und das Vietnam-Desaster, welche beide die Menschenrecht-Heuchelei der USA offenbarten, verursachten zwar einige tiefe Kratzer in der US-Demokratie-Ikone auch in Deutschland, doch ein Umdenken in Sachen „deutsche Schuld“ fand nicht statt. Dafür bildete sich der Gutmenschen-Antifaschismus.

Die USA blieben trotz der Schlappe durch ein Land der Dritten Welt, ungeheurer Kriegskosten und einer „desaströsen Niederlage“ im Iran stark genug, um ihren Gegenspieler über Koexistenz, Helsinki-Konferenzen, beidseitige Abrüstung strategischer Raketen mittels Nato-Doppelbeschluss und der Drohung mit dem Krieg der Sterne in den Ruin zu treiben.

Der sowjetische Versuch, Westeuropa durch einseitige Raketen-Rüstung zu erpressen, hatte sich dank deutschen Alarms und nachfolgender Nachrüstungsdrohung der Nato als eine sehr kostspielige Fehlinvestition erwiesen. Nicht zuletzt, weil wider sowjetisches Kalkül die von ihr unterstützte Friedensbewegung die Nachrüstung nicht verhindern konnte.

Die von den Deutschen der DDR erzwungene deutsche Vereinigung passte der US-Führung ins Konzept, weil sie sich sicher war, dass das größere Deutschland ein Gewinn für das eigenen Lager sein werde. Nach dem Zerfall des Sowjet-Imperiums konnten sich die USA als die einzige Weltmacht fühlen. Doch ihre Kriege, Regime Changes

sowie sonstigen militärischen und wirtschaftlichen Machtprojektionen haben der Anerkennung ihrer Dominanz selbst im eigenen Lager geschadet, zumal ein wiedererstarktes Russland und ein mächtig gewordenes China Paroli bieten.

Ob es dem seit einem Jahrhundert zum ersten Mal nicht von den Geld- und Machtcliquen vorbestimmten Präsidenten gelingen wird, eine dem Wohle aller Amerikaner dienende, konfliktfreiere US-Weltpolitik durchzusetzen, ist noch offen. Ebenfalls, ob Deutschland zu einer eigenständigen Interessenpolitik findet, oder ob es sich weiter von den bisherigen kriegslüsternen US-Machtcliquen bestimmen lässt.

Äußerst dramatisch ist, dass „Deutschlands herrschende Elite unter dem Banner der Eine-Welt-Ideologie sich mit Hilfe der Einwanderung von asiatischen und afrikanischen Analphabeten anschickt, die deutsche Nation aufzulösen.“ Obwohl dies offen erklärtes link-grünes Programm mit totalitärem Anspruch ist, regt sich bei den weitgehend nationalvergessenen Wessis dagegen kaum Widerstand.

Nur sehr viele Ossis, die noch ein Gespür für das sich abzeichnende Totalitäre haben und von alliierter und Frankfurter Gehirnwäsche verschont geblieben sind, haben sich noch ein Nationalbewusstsein bewahrt und leisten Widerstand. Ob er im Westen Schule macht, ist ungewiss.

Dieses letzte Buch der Trilogie „Unterwegs zur Weltherrschaft“ der USA über den Ersten und Zweiten Weltkrieg bis heute liest sich schon wegen Roewers lakonischer Ironie mit Vergnügen: [Im Vietnam-Krieg] „verschärfte man die pädagogischen Mittel der democracy: Napalm und Orange Agent hießen die neuen Lehrmethoden. [...] Unbegreiflich genug wollten die Vietnamesen trotz dieser Vorführung westlicher Werte immer noch nicht die amerikanische Überlegenheit anerkennen. Jetzt mussten Bodentruppen heran. “

Diese prall mit Hintergründen unterfütterte Chronologie ist mit über 1100 Fußnoten sehr gut belegt; allerdings wünschte man sich für viele Angaben auch die Originalquelle der Fundstelle.

Für die Erlebnisgeneration wie für die Jüngeren hat Helmut Roewer eine äußerst lebendige, nüchtern erhellende Geschichte einer Periode geschrieben, in welcher weitestgehend menschenverachtender Egoismus der Handelnden bestimmend und Idealismus für nützliche Idioten reserviert ist.

Wer für deutsche Real- und Interessenpolitik eintreten will, sollte sie unbedingt konsultieren.

Helmut Roewer: Unterwegs zur Weltherrschaft. Band 3: 1945 bis heute. Warum das US-Imperium so lange bei uns Erfolg hatte, jedoch an der Umerziehung der Ostdeutschen scheiterte, Scidinge Hall, Tübingen 2018. 487 Seiten, viele Abbildungen, broschiert, 24,95 Euro.

Manfred Backerra

Merkel am Ende

Der Münchener Finanzbuch-Verlag hat im November 2018 ein Buch mit dem o. a. Titel herausgebracht, das wir unseren Lesern empfehlen möchten. Autor ist ein renommierter deutscher Historiker und Japanologe mit einer beachtlichen journalistischen Laufbahn. Diese führte ihn von der Financial Times Deutschland über das Handelsblatt zur Wirtschaftswoche mit einer Unterbrechung als Pressesprecher im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Der Untertitel des Buches: „Warum die Methode Angela Merkels nicht mehr in unsere Zeit passt“, verrät den überaus kritischen Ansatz. In 4 sehr übersichtlich gegliederten Kapiteln führt der Autor auf insgesamt 220 Seiten seine scharfe Kritik an der Politik der noch amtierenden Bundeskanzlerin aus. Die Überschriften lauten wie folgt:

Kapitel 1: Die Fesseln Merkelscher Macht
Kapitel 2: Die Bilanz – Deutschland nach 13 Jahren Merkel
Kapitel 3: Die unpolitische Politikerin – Warum Merkel in Deutschland (noch) regiert
Kapitel 4: Warum Merkel nicht mehr in unsere Zeit passt.

Schon im ersten Kapitel wird am Beispiel der Migrationskrise dargestellt, dass der Machterhalt die entscheidende Rolle in der Politik der Kanzlerin spielt. Das Mitläufertum der Beteiligten spielt dabei eine große Rolle: „Denn den »kompletten Irrsinn« (Stefan Aust) hat eben nicht nur Merkel persönlich zu verantworten. Fast die gesamte politische Klasse und gesellschaftliche Elite ist im Schwarm mitgeschwommen.“ (S.30) Und weiter: „Bei den CDU-Profis der Gegenwart sind Feigheit und Unterwürfigkeit vor der eigenen Führung ein übliches Verhaltensmuster.“ (S.41)

Das führte bei einigen prominenten Nachdenklichen zur Gründung der „Werteunion“. Diese bekennt sich angesichts der inzwischen fast vollständig verloren gegangenen konservativen Positionen der CDU eindeutig zu Deutschland, zum christlichen Menschenbild, zu Ehe und Familie (Vater, Mutter und Kinder), einer »restriktiven Migrationspolitik«, »die die Annahme einer europäisch-deutschen Leitkultur durchsetzt«. (S.46)

Ausführlich beschäftigt sich der Autor im 2. Kapitel u.a. mit der angeblich alternativlosen Eurorettung, die über die Haftungsunion zur Transferunion geführt hat und in Verbindung mit dem Target2-System der Euronotenbanken zu unberechenbaren Belastungen der Währungsunion geführt hat. „Zum 30. Juni 2018 hatte die Bundesbank Forderungen aus Target2 von genau 976 266 420 827,17 Euro an die anderen Notenbanken der Eurozone.“! (S. 66).

Die Taktik der Aufgabe alter Positionen aus dem Jahre 2002 (Multikulti, Bewahrung der Identität Deutschlands!) sowie die Energiewende und der Türkeideal werden kritisch beurteilt.

Nicht zuletzt führt die gescheiterte „Flüchtlingspolitik“ zu einer Kostenexplosion der Sozialausgaben, die den Staat schwächen und zur Vernachlässigung der ursprünglichen Staatsaufgaben: Ordnung bewahren, Bürger schützen, führen. Die Bilanz lautet hier wie folgt: „Die meisten ihrer prägenden großen Entscheidungen haben ihrem Amtseid, »Schaden vom deutschen Volk abzuwenden« nicht entsprochen.“ (S.113)

Den vorangehenden Abschnitt: „Merkels Hinterlassenschaft: Die AFD“ sehen wir etwas kritisch. Schließlich hatten wir schon zuvor die NPD, die Republikaner und den Bund Freier Bürger, denen durchaus nicht insgesamt der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit zu machen war. Offensichtlich gibt es im System der BRD nach wie vor Lücken, die von einem traditionsbewussten Teil der Deutschen schmerzlich empfunden werden. (S. 111)

Die auch vom Autor selbst als wesentlich benannten Kapitel 3 und 4 wollen wir möglichst kurz zusammenfassen, um das Leseinteresse zu wecken, aber nicht durch Ausführlichkeit der Besprechung zu langweilen. Die Kritik an der »Flüchtlingspolitik« ist ja inzwischen durch eine umfangreiche Literatur fast schon zum Allgemeingut geworden, hier allerdings hervorragend und lückenlos zusammenhängend beschrieben. Besonders möchten wir der folgenden Aussage beipflichten: „Merkels geographische Heimat ist die Uckermark, aber eine politische Heimat hat sie nicht. Man findet weder in ihrer Biografie noch in ihren Aussagen und Taten einen roten Faden von unumstößlichen Überzeugungen oder Zielen.

Eine wesentliche These dieses Buches lautet daher: Angela Merkel ist ein unpolitischer Mensch.“ (S. 122). Später findet sich dazu noch folgende Erklärung: „Dass Merkel und das Machtsystem, zu dem die CDU unter ihr geworden ist, nicht willens und vielleicht auch gar nicht mehr in der Lage sind, nationale Interessen durchzusetzen oder zu verteidigen, die über den eigenen Machterhalt hinausgehen, hat sich in den vergangenen Jahren erwiesen. Dazu gehören nämlich Standhaftigkeit und Opferbereitschaft um einer Sache willen. Und die sind im System Merkel nicht vorgesehen.“ (S. 169/170)

Im 4. und letzten Kapitel wird Klartext geredet. Mit Professor Rolf-Peter Sieferle wird die partikularistische Bremse gegen den uferlosen Universalismus bedient. „Wenn die Akteure des moralischen und ökonomischen Universalismus nicht endlich begreifen, dass sie Rücksicht nehmen müssen auf diejenigen, die auf dem Weg in die »eine Welt« nicht begeistert mitgehen wollen oder können, wird deren Widerstand dagegen nicht geringer, sondern radikaler werden.“ (S. 216)

Und schließlich: „Wenn demokratische Politiker nicht die Lehren aus der Wirklich-

keit ziehen und wenn es ihnen nicht gelingt, den Leviathan, den schützenden Staat wieder aufzurichten, und wenn sie nicht die leidenschaftslose Gleichgültigkeit gegen die Folgen ihres Nichthandelns ablegen, die Merkel im Herbst 2015 mit dem Satz »Nun sind sie halt da« offenbarte, dann dürfte eintreten, was ein mit Sicherheitsfragen vertrauter Spitzenbeamter damals prophezeite: »Wir werden eine Abkehr vieler Menschen vom Verfassungsstaat erleben.«

Zum Schluss soll unsere Empfehlung noch einmal zusammenfassend begründet werden. Das Buch liest sich wie eine sorgfältig recherchierte Politikgeschichte der Kanzlerschaft Angela Merkels. Man kann es auch zugleich als ein politisches Lehrbuch betrachten, das anhand zahlreicher Beispiele zeigt, welche Herausforderung eine gute deutsche Politik darstellt.

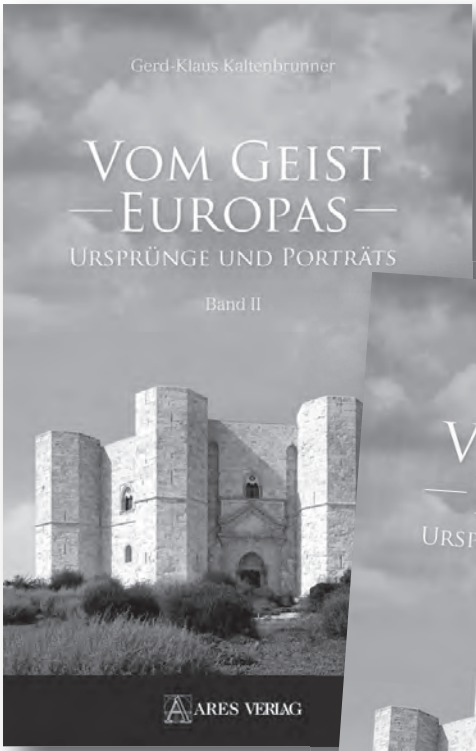
Das Buch enthält im übrigen Beurteilungen, die wohl aufgrund von Abhängigkeiten kaum in den Massenmedien zu finden sind. In soweit zeigt der Autor einigen Mut.

Besonders hervorheben möchten wir die Kritik am Parlament und den Parteien, die eine Politik zulassen, die eher dem Machterhalt als dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein scheint. Das führt bei einigem Nachdenken zu dem Verdacht, dass wohl anspruchsvolle und nach weitgehender Unabhängigkeit strebende Persönlichkeiten den aufreibenden und kräftezehrenden Politikbetrieb meiden und eher Karrieren in der Wirtschaft und im Finanzwesen anstreben. Das politische Geschäft ist demzufolge eher aufstrebenden Sozialaufsteigern überlassen. Das ist natürlich darum besonders misslich, weil sich Deutschland erneut in der alten, gefährlichen Mittellage zwischen Großmächten befindet, was neben historischer Bildung höchstes politisches Geschick und langjährige Erfahrungen erfordert. Vielleicht liegt dem Ganzen auch ein Mangel unserer Verfassung zugrunde. Die Frage nämlich, wer denn gegenüber den Parteien für das Gesamtwohl zuständig ist, bleibt leider unbeantwortet, denn der Bundespräsident hat dazu nicht die geringste Macht.

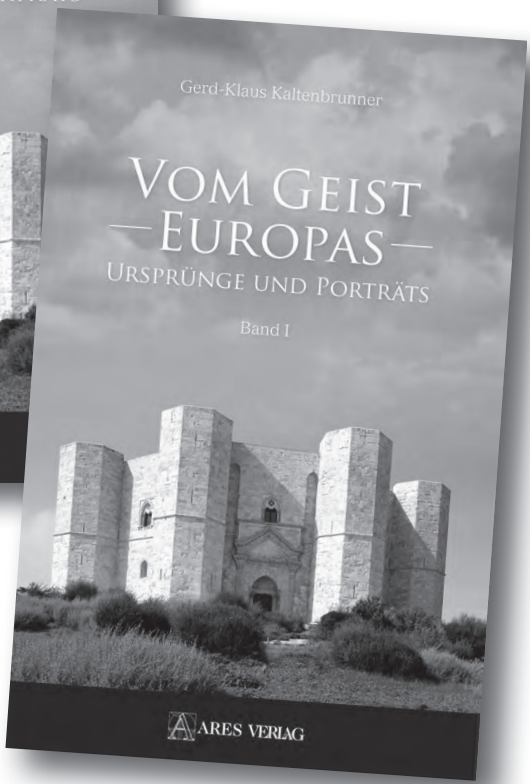
Ferdinand Knauß:
Merkel am Ende
Finanzbuch-Verlag, München 2018
ISBN 978-3-95972-148-6
220 Seiten,
Ladenpreis: 19,99 Euro

Reinhard Uhle-Wettler

Aus unserem Programm



Am 23. Februar wäre Gerd-Klaus Kaltenbrunner 80 Jahre alt geworden – Zeit für eine Blütenlese seiner Arbeiten zu 3000 Jahren europäischen Geistes! Von Platon, Pythagoras und Sokrates bis Pareto, Donoso Cortés und Guénon, von Cicero, Vergil und Ovid bis Schelling, Wolfskehl und Dávila und noch viel mehr!



ISBN 978-3-99081-009-5 (Bd. I)
ISBN 978-3-99081-010-1 (Bd. II)
Gerd-Klaus Kaltenbrunner
VOM GEIST EUROPAS
Ursprünge und Porträts
je 384 Seiten, Hardcover
je € **29,90**

ARES VERLAG

www.ares-verlag.com

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand
über die Buchhandlung Stöhr, Lerchenfelder Straße 78–80, 1010 Wien,
Tel.: +43/1 406 13 49, E-Mail: buchhandlung.stoehr@chello.at,
www.buchhandlung-stoehr.at

Bücher aus dem Osning-Verlag

80 Jahre Beginn II. Weltkrieg

Neuerscheinung

Heinz Magenheimer

Die deutsche militärische Kriegführung im II. Weltkrieg

Feldzüge – Schlachten – Schlüsselentscheidungen

Der österreichische Militärhistoriker legt mit diesem Buch eine umfassende Gesamtschau der deutschen Kriegführung vor. Er schildert die militär-strategischen Ziele, die operativen Planungen, die militärischen Kräfteverhältnisse sowie die Abläufe der Feldzüge und entscheidenden Schlachten. Dabei geht er besonders auf die Schlüsselentscheidungen der Führung als Ursache für Sieg oder Niederlage ein und kommt zu durchaus neuen Bewertungen.

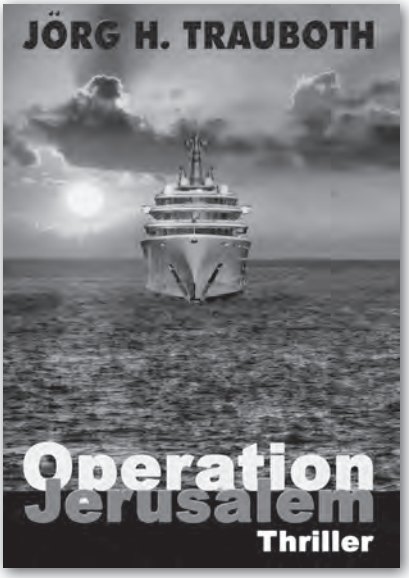
324 Seiten, Festeinband, umfangreicher Quellennachweis. Literaturverzeichnis. Einmalig: 21 großformatige vierfarbige Lagekarten mit ausführlichen Texterläuterungen

Preis: Euro 34,–

Osning-Buchversand, Zöppritzstr. 24, 82467 Garmisch-Partenkirchen,
info@osning-verlag.de

Anzeige

„Ein Buch, das man jedem empfehlen kann, den die geopolitischen Entwicklungen der Neuzeit nicht gleichgültig lassen und der gleichzeitig spannende Unterhaltung sucht.“ *Wolfgang Wanja*



George F. Summerhill ist der erste Präsident in der Geschichte der USA, der auf außenpolitische Machtpolitik verzichtet und dafür das Land durch eine weltoffene Handelspolitik grundlegend erneuert. Den Bürgern geht es so gut wie nie, aber der mächtige Einfluss der USA als ehemalige militärische Supermacht ist nahezu geschwunden. Die neuen Supermächte sind China, Russland und die Vereinigten Staaten von Europa.

Der Frieden in den USA wird durch Terroranschläge jäh gebrochen. Die USA geraten in einen erpresserischen Konflikt zwischen den Nuklearmächten Iran und Israel. Doch der parteilose Präsident lässt sich von keiner Seite erpressen.
Bis der Iraner Ali Naz die einzige offene Flanke des Präsidenten erkennt: die Liebe von George F. Summerhill zu seiner Tochter Jane und den beiden Enkelkindern William und Florence. Der Terrorist trifft mit der OPERATION JERUSALEM den Familienvater mitten ins Herz.

Während der Präsident verzweifelt um das Leben seiner Familie ringt, macht sich der deutsche Ex-Elitesoldat Marc Anderson mit seinem Team auf den Weg. Er hat einen ganz persönlichen Grund ...

OPERATION JERUSALEM ist ein in sich geschlossener Fortsetzungsroman des Polit-Thrillers DREI BRÜDER mit Marc Anderson.

ISBN 978-3-96136-052-9 **€ 16,90**
E-Book € 9,49

---

www.trauboth-autor.de

Jörg H. Trauboth, Generalstabs-Oberst a.D. der Luftwaffe, flog über 2000 Flugstunden in Kampfflugzeugen PHANTOM und TORNADO, quittierte mit 50 Jahren den Dienst, gründete die Trauboth Risk Management GmbH und beriet weltweit in über 300 Fällen bei Erpressungen und Entführungen. Er ist Sachbuch- und Romanautor sowie Sicherheits- und Terrorismusexperte in den Medien und gefragter Referent. Aktiver Privatpilot sowie ehrenamtlicher Helfer in der Notfallseelsorge und im Kriseninterventionsteam Bonn für das Auswärtige Amt.

LINKS-ENTTARNT.net

Die Antwort auf den „Kampf gegen Rechts“

swg